Nr. 43. 15. Jahrg.

Vorwärts

Berliner Volksblatt.

Zentralorgan der sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

Abonnements-Bedingungen: Abonnements-Preis pränumerando: Vierteljährl. 3,30 Mk., monatl. 1,10 Mk., wöchentlich 28 Pfg. frei ins Haus. Einzelne Nummer 5 Pfg. Sonntags-Nummer mit illustrirter Sonntags-Beilage „Die Neue Welt" 10 Pfg. Post-Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal. Eingetragen in der Post-Zeitungs-Preisliste für 1898 unter Nr. 7576. Unter Kreuzband für Deutschland und Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das übrige Ausland 3 Mark pro Monat.

Erscheint täglich außer Montags.

Die Insertions-Gebühr beträgt für die sechsgespaltene Kolonelzeile oder deren Raum 40 Pfg., für Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, sowie Arbeitsmarkt 20 Pfg. Inserate für die nächste Nummer müssen bis 4 Uhr nachmittags in der Expedition abgegeben werden. Die Expedition ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends, an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr vormittags geöffnet.

Fernsprecher: Amt I, Nr. 1505. Telegramm-Adresse: „Sozialdemokrat Berlin".

Redaktion: SW. 19, Beuth-Straße 2. | Sonntag, den 20. Februar 1898. | Expedition: SW. 19, Beuth-Straße 3.

Eine Anklageschrift gegen den Posadowsky-Erlaß.

Von jeher sind die Jahresberichte der badischen Fabrikinspektion ein Muster gewissenhafter und objektiver Beobachtung, dank der sozialpolitischen Kenntnisse des Inspektionsvorstandes Dr. Wörishoffer. Die neuesten für 1897, die soeben erschienen sind (Karlsruhe, Verlag von F. Thiergarten, 1898) bilden geradezu eine Anklageschrift gegen den Posadowsky-Erlaß. Nicht etwa, daß sich Dr. Wörishoffer speziell gegen jenes Antikoalitions-Rundschreiben wendet; das läge außerhalb der Aufgaben, die ihm seine Stellung zuweist. Aber die Thatsachen, die er anführt und in diesem Jahresbericht noch ausführlicher wie je zuvor eingehend und wohlwollend erörtert, sind eine scharfe Anklage gegen das arbeiterfeindliche Kesseltreiben, das die vom Geiste Stumm's erfüllten Staatsretter gegen die Arbeiter veranstalten wollen.

Zunächst erkennt der Bericht an, daß das soziale Abhängigkeitsverhältniß vom Unternehmer den Arbeitern außerordentlich erschwert, sich zu schützen. Maßregelung droht ihnen, wenn sie die Sprechstunden des Aufsichtsbeamten besuchen oder gar Beschwerdekommissionen bilden. Wo diese letzteren dennoch entstehen, lobt der Bericht den „gewiß anerkennenswerthen Muth" der Arbeiter, und bedauert, daß dieser so selten vorhanden ist. Nur eins übersieht er; die Inspektion wundert sich nämlich, warum selbst dort, wo solche Beschwerdekommissionen bestehen, so wenig Mittheilungen über Ausstände im Betriebe gemacht werden. Das kommt daher, daß die meisten Arbeiter lieber schweigend alle Unbill ertragen, weil sie wissen, die Anzeige hat sehr oft nur den Erfolg, daß der Unternehmer diejenigen Arbeiter maßregelt, die er im Verdacht hat, die Anzeige erstattet zu haben. Und dieser Verdacht wird stets in erster Linie auf Arbeiter gelenkt, die einer gewerkschaftlichen oder politischen Organisation angehören.

Wie wichtig aber die Organisationen für die Arbeiter sind, erkennt der Bericht in vollstem Maße an. Ja, er beklagt es, daß die Organisationen meist noch so schwach sind, und — eine bedeutsame Mahnung für die Arbeiter! — spricht bedauernd von dem „Mangel an Solidaritätsgefühl" und dem „geringen Interesse, welches ein großer Theil der Arbeiter den Organisationsbestrebungen entgegenbringt"!

Bedauernd — denn für ihn sind die Gewerkschaften nicht, wie Graf Posadowsky sie nannte, Streikvereine, sondern nothwendige Kulturmittel zur Erziehung und Hebung der Arbeiterklasse. In feiner psychologischer Weise erklärt er, wie besonders die Industrie-Arbeiter der Städte zum Bewußtsein kommen, „daß sie proletarisirt sind", und wie sie „den Gegensatz ihrer Lage zu der ganzen Kulturentwickelung" lebhafter empfinden als die auf dem Lande wohnenden Industrie-Arbeiter, die im Zusammenhange mit den anderen Bevölkerungsklassen bleiben. Weitgefehlt aber, die Unzufriedenen zu tadeln, spricht Dr. Wörishoffer die Hoffnung aus, daß auch jene Zufriedeneren immer mehr sich den Organisationen anschließen werden. Er schreibt:

„Die Möglichkeit des Fortschreitens im ganzen liegt in einer Aenderung der inneren Beschaffenheit ausgedehnter Arbeiterschichten. Ein solches im Interesse der Arbeiter liegendes Fortschreiten ist nur im Wege allmäliger Entwicklung möglich, und es wird mancher Aenderung in der inneren Beschaffenheit der Arbeiterschaft bedürfen, bis die unter den verschiedensten Verhältnissen lebenden Arbeiter geneigt sind, für die Gesammtinteressen ihres Standes auch dann Opfer aller Art zu bringen, wenn sie selbst, was ja vielfach der Fall ist, ein Bedürfniß nach irgend welcher Aenderung nicht empfinden. Der innere Zusammenhang aller gesellschaftlichen Verhältnisse tritt hierbei deutlich zu tage. Es hängt nicht nur der Fortschritt der gesammten Kultur von dem Fortschritt in der Lage der immer zahlreicher werdenden Arbeiterklasse ab. Auch die letztere kann die möglichen und wünschenswerthen Fortschritte nicht machen, wenn sie nicht fortwährend an ihrer allseitigen Vervollkommnung arbeitet, und wenn sie nicht im Zusammenhange bleibt mit der gesammten Kulturentwickelung. Sie lernt dabei immer mehr einsehen, daß jeder Fortschritt nur ein allmäliger, durch zähe Arbeit erworbener sein kann. Jede Loslösung der Bestrebungen der Arbeiter aus diesem Zusammenhange und jede gewaltsame Isolirung der Arbeiter muß daher diesen Prozeß stören."

Die „gewaltsame Isolirung der Arbeiter", von der Dr. Wörishoffer spricht, ist das Ideal solcher Unternehmer wie Stumm, die dem Arbeiter eine gewerkschaftliche Organisation verbieten, und ihm so die Möglichkeit rauben, in gleichberechtigter Weise wie die Unternehmer an den Fortschritten der Kultur theilzunehmen.

Und wie erzieherisch die Organisationen und Versammlungen wirken, schildert der badische Bericht ebenfalls in lobender Weise. Nicht „Hetzreden", wie sie Stumm'sche Gespensterfurcht hört, wurden dort gehalten. Im Gegentheil — „es wurde jedes leidenschaftliche und turbulente Vorgehen vermieden, und bei Besprechung aufzustellender Arbeitsbedingungen besonders zu Nüchternheit und Besonnenheit ermahnt für den Fall, daß ein Ausstand unvermeidbar sein sollte. Es wurde ferner darauf hingewiesen, daß der Arbeiter durch sein Verhalten ein gutes Beispiel geben und auch die Achtung der Gegner erwerben müsse. — — Insbesondere wurden die Arbeiter ermahnt, vor Niederlegung der Arbeit die bestehenden Kündigungsfristen einzuhalten."

Und zum Schluß dieser Schilderungen schreibt Dr. Wörishoffer folgende scharfe Anklage gegen die Stumm-Posadowsky'sche Richtung nieder:

„Jeder, der sich mit diesen Dingen befaßt, weiß, daß die organisirte Arbeiterschaft nichts weniger als geneigt ist, sich bei jedem beliebigen Streik mit den Ausständigen solidarisch zu erklären."

Das heißt: Gerade die Organisation der Arbeiter verhindert unberechtigte und unnütze Ausstände, vermindert also die Zahl der Streiks. Nicht zu befehden sind also nach Wörishoffer die Arbeiterorganisationen, sondern als Kulturmittel zu schätzen und zu schützen. Sie vertheidigen den Stand der Lebenshaltung der Arbeiter, und der Bericht hebt dies anerkennend hervor.

„Es kann zugegeben werden, daß die Vertheidigung mindestens der jetzigen Lebenshaltung nicht nur für die Arbeiter, sondern auch für die gesammte Volkswirthschaft von der größten Bedeutung ist. Dieser Aufgabe werden aber die Arbeiter-Vereinigungen wohl am besten gerecht werden!"

So urtheilt ein Staatsbeamter, der die Arbeiterverhältnisse kennt und sich nicht als Kommis des Unternehmerthums fühlt.

Deshalb sieht er auch nicht für die arbeitswilligen Streikbrecher jene Gefahren, von denen die Reaktion so viel zu erzählen weiß. Gerade das Gegentheil meldet der Bericht:

„Um zu ermitteln, in welchem Umfange die Arbeitseinstellungen des Vorjahres (1896) zu Vergehen gegen § 153 der Gewerbe-Ordnung Anlaß gegeben haben, haben wir uns an sämmtliche Staatsanwaltschaften des Landes mit dem Ersuchen gewendet, uns die hier in betracht kommenden Fälle mitzutheilen, in denen Anklagen erhoben wurden und Verurtheilungen erfolgt sind. Von sieben der im Lande vorhandenen neun Sitze von Staatsanwaltschaften wurde mitgetheilt, daß Anklagen nicht erhoben wurden. In zwei Bezirken, in Freiburg und in Mannheim, wurden in zwei bezw. drei Fällen Anklagen erhoben. In einem Freiburger Falle wurde eine Person zu acht Tagen Gefängniß verurtheilt, während in dem anderen Falle die drei Angeklagten flüchtig gingen und nicht ermittelt werden konnten. In dem Bezirk Mannheim wurden drei Anklagen gegen zusammen 11 Personen erhoben, von denen 8 zu 5 Tagen bis 4 Wochen und 3 zu 3 bis 6 Monaten Gefängniß verurtheilt wurden. Die sechsmonatliche Strafe wurde gegen einen Flößer, nicht gegen eine in einer gewerblichen Anlage beschäftigten Person ausgesprochen."

Von den 173794 badischen Industriearbeitern waren also nur fünfzehn straffällig wegen Vergehens gegen den § 152 der Gewerbeordnung, dessen Verschärfung Graf Posadowsky für so nothwendig hält!

Voraussichtlich wird die Antwort aus anderen Theilen des deutschen Reiches ebenso ausfallen und damit die Stumm'sche Gespensterfurcht sammt ihrem Angstprodukt des Rundschreibens der gebührenden Lächerlichkeit preisgegeben sein.

1848.

Erinnerungstage der Revolution.

20. Februar.

Ein Theil der französischen Kammeropposition war mittlerweile bei den von der Regierung getroffenen Vorkehrungen doch etwas zaghaft geworden. Viele schienen es mit dem angekündigten Protest-Bankett immer weniger eilig zu haben. Nur die Radikalen wurden ungeduldig; sie verlangten energisches Handeln. Aber auch die Regierung wurde bei der Machtprobe, die von der Opposition auszugehen schien, unruhig. Sie sorgte für Munition und Lebensmittel, machte auch die Pariser Garnison mobil. Gleichzeitig entschloß sie sich aber, wie in unserer letzten Nummer schon ausgeführt, mit den Gegnern Unterhandlungen anzuknüpfen. Da unter der Opposition Stimmen genug laut wurden, die es nicht zum äußersten kommen lassen wollten, so fanden die Abgesandten der Regierung Entgegenkommen, und man einigte sich über folgende Komödie: Den Bankett-Theilnehmern sollte am Eingang des Festraumes ein Polizeikommissar den Eintritt verbieten, jene aber trotzdem hineingehen und Platz nehmen. Sobald dies geschehen, würde der Kommissar unter Androhung von Gewalt den Präsidenten auffordern, die Versammlung aufzulösen, und hierauf sollte die Menge, nachdem Barrot konstatirt, daß man nur der Gewalt weiche, ruhig auseinandergehen. Danach würde die ganze Angelegenheit an den Kassationshof zur Entscheidung gelangen, bis dahin aber sollte von den Deputirten ohne Einwilligung der Regierung kein neues Bankett arrangirt werden.

Das Uebereinkommen zwischen den zaghaft gewordenen oppositionellen Delegirten und der Regierung wurde indeß bald ruchbar. In den radikaleren Kreisen, bei den Studenten und insbesondere in den Arbeitervierteln, wo die revolutionären Tendenzen von Tag zu Tag zunahmen, stieß der Plan auf energischen Widerstand. Hier hatte der Kompromiß nur die eine Folge, der gemäßigten Opposition alle Sympathien zu entfremden. Als am Morgen des 20. die Unterkommission, die man mit den Einzelheiten der Festvorbereitungen betraut hatte, zusammenkam, ergriff der Redakteur des radikalen „National", Armand Marrast, die Gelegenheit, seiner schärferen Tonart zum Siege zu verhelfen. Er schrieb ein Programm für das Bankett und den Zug dorthin nieder, nach dem unter anderen die Pariser Nationalgarde, die Studenten, die Arbeiter im Zuge marschiren sollten. Die gemäßigteren Mitglieder des Komitees bekamen durch einen Zufall den Wortlaut des Schriftstücks nicht zu Gesicht, sondern erfuhren nur den ungefähren Inhalt, den sie billigten. Alsbald wurden die Druckereien der Oppositionsblätter in Bewegung gesetzt, um am Morgen des 21. der Pariser Bevölkerung das Programm der Protest-Manifestation mitzutheilen.

21. Februar.

Infolge dieser Entwicklung der Dinge erklärten die Sendlinge der Regierung, von dem getroffenen Abkommen zurück zu treten. Zugleich vollzogen sich in der Stadt ungewöhnliche Truppenbewegungen. Das Pflaster dröhnte unter dem Trabe dahineilender Batterien. Die Mauern bedeckten sich mit amtlichen Bekanntmachungen. Der Polizeipräfekt untersagte der Pariser Bevölkerung, sich zu einem Zuge zusammenzuschließen, eine zweite Bekanntmachung des Präfekten verbot aus Gründen der Ordnung und öffentlichen Sicherheit das Bankett. Eine Bekanntmachung des Befehlshabers der Nationalgarde untersagte dieser, dem an sie ergangenen Rufe zur Betheiligung Folge zu leisten. Nachmittags fünf Uhr versammelten sich die oppositionellen Abgeordneten bei Barrot, um über die fernere Haltung zu berathen. Thiers erklärte, der Kampf gegen die Regierung sei unmöglich; es handle sich jetzt nicht mehr um eine Kundgebung, sondern um einen Aufstand. Die Radikalen widersprachen, auch Lamartine beschwor seine Kollegen, beim Widerstande zu beharren. Trotzdem wurde mit 80 gegen 17 Stimmen beschlossen, das Bankett abzusagen. Wohl um diesen Rückzug zu bemänteln, wurde einstimmig eine Anklage gegen die Minister beschlossen. Von den maßgebenden Männern dachte in diesem Augenblick niemand an eine Revolution. Die Regierung war zuversichtlich. Der König äußerte zu einem seiner Minister: „Glauben Sie mir, die Pariser machen im Winter keine Revolution."

Auch die Führer der Radikalen und die Sozialisten glaubten nicht an eine Revolution. Am Abend des 21. fand eine Versammlung dieser Elemente auf dem Redaktionsbureau der „Réforme" statt. Louis Blanc und Ledru-Rollin waren anwesend. Der letztere sprach mit tiefer Verachtung von den „Revolutionsmachern", die unter den obwaltenden Verhältnissen einen Kampf gegen die Regierung für möglich hielten. Blanc unterstützte diese Ansicht, und Flocon schrieb einen Artikel für die „Réforme", in dem er zur Ruhe mahnte. Andere Vertreter dieser Richtung glaubten an die Möglichkeit einer bewaffneten Erhebung, fügten sich aber zunächst der entgegenstehenden Ansicht und begaben sich Abends in die Vorstädte, um sich über die Stimmung in den geheimen revolutionären Klubs zu erkundigen. Aber auch hier glaubten die Führer nicht an den Erfolg einer bewaffneten Unternehmung.

Das Volk aber war nun einmal in Gährung gerathen, und schon die nächsten Tage brachten die revolutionäre Katastrophe.

Politische Uebersicht.

Berlin, 19. Februar.

Aus dem Reichstage. Der Volksparteiler Augst hat einen kleinen Spahn mit einem württembergischen Pastor auszufechten, der sich von ersterem angeblich beleidigt fühlt, aber vorsichtigerweise der gerichtlichen Verhandlung aus dem Wege geht. Augst will aber die Angelegenheit vor Gericht zum Austrag bringen und so hat er den Antrag gestellt, der Reichstag möge erklären, daß der gerichtlichen Verfolgung seines Mitgliedes von Reichstagswegen nichts im Wege steht.

Der ungewöhnliche Antrag wurde nach kurzer Debatte der Geschäftsordnungs-Kommission überwiesen.

Zur Dampfersubvention sprach Dr. Hermes (frs. Vp.), der sich noch entschiedener wie sein Fraktionsgenosse Weiß gegen die Vorlage aussprach. Dr. Hammacher verfehlte denn auch nicht, dem Vorredner den Vorwurf des Mangels an nationalem Empfinden zu machen. Diese Herren Gründer und Spekulanten, die ein verbrieftes Recht darauf zu haben glauben, daß aus dem allgemeinen Steuersäckel das Risiko für ihre halsbrecherischen Unternehmungen getragen werde, haben ja von jeher den Patriotismus in Erbpacht genommen, vorausgesetzt natürlich, daß das nichts kostet und der Profit nicht darunter leidet. Herr Hammacher warnte auch davor, daß das Reich etwa selbst Eisenbahn- und Bergbau in China treibe, das solle man der Privatspekulation überlassen. Wenn diese sich freilich verrannt hat, dann kommt das Geschrei nach Reichshilfe wieder.

Graf Limburg-Stirum war letzthin nicht agrarisch genug, als er davon sprach, daß man dem überseeischen Handel keine Schwierigkeiten bereiten wolle. Heute schränkte er seine Zusage etwas ein, um den Herren Dr. Hahn und v. Plötz nicht neue Anhänger zuzutreiben.

Für die Interessen der Arbeiter (Seeleute) trat in wirksamer Weise unser Genosse Metzger ein. Derselbe wies darauf hin, daß während in der Vorlage überall vom Schutze des deutschen Schiffsbaues, der Verwendung deutschen Materials ꝛc. die Rede ist, mit keinem Worte des deutschen Seemannes gedacht werde. Und doch sei die Behandlung der Kohlentrimmer auf unseren Schiffen theilweise eine solche, daß selbst angeworbene Schwarze aus Verzweiflung über Bord gehen. Molkenbuhr rechnete in kurzer, aber treffender Weise mit den Agrariern v. Limburg-Stirum und v. Arnim noch ab, dann wurde die Vorlage an eine Kommission verwiesen. — Montag 1 Uhr: Militär-Etat.

Das preußische Abgeordnetenhaus hat heute zunächst die Wahl des polnischen Abg. Dr. v. Wolszlegier (Bezirk 4 Danzig) für ungiltig erklärt. Da bereits einmal die Ungiltigkeitserklärung erfolgt ist und da das Mandat des früheren Vertreters durch den Tod erledigt wurde, so haben die Wähler jetzt zum vierten Male in dieser Session das Vergnügen, an den Wahltisch zu treten.

Hierauf setzte das Haus die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern fort. Beim Titel „Unterstaatssekretär" eröffnete Abg. Rickert (frs. Vg.) eine Art Generaldebatte, um den Minister wegen zahlreicher gesetzwidriger Auflösungen oder Untersagungen von Versammlungen des Bauernvereins „Nord-Ost" zu interpelliren. Die Herren von der Rechten, die jedesmal, wenn der Abg. Rickert das Wort ergreift, noch bevor er überhaupt zu sprechen anfängt, zu lachen und unartikulirte Laute auszustoßen beginnen und dieses eigenartige Treiben während seiner ganzen Rede fortzusetzen pflegen, setzten heute ihrem Gebahren die Krone auf. Je schroffer die Fälle waren, die Rickert vorbrachte, je offenkundiger die Gesetzesübertretungen der Amtsvorsteher und Landräthe zu Tage traten, desto größer war die Freude auf der Rechten und desto lauter brüllten die Herren ihr typisches: Sehr richtig! Nicht einmal die Zwischenbemerkung Rickert's, ob sie denn gar keine Empfindung mehr dafür hätten, wenn das Recht der Bürger im Lande in so schnöder Weise mit Füßen getreten würde, vermochte es, diese Edelsten und Besten der Nation davon zu überzeugen, wie sehr sie durch den von ihnen angeschlagenen Ton sich selbst lächerlich machten. Erst als Minister v. d. Recke erklärte, er habe einige im vorigen Jahre vorgebrachte Beschwerden geprüft und sei über die Handhabung des Vereins- und Versammlungsrechts in gewissen Theilen von Pommern ordentlich erschrocken gewesen, schienen die Herren wieder zur Vernunft zu kommen.

Der Anfrage Rickert's, wie es mit der Aufhebung des Koalitionsverbots stände, ging der Minister mit dem Hinweis auf die Erklärung des Reichskanzlers in der Reichstags-Sitzung vom 11. Dezember 1897 und mit dem Bedauern über das Scheitern der Vereinsgesetz-Novelle aus dem Wege. Hoffentlich werden im weiteren Verlauf der Etatsberathung noch andere Redner auf diese wichtige Angelegenheit zu sprechen kommen.

Nach einer langweiligen und inhaltlosen Volks-Versammlungsrede des Abg. Dr. Hahn wurde die Berathung auf Montag vertagt. —

Johannes v. Miquel wird heute anläßlich seines 70. Geburtstages von einem Theil der Presse warm gefeiert. Wenn der Mann, der heute im Rathe der Krone wie auf die Entschließungen der verbündeten Regierungen den überragenden Einfluß hat, auf die Etappen seiner politischen Laufbahn in ehrlicher Selbstprüfung zurückblickt, wenn er seine Entwickelung mit der der Männer vergleicht, die er in seinen Jugendjahren als Führer verehrt hat, wenn er an den Wechsel seiner Freunde sich erinnert, wenn er die Ideale seiner Jünglingsjahre mit denen seines Mannesalters und seiner Gegenwart vergleicht, wird er sich wohl mit seinen Ehrenstellen, Auszeichnungen, seiner Macht und seinem Einfluß darüber trösten müssen, daß niemand heute daran glauben kann, daß er je treu und fest in seinen Ueberzeugungen war. —

Zur Frage der Reichstags-Auflösung. Darauf, daß das Septennat zum Anlaß einer Auflösung des Reichstags genommen werden soll, deuten alle Anzeichen hin. Der Regierung freilich ist diese Erörterung in der Presse höchst unbequem. Denn je weniger volksthümlich eine Regierung ist, desto geheimnißvoller geberdet sie sich. Heute läßt sie ihren Schweinburg verkünden:

> In letzter Zeit hat sich das Gerücht verbreitet, daß der Termin für den Schluß des Landtages und die Reichstags-Neuwahlen bereits festgestellt sei. Diese Verlautbarungen sind sammt und sonders völlig aus der Luft gegriffen."

In der Presse ist auch davon die Rede, daß die Regierung mit dem Zentrum zu einer Einigung zu gelangen sucht. Die Regierung dürfte ebenso gut, wie mancher anderer wissen, daß selbst der bewilligungslustige Theil des Zentrums Rücksichten auf die Schwierigkeiten ihrer Partei in Bayern und anderwärts nehmen muß.

Wenn nicht alle Zeichen täuschen, wird das Zentrum die in dem vorliegenden Etat geforderten Schiffe im wesentlichen bewilligen, aber vor den Neuwahlen einer Bindung des Etatsrechtes widerstreben. Und den Herren, die heute für die Reichspolitik die moralische Verantwortung zu tragen haben, ist dies ganz recht. Sie haben soviel gethan in der Enthüllung unpopulärer Pläne, daß ihnen die Septennatsparole noch als das kleinste Uebel erscheinen muß.

Wir rechnen trotz aller Dementis fest darauf, daß der gegenwärtige Reichstag nach Monatsfrist aufgelöst ist.

Wir sind aber überzeugt, daß allen anderen Parteien ein so naher Wahlkampf unbequemer ist, als der Sozialdemokratie. —

Stumm kontra Bueck. Die „Post" ist sehr betrübt über den Artikel des Generalsekretärs des „Zentral-Verbandes deutscher Industrieller", der sich gegen die Forderungen der Agrarier in der Handelspolitik richtete. Die „Post" sucht den Eindruck des Bueck'schen Artikels vergeblich abzuschwächen, indem sie ausführt, Herr Bueck habe nur für seine Person, nicht im Auftrage des Zentral-Verbandes geschrieben.

Wir verstehen den Schmerz des Freiherrn v. Stumm wohl zu würdigen, daß der von ihm besonders ersehnte „Zusammenschluß zwischen Industrie und Landwirthschaft" schon in seinen Anfängen so bedenkliche Risse bekommt. Und die „Post" ist unvorsichtig genug, den wahren Grund dieses Schmerzes zu verrathen. Nur die Gegner der „Politik der Sammlung", so sagt sie, haben den Vortheil von einer „verfrühten Diskussion über die Wege, welche im Jahre 1903 einzuschlagen sein werden, um unsere Zoll- und Handelsbeziehungen zum Auslande einzurichten...." Verfrühte Diskussion! Das war der Kriegsplan des edlen Freiherrn von Neunkirchen, daß die kapitalistischen Mächte einheitlich und unter schlauer Verleugnung aller Einzelinteressen die Wahlschlacht schlagen sollten. Nachher mag Herr Bueck sich mit den Agrariern herumstreiten. Aber jetzt heißt es: die Linke niederwerfen! Da müssen die Agrarier hübsch artig sein und ihre Gelüste unverschämtesten Brotwuchers fein zurückhalten. Da muß Herr Bueck auch ein Auge zudrücken, wenn Herr v. Plötz und Dr. Hahn einmal unvorsichtig aus der Schule plaudern.

Aber dieser schöne Plan des Herrn v. Stumm ist kunstvoller erdacht als leicht in der Wirklichkeit durchzuführen, wo die Dinge hart aneinander stoßen, wo die „Noth der Landwirthschaft" nicht abwarten und wo die Industrie vor den begehrlichen Brüdern nicht zeitig genug sich hüten kann. Da fürchtet jeder, vom andern übertölpelt zu werden und daher die Plänkeleien und Reibereien.

Wir gönnen dem Vater der „Post" dieses Aergerniß von ganzem Herzen. —

Die Vorgänge im Nigergebiet. Während in Paris die Verhandlungen über den Grenzverlauf des französischen und des englischen Besitzes im Hinterland von Dahomey und Lagos eingeschlafen scheinen, stehen sich Truppenabtheilungen der beiden Mächte in jenen Gebieten selbst drohend gegenüber.

Im englischen Unterhaus fragte am Freitag Sir Charles Dilke die Regierung an, ob Nachrichten ernsten Charakters aus Westafrika eingetroffen seien. Chamberlain erklärte darauf, einfach die eingetroffenen Depeschen verlesen zu wollen, das Haus könne dann die Wichtigkeit derselben selbst beurtheilen. Der Staatssekretär verlas dann folgende Mittheilungen:

> „Ein Telegramm des Gouverneurs von Lagos besagt, Boria, im Hinterlande von Lagos, sei am 6. Februar von der (englischen) Haussa-Truppe besetzt. Am 9. Februar seien 80 Senegalesen (französische Truppen), wahrscheinlich von Nikki kommend, in Boria eingetroffen, welche den Auftrag hatten, den Ort zu besetzen; ein Subaltern-Offizier hätte den Befehl erhalten, die britische Flagge niederzuholen. Die Forderung sei abgelehnt worden und die „fremde Macht" habe sich zurückgezogen und drei Meilen von der Stadt entfernt ein Lager bezogen. Eine andere Depesche vom stellvertretenden Gouverneur der Goldküste berichtet, Major Northcote, welcher sich im Hinterlande der Goldküste befinde, habe telegraphirt, „die Franzosen haben in Wae einen aus einem Subaltern-Offizier und etwa 30 Eingeborenen-Soldaten bestehenden Posten eingerichtet. Coldrillet, als befehligender Offizier, ist in Begleitung eines Kapitäns und zweier Lieutenants mit 64 Eingeborenen-Soldaten am 1. Februar in Nassa eingetroffen. Ich hatte einen Posten in Nassa eingerichtet. Ich protestirte schriftlich gegen den Durchmarsch Coldrillet's und stellte ihm eine Konferenz am 2. Februar in Wae anheim. Trotz des Protestes rückte er weiter vor. Noch einer in südlicher Weise von beiden Parteien abgegebenen Protesterklärung ist Coldrillet heute nach Lio abgegangen, den oben erwähnten Posten unbelästigt hinter sich lassend."

Es handelt sich bei diesen Streitigkeiten nicht nur darum, daß jede der beiden Nationen, England und Frankreich, möglichst große Stücke des Niger-Hinterlandes für sich gewinnen will, sondern England wünscht insbesondere die Verbindung des französischen Dahomey mit den großen französischen Gebieten, die sich vom Senegal über den Nigerbogen bis zum Tsad-See erstrecken, zu durchschneiden oder wenigstens zu erschweren. Es sind daher seit mehreren Jahren zahlreiche französische und englische Expeditionen in das Innere abgegangen, um durch die Besetzung der noch keiner Macht unterworfenen Gebiete und durch Abschluß von Verträgen mit den eingeborenen Stämmen möglichst vollendete Thatsachen zu schaffen. Wie „Daily Chronicle" erfahren haben will, beabsichtigt England, eine ständige Reichstruppe von 5000 Mann am Niger aufzustellen. Auch eine Vereinheitlichung der verschiedenen englischen Gebiete wird beabsichtigt. Das bisherige Protektorat über die Nigerküste (Niger Coast Protectorate) und die weiten Gebiete der Niger-Kompagnie (Niger Territories) solle am 31. März der Reichsherrschaft einverleibt und zusammen mit Lagos unter dem Namen „Nigeria" zu einem Zollbereich vereint werden. Der Handel dieses Zollbereichs soll allen Völkern unter gleichen Bedingungen offen stehen, auch die Niger-Kompagnie soll keine Sondervortheile genießen. —

Ostasiatisches. Frankreich scheint von Tongking aus größere Operationen vornehmen zu wollen. Die „Times" melden aus Hongkong: Die in Hanoi erscheinenden Blätter berichten, daß 7000 Mann Truppen mobilisirt werden, um nach Ankunft der Flotte mit dieser gemeinsam vorzugehen. Verstärkungen an Infanterie und Artillerie stehen in Bereitschaft, um auf ein gegebenes Signal zu marschiren. In Mongkai, einer Tongkinesischen Seestadt an der chinesischen Grenze, sind die Truppen mobilisirt.

Die Insel Hainan lockt die Franzosen seit langem. Schon mehrmals kam das Gerücht, französische Schiffe seien auf derselben gelandet und die französische Flagge sei gehißt worden. Diese Gerüchte bewahrheiteten sich bisher nicht. Auch die jetzige Mittheilung der „Times" bedarf sehr der Bestätigung. Dieselbe erscheint schon wegen der hohen Ziffer der angeblich aufgebotenen Truppen unwahrscheinlich. —

Nach einer dem „Standard" zugegangenen Depesche aus Kobe hat der japanische Ministerrath endgiltig beschlossen, der chinesischen Regierung keine Ausdehnung der Zahlungsfrist für die im Mai d. J. fällige Rate der Kriegsentschädigung zuzugestehen. —

Deutsches Reich.

— Zur Ausführung des Auswanderungsgesetzes schreiben die „Berl. Pol. Nachr.":

„In allernächster Zeit wird der provisorische Auswanderungsrath zusammentreten. Demselben dürften nicht nur Vertreter der Rhederei, namentlich aus den Hansastädten, sondern auch Männer der Wissenschaft und des praktischen Lebens aus den Gegenden, aus welchen die Auswanderer sich vorzugsweise rekrutiren, angehören. Selbstverständlich kann es nicht Aufgabe des Auswanderungsbeirathes sein, die Auswanderung zu fördern, vielmehr wird sich seine Thätigkeit darauf zu beschränken haben, Personen, welche auswandern wollen, bei der Wahl des Auswanderungsgebietes zu unterstützen." —

— Der Minister der öffentlichen Arbeiten hat nach der „Ztg. des Ver. dtsch. Eisenbahnverwaltungen" den königlichen Eisenbahndirektionen die Verfügung, wonach sie für die Entdeckung betriebsgefährlicher Schäden an Geleisen oder Fahrzeugen sowie für die Abwendung betriebsgefährlicher Ereignisse selbständig Geldprämien bewilligen können, mit dem Bemerken in Erinnerung gebracht, daß sich ihre Zuständigkeit nicht auf die bisher angegebenen Höchstsätze der Prämien beschränkt, sondern sich, falls nicht eine höhere Belohnung zu beantragen ist, bis auf den Betrag von 300 M. erstreckt. —

— Die Landeskultur-Abtheilung der Deutschen Landwirthschafts-Gesellschaft widmete ihre heutigen Berathungen der Hochwassergefahr.

Den Verhandlungen lagen folgende vom Ausschuß vorgelegte Leitsätze zu Grunde: „1. Der Ersatz eines allgemeinen Wasserrechts, womöglich für ganz Deutschland, ist ein dringendes Bedürfniß. 2. Die Ausführung einer einheitlichen Wassergesetzgebung erscheint technisch nur gesichert, wenn ihr eine einheitliche Verwaltungsorganisation zur Seite steht. 3. Es ist Aufgabe des Staates, auch die praktischen Maßnahmen, welche zur Minderung des Hochwassers beizutragen geeignet, in die Hand zu nehmen und die dafür erforderlichen Mittel für den ganzen Umfang des Staates flüssig zu machen. 4. Eine Verzögerung der Anlegung dieser Fragen könnte für Deutschland unermeßliche Verluste zur Folge haben."

Dr. Schultz-Lupitz bezeichnete als Hauptforderung zur Abhilfe der Hochwasserschäden, daß man das Wasser im Quellgebiet zurückhalte. Es ist immer eingewendet worden, daß eine Bewaldung, Horizontalgräben ꝛc. nichts nützen, daß der Wald in Blätterkronen, Moosdecke und Horizontalgräben nur höchstens 10 mm Regenmenge zurückzuhalten vermöge, was zu wenig sei. Aber das ist wahrlich nicht der Grund. Man will nur nicht. (Zeuge: Sehr richtig.) Redner führte als Musterland für die Wasserbaubehandlung Frankreich vor. „Schon Napoleon III. hat 1856 einen sehr verständigen Erlaß über Hochwasserverhütung an seinen Minister für öffentliche Bauten erlassen. Wir haben 1897 in Deutschland vierzig bis fünfzig Millionen Mark Hochwasserschäden gehabt. Das ist kaum so viel wie Frankreich bis jetzt zu Regulirungsarbeiten und an Terraingeldern zum Zwecke der Bewaldung ꝛc. ausgegeben hat. Sollte man da in Deutschland nicht endlich auch in dieser Richtung vorgehen? Die Mahnung ist wahrlich stark genug." Redner führte dann eingehend aus, daß die Zurückhaltung des Wassers im Quellgebiet zu geschehen habe: 1. durch eine zielbewußte Aufforstung, 2. durch Wildbach-Verbauung und endlich 3. durch Thalsperren.

Oberamtmann Säuberlich-Gröbzig referirte über „Ersatz der Handarbeit durch Maschinen". So erfreulich es sei, wenn die Industrie hohe Löhne zahlen könne, so sehr leide doch die von der Konkurrenz des Auslandes bedrückte Landwirthschaft unter der Abwendung der Arbeiter vom Lande und müsse daher mehr als je auf den Ersatz der Handarbeit durch Maschinen und Geräthe bedacht sein, und darin komme ihr sowohl die Maschinen-Industrie, als auch die deutsche Landwirthschafts-Gesellschaft durch die von ihr veranstalteten Prüfungen entgegen. In besonderen Fällen, z. B. bei der Unkraut-Hackmaschine, habe Redner den direkten Nutzen der Maschinen gegen die Handarbeit auf das Fünffache berechnet. Mit einer Kleemähemaschine würde mit großem Erfolg auch gelagertes Getreide gemäht.

Einen weiteren Vortrag hielt Prof. Dr. Albert-Halle über „Neues auf dem Gebiete der Milchwirthschaft". —

— Die Verbreitung und Bekämpfung der venerischen Krankheiten mit besonderer Berücksichtigung Berlins war das Thema eines Vortrages, den in der letzten Sitzung der Deutschen Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege Dr. Blaschko hielt. An der Hand von Zahlenreihen und Kurven über die Geschlechtskrankheiten beim Militär, beim Gewerks-Krankenverein und bei den Prostituirten, die bis zum Jahre 1888 Dr. Blaschko, von da ab bis 1896 Dr. Silberstein zusammengestellt hat, wies Blaschko nach, daß die Geschlechtskrankheiten, die in den siebziger und Anfang der achtziger Jahre eine starke Abnahme gezeigt hatten, von Mitte der achtziger Jahre ab wieder eine bedeutende Zunahme erfahren haben. Die auf seine und der Medizinischen Gesellschaft Anregung hin gewährte Zulassung Geschlechtskranker in die städtischen Krankenhäuser steht leider infolge deren Ueberfüllung mit anderen Kranken nur auf dem Papier und es kommt für männliche Geschlechtskranke jetzt fast nur das städtische Obdach in Frage. Die Verhältnisse werden voraussichtlich während des Charitee-Umbaues noch verschlimmert werden, da das projektirte IV. städtische Krankenhaus, das 400 Betten für Venerische enthalten soll, noch nicht fertiggestellt sein wird. — Mittheilung machte der Vortragende ferner über die Verbreitung der venerischen Erkrankungen nach verschiedenen Berufszweigen Berlins. Darnach sind Soldaten und Arbeiter die gesundesten, dann kommen Kaufleute, während die Erkrankungsziffer der Studenten eine außerordentlich hohe ist und fast an die der Kellnerinnen heranreicht, die von der Polizei wegen Verdachtes der geheimen Prostitution aufgegriffen und untersucht werden. Bedauerlich ist, daß die von Blaschko schon seit Jahren energisch bekämpfte Bestimmung, daß Geschlechtskranken das Krankengeld vorenthalten wird, immer noch von einigen Berliner Krankenkassen (u. a. von der Ortskrankenkasse der Maurer) aufrecht erhalten wird, eine Bestimmung, deren Gemeingefährlichkeit auch von sämmtlichen Diskussionsrednern anerkannt wurde. Blaschko legte der Gesellschaft zum Schluß seines Vortrages folgende Resolution vor:

> Die Deutsche Gesellschaft für öffentliche Gesundheitspflege sieht in der neuerdings dem Reichstage vorgeschlagenen Bestrafung des geschlechtlichen Umganges venerisch Erkrankter kein geeignetes Mittel zur Bekämpfung der venerischen Krankheiten.
>
> Sie erhofft vielmehr Erfolge auf diesem Gebiete:
>
> 1. Von einer völlig unentgeltlichen Krankenhaus-Behandlung unbemittelter Geschlechtskranker auf Staatskosten, einer Einrichtung, welche sich in Dänemark, Schweden und Norwegen vorzüglich bewährt hat.
>
> 2. Von der Aufhebung aller Beschränkungen zu ungunsten der Geschlechtskranken, welche sich zur Zeit noch im Krankenkassen-Gesetz, der Gesinde-Ordnung, der Seemanns-Ordnung vorfinden.
>
> 3. Von einer gesetzlichen Regelung der sanitätspolizeilichen Untersuchung der Prostituirten.
>
> Zu diesem Behufe empfiehlt sie unter Aufhebung des § 361, Absatz 6 des Reichs-Strafgesetzbuches etwa folgende gesetzliche Bestimmungen:
>
> „Eine weibliche Person, welche eingestandener- oder überwiesenermaßen gewerbsmäßig Prostitution treibt, kann auf die Dauer von drei Monaten zu regelmäßigen wiederholten Untersuchungen durch einen beamteten Arzt angehalten werden.
>
> (Der Beweis ist in einem ordentlichen Gerichtsverfahren zu erbringen, ein mündliches Zeugenverhör anzustellen und ein Protokoll über die stattgehabte Verhandlung aufzunehmen.)
>
> Die Ausdehnung der Untersuchungen auf je weitere drei Monate kann durch Gerichtsbeschluß erfolgen:
>
> 1. wenn die betreffende Person zur Zeit noch venerisch krank ist,
>
> 2. wenn dieselbe fortgesetzt gewerbsmäßige Prostitution treibt,
>
> 3. auf eigenen Antrag derselben.
>
> Die Aufhebung der Untersuchungen kann seitens der Prostituirten jederzeit beantragt werden.
>
> Die Verhandlung hierüber hat binnen drei Tagen nach Eingang des Antrages stattzufinden.
>
> Venerisch erkrankte Prostituirte sind bis zu ihrer Herstellung einem Krankenhaus zur unentgeltlichen Behandlung zu überweisen."

Die Gesellschaft nahm von dieser Resolution Kenntniß, doch gelangte dieselbe nicht zur Abstimmung, da die Majorität der Gesellschaft und auch der Vortragende selbst zu der Ueberzeugung kam, daß der Punkt 3 der Resolution, betreffend die gesetzliche Regelung der Untersuchung der Prostituirten nicht in das Reichs-Strafgesetzbuch gehört, sondern eher in einen besonderen Abschnitt des Reichsseuchengesetzes hineinzubringen ist, eine Ansicht, die ja auch Uebel in der Kommission für die lex Heinze vor einigen Tagen aussprach. —

— Die Zahl der Rechtsanwälte nimmt in Deutschland Jahr für Jahr in ganz erheblicher Weise zu. Wie das soeben erschienene letzte „Jahrbuch der Deutschen Gerichtsverf." besagt, waren zu Ende September 1897 in Deutschland 6350 Rechtsanwälte bei den Gerichten zugelassen gegen 6128 im September 1896, 5913 im September 1895, 5743 im September 1894 und 4569 im September 1885. Gegen das Vorjahr ergiebt sich also eine Zunahme von 222 oder 3,6 pCt., während die Bevölkerungszunahme im gleichen Zeitraum auf etwa 1,15 pCt. anzunehmen ist. —

— Herr General-Major a. D. Böckh hat am Freitag im Reichstage gesagt, die Angaben des „Vorwärts" über die Arbeiterverhältnisse in Spandau seien im großen und ganzen nicht zutreffend.

Wir erklären demgegenüber, daß wir unsere Angaben durchaus aufrecht erhalten. Der Herr Generalmajor wird genügende Antwort auf seine irrige Behauptung erhalten. —

Hamburg, 18. Februar. Bei den heutigen Grundeigenthümer-Wahlen zur Bürgerschaft wurden drei Kandidaten der Rechten, sechs des Zentrums und zehn der Linken gewählt. Der Anschluß eines Kandidaten ist noch unbestimmt. Die Rechte gewann einen Sitz, die Linke hat zwei verloren, das Zentrum blieb unverändert. —

Weimarischer Landtag, 17. Februar. (Eig. Ber.) Eine Kiaotschau-Debatte in zweiter Lesung beschäftigte heute den Landtag.

Die Agrarier suchten wiederum den Beweis zu führen, daß sie eine Unterstützung der Industrie damit bezweckten, Herr v. Wurmb verstieg sich dabei zu der geistreichen Bemerkung, daß er jedem einen Thaler geben wolle, wer ihm nachweise, daß er jemals gegen die Interessen der Industrie gehandelt habe. Abg. Genosse Baudert vertrat seinen Standpunkt, daß nur das Großkapital Profit von der Besitzergreifung Kiaotschau's habe, er sprach den Wunsch aus, daß die Interessen der Arbeiter gegenüber der Einwanderung der Kulis gewahrt werden möchten. Ein Amendement, von den Freisinnigen eingebracht die Regierung zu ersuchen, dahin zu wirken, daß die bisherigen Handelsverträge wieder abgeschlossen werden", wurde mit 17 gegen 16 Stimmen abgelehnt. — Eine Petition, auf der Weimar—Berka—Blankenhainer Eisenbahn die 4. Wagenklasse mitzuführen, wurde abgelehnt, weil nach den Ausführungen des Herrn Regierungsvertreters, — — die Maschinen (Lokomotiven) nicht stark genug sind, um die Vergrößerung des Zuges um einen Wagen zuzulassen!!! — Das ist kein glänzendes Zeugniß für die weimarische Eisenbahnpolitik und -Verwaltung. —

München, 19. Februar. (Eig. Ber.) In der gestrigen Sitzung der Kammer der Abgeordneten führte unser Genosse Scherm Klage über den immer mehr um sich greifenden Unfug des schlechten Einschänkens und verlangte, daß die Gesetzgebung hiergegen einschreiten soll.

Unser Genosse v. Vollmar übte scharfe Kritik an der verfehlten Einrichtung des bayerischen Reichsarchivs, tadelte den dort herrschenden Bureaukratismus und die übertriebene Geheimnißkrämerei, derzufolge die Benutzung dieses staatlichen Instituts wesentlich eingeschränkt werde.

In der heutigen Sitzung begründete unser Genosse Ehrhart in vortrefflicher Rede den sozialdemokratischen Antrag:

> Es sei die königl. Staatsregierung zu ersuchen, für eine wirksame Durchführung der Schutzvorschriften für die Bauhandwerker Sorge zu tragen und, wo dies nöthig, die Aufstellung besonderer Aufsichtsbeamten in Aussicht zu nehmen.

Trotz der wohlwollendsten Versicherungen, die sowohl vom Ministertische, als auch von allen Seiten des Hauses in phantasiereichen Reden gegeben wurden, lehnte natürlich die „arbeiterfreundliche" Kammermehrheit diesen Antrag gegen die Stimmen unserer Genossen kurzweg ab. —

— Chronik der Majestätsbeleidigungs-Prozesse. Aus Halle a. S. schreibt man uns: Wegen Majestätsbeleidigung wurde in heutiger Strafkammersitzung der 56jährige Viehtransporteur Theodor Krause aus Halberstadt zu drei Monaten Gefängniß verurtheilt. Die Verhandlung entzog sich der Oeffentlichkeit. Der Angeklagte hatte auf dem hiesigen Bahnhofe anläßlich eines Gespräches, wobei er durch Redensarten anderer Personen gereizt wurde, eine unbedachte Aeußerung gethan. —

Ungarn.

Budapest, 17. Februar. Heute vormittags wurden die Mitglieder der sozialdemokratischen Parteileitung Alexander Pfeifer, Max Großmann, Alexander Rady, Eduard Barosz, Emanuel Ruzicska zur Polizei zitirt. Den Erschienenen wurde vom Stadthauptmann Edmund Garlathy bekannt gegeben, daß sie für das Polizei-Album photographirt werden. Dies geschah auch. Einzelne der Arbeiterführer, bei welchen vor einigen Tagen Hausdurchsuchungen stattgefunden haben, wurden wegen verbotener Geldsammlungen einzeln zu je 100 Gulden verurtheilt. Die Betreffenden appelliren. —

Frankreich.

Paris, 18. Februar. Der Präsident Faure empfing heute Nachmittag den neu ernannten russischen Botschafter Fürsten Urussow, der sein Beglaubigungsschreiben überreichte. Hierbei sagte der Botschafter, Befehle des Kaisers schreiben ihm vor, seine ganze Wachsamkeit anzuwenden zur Aufrechterhaltung der ausgezeichneten Beziehungen, die zwischen Frankreich und Rußland zum großen Vortheil der beiden befreundeten und verbündeten Nationen bestehen. Der Präsident Faure erwiderte hierauf, er schätze nicht weniger die gegenseitigen Vortheile dieses aufrichtigen, innigen und herzlichen Einvernehmens, als die kaiserliche Regierung; er erblicke in demselben eine Garantie des allgemeinen Friedens und ein gesichertes Unterpfand für die Wohlfahrt der beiden verbündeten und befreundeten Nationen. —

England.

— Gegen die Einfuhr von Gefängnißarbeiten. Im britischen Unterhause wurde mitgetheilt, daß die britische Zollverwaltung mehrere Sendungen Matten im Werthe von 155 Pfd. Sterl., die aus Belgien eingeführt worden waren, auf grund des neuen Gesetzes als Erzeugnisse der Gefängnißarbeit in Beschlag genommen hat. —

London, 18. Febr. Oberhaus. Wemyß lenkt die Aufmerksamkeit auf die nationale Wichtigkeit der Frage, wie die Miliz auf der festgestellten Höhe zu erhalten sei. Dies sei nur möglich mittels Aushebung durch Loos. Infolge des Fehlens dieses Systems sei die Miliz um 20 000 bis 30 000 Mann hinter die nominelle Höhe zurückgegangen. Das Milizheer müsse vermehrt werden, da die Möglichkeit vorhanden sei, daß man sich nicht nur fremden Heeren, sondern bewaffneten Nationen gegenüber sehe. Wantage betont die Wichtigkeit eines starken, ausreichenden Heeres- und Milizaufgebots. Aber die Loosaushebung sei unpraktisch, weil sie unpopulär sei. Ranglan glaubt, die Loosaushebung sei wünschenswerth und nothwendig, um die Miliz auf volle Höhe zu bringen. Lansdowne erklärt, die Debatte über die Heeresreform sei verfrüht, bis Regierungsvorschläge vorliegen. Die Befugniß zur Loosaushebung bestehe, aber die Maßregeln zur Durchführung derselben seien veraltet und bedürfen der Reformirung. Er wolle nicht sagen, daß das Land unter keinen Umständen zum Militärzwang gedrängt werden könnte. Es sei eine Frage, wie lange England von demselben absehen könne. Die Zeit könne wohl kommen, in der die freiwillige Rekrutirung unzulänglich sei. Die Regierung glaube aber, die Zeit für die Konskription sei noch nicht gekommen, dieselbe müsse für großen Nothfall in Reserve gehalten werden. —

Dänemark.

— Wahlen von großer Bedeutung finden auch hier zu Lande in diesem Jahre statt. Der Folkething (Abgeordnetenhaus) ist neu zu wählen und dann finden im Spätsommer dieses Jahres die indirekten Wahlen von 27 Mitgliedern des Landthings (Herrenhaus) statt. —

— Der vom Landesthing verstümmelte Gesetzentwurf betreffend die Landarbeiter-Ansiedelung ist nun vom Ausschuß des Folkething einstimmig in seiner alten Form wiederhergestellt. Der Ausschuß erklärt zugleich sehr energisch, daß der Entwurf mindestens diese Gestalt erhalten müsse, da er sonst einfach unbrauchbar sei. Mehrere Ausschußmitglieder wären gern noch weiter gegangen, verzichteten aber darauf, um ein Zustandekommen des Gesetzes möglich zu machen. Er betont ferner, daß der Entwurf eine Nothwendigkeit für die Landarbeiter ist und der gesammten Landwirthschaft Vortheil bringen würde. Auch die Vertreter der Rechten haben sich dieser Erklärung angeschlossen, um so dem Landesthing einmüthig gegenüberzutreten. Man darf gespannt sein, wie sich der Landesthing diesem Ultimatum des Folkething gegenüber verhalten wird. —

Italien.

Palermo, 18. Februar. In Troina (Sardinien) veranstalteten 300 Personen, darunter einige Frauen und Kinder, eine Kundgebung, indem sie Unterstützung verlangten; mehrere von ihnen waren mit Hacken, Stöcken und Pistolen bewaffnet. Die Polizei forderte die Manifestanten vergeblich auf, auseinanderzugehen; als darauf eine Abtheilung Soldaten herbeieilte, wurde diese von den Manifestanten mit Steinwürfen und Flintenschüssen angegriffen. Die Truppe erwiderte das Feuer. Zwei Bauern wurden getödtet. Ein Infanterielieutenant, ein Polizeibeamter und vier Soldaten wurden verwundet. —

Asien.

Kalkutta, 18. Februar. Der gesetzgebende Rath genehmigte nach neunstündiger Berathung eine Bill, in welcher besondere Maßnahmen gegen Aufruhr vorgesehen werden.

Amerika.

Washington, 18. Februar. In dem heute abgehaltenen Ministerrathe bildete der Untergang des Panzers „Maine" den Hauptberathungsgegenstand. Der Präsident und das Kabinet sind der Ansicht, daß die Ursachen des unheilvollen Ereignisses ein reiner unglücklicher Zufall sei, jedoch wird der Präsident eine sehr eingehende Untersuchung veranlassen.

Der Kongreß bewilligte 200 000 Dollars, um die Leichen der bei dem „Maine"-Unfall Umgekommenen zu bergen und den Versuch zur Hebung des Schiffes zu machen.

Im Senate wurde heute ein Beschlußantrag Allan berathen, wonach der Ausschuß für Flottenangelegenheiten angewiesen werden soll, eine Untersuchung über das Unglück anzustellen. Mason stellte den Unterantrag, die Untersuchung einem Sonderausschusse zu übertragen. Bei der Begründung desselben äußerte Mason, es sei augenscheinlich, daß die Thatsachen bezüglich Kuba's verheimlicht würden. Die Politik der Regierung sei die Verzögerung und nichts geschehe, um dem Morden in Kuba Einhalt zu thun. Redner fügte hinzu, er möchte nicht an einem Untersuchungsausschusse theilnehmen, denn er möchte nicht an einem Tische mit Spaniern sitzen, außer wenn er ein Stilet in der Tasche habe. (Gelächter.) Walcott bemerkte, die Untersuchung würde ehrlich geführt werden. Man sollte es vermeiden, eine befreundete Nation zu beleidigen. Der Krieg könne kommen, thatsächlich sei er vielleicht nicht weit entfernt, aber die Haltung der Amerikaner müsse so sein, daß sie die Selbstachtung bewahren und die anderen Völker zur Achtung ihres Standpunkts veranlassen. Die Berathung des Antrages Allan wurde vertagt.

Das spanische Kriegsschiff „Vizcaya" ist heute um 5½ Uhr abends in Sandy Hook vor Anker gegangen. Die Polizei hat weitgehende Vorsichtsmaßregeln zum Schutze des Schiffes getroffen; dasselbe wird von einem Kordon von Polizeibooten umgeben sein. — Dem spanischen Vizekonsul Baldasano ist eine besondere Polizeimannschaft zu seinem Schutze beigegeben worden.

Aus Havana wird telegraphirt: In Anwesenheit der spanischen Militär- und Zivilbehörden hat heute die feierliche Beerdigung der bei dem Unglück der „Maine" Umgekommenen stattgefunden. Die spanischen Truppen erwiesen die militärischen Ehren, zahlreiche Kränze wurden an den Särgen niedergelegt. — Auch heute sind wieder verschiedene Leichen gelandet worden. —

Aus Havana wird unter dem 19. d. M. gemeldet: Von den bei der Explosion des Kriegsschiffes „Maine" Verwundeten sind zehn gestorben. Den amerikanischen Tauchern wurde verboten, die „Maine" ohne Begleitung von Spaniern aufzusuchen.

Ueber die Ausführungen, welche Genosse Heine im 3. Berliner Wahlkreise zur Militärfrage gemacht hat, entspinnt sich eine Diskussion in der Partei. Da der Versammlungsbericht des „Vorwärts" nur verhältnißmäßig kurz sein konnte — woraus sich, wie uns dünkt, die Angriffe gegen die Heine'schen Aeußerungen zum großen Theil erklären — so erscheint es uns angemessen, die Aeußerungen Heine's dem Wortlaute nach wiederzugeben:

„Was die Militärfrage betrifft, so stehe ich unbedingt auf dem Standpunkte des Erfurter Parteiprogramms: Erziehung zur allgemeinen Wehrhaftigkeit und Einführung des Milizsystems.

Den gleichen Standpunkt nehmen meines Erachtens auch die viel angefochtenen Aeußerungen mehrerer Reichstags-Abgeordneten ein. Der Genosse aber, der — ich weiß nicht, in welchem Wahlkreise — gesagt hat, das beste wäre, die Soldaten mit Lederwürsten zu bewaffnen, der befindet sich meiner Ansicht nach im Widerspruche zu den Grundsätzen des Parteiprogramms. Wie man die allgemeine Wehrhaftigkeit und die Miliz mit Lederwürsten durchführen will, ist mir wenigstens ein Räthsel.

Mir machen solche Witze keinen Eindruck, denn ich bin ein abgesagter Feind davon, ernsthafte politische Fragen mit allgemeinen Schlagworten abzuthun. Ich meine, daß man sich in jedem einzelnen Falle fragen muß, was man zu thun habe, um zur Durchführung der Ziele der Sozialdemokratie beizutragen.

Zu den gemißbrauchten Schlagworten rechne ich vor allem das vom „Militarismus". Das, was wir als „Militarismus" grundsätzlich bekämpfen müssen, ist das heutige Armeesystem und der Geist der Armee, der dem des Volkes entgegengesetzt wird. Deshalb ist es mir selbstverständlich, daß ich dieser Regierung nie einen Mann und einen Groschen bewilligen würde, auch das nicht, was für die Armee unbedingt nöthig wäre.

Aber ich kann die Augen nicht davor verschließen, daß wir noch nicht in der Periode des ewigen Friedens leben und daß wir, soviel vorauszusehen ist, auch in 100 Jahren noch nicht soweit sein werden. Je mehr die Staatseinrichtungen der westeuropäischen Nationen demokratischer werden, umsomehr hat das absolutistische slavische Rußland ein Interesse, uns zu unterjochen, umsomehr werden wir also Gewehr bei Fuß stehen müssen. Deshalb werden wir Sozialdemokraten wohl auch, wenn wir einmal die Herrschaft im Lande haben, uns durch den prinzipiellen Abscheu vor dem Militarismus nicht davon abhalten lassen können, Gewehre und Kanonen zum Schutze unserer eigenen Freiheit anzuschaffen.

Mit dem bloßen Schlagworte, daß wir prinzipielle Gegner des Militarismus seien, können wir also die Frage, wie wir uns zur Bewaffnung der Armee zu stellen haben, nicht erschöpfen. Was für Momente wirklich entscheiden müssen, darauf komme ich später. Zunächst will ich noch meine Meinung dahin aussprechen, daß die Schlagworte „Radikalismus" einerseits, „Opportunismus" andererseits und „Klassenkampf", so, wie Genosse Ledebour sie braucht, ohne weiteres auch nicht den Ausschlag geben können; man muß sich erst klar machen, was man darunter versteht.

Was ist der Klassenkampf? — Genossen, ich stehe völlig auf dem Boden der Marx-Engels'schen materialistischen Geschichtsauffassung; danach ist der Kampf der Sozialdemokratie in erster Reihe der Kampf der Arbeiterklasse um die Erringung der politischen Macht. Nur wer den Klassenkampf in dieser klaren Nüchternheit auffaßt, versteht die materialistische Geschichtsauffassung, er wird sich aber auch entschließen müssen, den Kampf um die Macht der Arbeiterklasse so zu führen, wie es die Verhältnisse gerade nothwendig machen, und wie man eben Kämpfe im Leben führt.

Ich will das zunächst an einem Beispiel erörtern. Der „Vorwärts" machte neulich den Klerikalen einen Vorwurf daraus, daß sie sich sofort bereit erklärt hätten, die ganze Flottenforderung der Regierung zu bewilligen, und er tadelte sie, weil sie damit dies „wichtige Kompensationsobjekt" aus der Hand gäben, mit dem sie in der Lage gewesen wären, volksthümliche Forderungen durchzusetzen. Ich stimme dem „Vorwärts" darin völlig bei.

Man kann den Gedanken aber auch nach umgekehrter Richtung verfolgen. Ich schicke hier gleich, um alle Mißdeutungen abzuschneiden, voraus, daß ich in der jetzt vorliegenden praktischen Frage der Flottenvermehrung denselben Standpunkt einnehme, wie alle Genossen. Ich bin ein Gegner der Flottenvorlage, ich messe der überseeischen Ausdehnung überhaupt nicht die segensreiche Bedeutung bei, die man ihr vielfach zuschreibt. Aber ich bitte, die Frage, abgesehen von diesem besonderen Falle, allgemein erörtern zu dürfen. Und da ist es zweifellos: wer von vornherein erklärt, einer Anforderung des Gegners gegenüber, immer und unter allen Umständen blos nein sagen zu wollen, der verzichtet damit geradeso gut auf das in seiner Bewilligung liegende „Kompensationsobjekt", wie der, der sofort ja sagt. Damit giebt er ein höchst wirksames Mittel im Kampfe um die politische Macht aus der Hand, und deshalb muß er sich in jedem einzelnen Falle fragen, ob und weshalb er das thun darf und soll.

Es giebt Genossen, die schon eine solche Erwägung, namentlich bei Militärforderungen, als Opportunismus" ablehnen und vor der bekannten schiefen Ebene warnen. Es ist nicht wunderbar, daß man mit solchen Schlagworten leicht einen großen Eindruck hervorbringt, denn es giebt, wie wir bei den Freisinnigen und Nationalliberalen gesehen haben, eine zweifellos schmähliche Politik des Verraths und des Prinzipienschachers, die man gewöhnlich als „Opportunismus" bezeichnet. So leicht darf man sich aber die Entscheidung der Frage nicht machen, man muß vielmehr in jedem einzelnen Falle prüfen, ob man berechtigt ist, eine politische, namentlich eine militärische Bewilligung als politisches Kampfmittel zu verwenden, ohne in einen verwerflichen Opportunismus zu verfallen.

Nur einige allgemeinere Grundsätze kann man hierüber aufstellen: Unnöthige Militärforderungen muß man überhaupt und immer ablehnen, nicht deshalb, weil es Militärforderungen sind, sondern weil sie eine Verschleuderung von Staatsgeldern bedeuten würden. Ebenso darf man nichts bewilligen, was unserem Ziele, der Fortbildung des heutigen Armeesystems, zur Volksbewaffnung und zur Miliz entgegenwirken würde. Das würde z. B. von einer Erhöhung der Dienstdauer oder von der Anwerbung von Soldtruppen gelten.

Daneben aber giebt es militärische Aufwendungen, die an sich zur Vertheidigung der Nation nothwendig sind und unseren Idealen und Grundsätzen indifferent gegenüberstehen. Dazu würden z. B. die neuen Geschütze gehören. Schon Genosse Bebel hat treffend die Analogie hervorgehoben, die zwischen einer Verbesserung der Kost der Soldaten und einer Verbesserung ihrer Schutz- und Angriffswaffen besteht.

Solche Militärforderungen könnte nach meiner Meinung auch der Sozialdemokrat bewilligen, wenn er genügende Gegenleistungen erhielte, wenn werthvolle Volksfreiheiten dafür gewährt würden.

Die ganze Macht, die das Volk durch seine Vertreter im Reichstage ausüben kann, beruht auf dieser Ausnutzung des Bewilligungsrechts. Man verfährt so auf allen politischen Gebieten, ich wüßte nicht, weshalb man es bei Militärforderungen nicht thun sollte.

Dafür, daß das kein Verstoß gegen unsere Prinzipien ist, kann ich mich auf die Ausführungen von Friedrich Engels zum Militärkonflikt der sechziger Jahre berufen. Eine Sozialdemokratie gab es damals noch nicht, die Fortschrittspartei vertrat in Preußen die Forderungen der Demokratie, und dieser Fortschrittspartei machte unser Vorkämpfer die schwersten Vorwürfe, daß sie die unvergleichliche Gelegenheit, die ihr die Nothwendigkeit einer Heeresvermehrung bot, nicht ausgenutzt habe, um für das preußische Volk wirkliche konstitutionelle Rechte zu erringen. Engels hielt es also für ganz unbedenklich, einen solchen, sagen wir Handel, abzuschließen, wenn nur der Preis entsprechend wäre.

Nun liegen allerdings die Verhältnisse jetzt anders wie zu jener Zeit; damals hätte die Fortschrittspartei wirklich einen werthvollen Preis für die Zustimmung zur Armeereform erlangen, Preußen in einen wahrhaft konstitutionellen Staat verwandeln können. Uns steht die heutige Regierung ganz anders gegenüber; sie will sich durchaus nur auf die Parteien der Reaktion, auf Junker und Junkergenossen stützen, sie fürchtet nichts so sehr, als wirkliche Volksrechte, und ich bin überzeugt, daß sie sich verpflichtet fühlen würde, eher die Anstalten zur Vertheidigung des Vaterlandes in Verfall gerathen zu lassen, als dem Reichstage für militärische Bewilligungen irgend etwas von dem zuzugestehen, das uns wirklich werthvoll erschiene. Das wird auch so bleiben, solange unsere Regierung sich auf die Reaktionsparteien stützt, und ich für meine Person halte es für sehr wahrscheinlich, daß darin in den nächsten Jahrzehnten keine Aenderung eintreten wird. Deshalb fürchte ich, daß keiner von uns es je praktisch erleben wird, einen solchen Handel abzuschließen, wodurch wir für militärische Bewilligungen Volksrechte eintauschen. Wir werden dieser Regierung nie etwas bewilligen können, einfach weil sie uns keinen entsprechenden Preis in Volksrechten zahlen wird.

Ich habe mich auch nur dagegen wenden wollen, daß man grundsätzlich eine solche Politik für unzulässig erklärt, und bei jeder Andeutung einer solchen Möglichkeit über Prinzipienverrath schreit.

Freilich muß ich eins hinzufügen: wer denkt, daß wir eines Morgens in der fertigen sozialistischen Gesellschaft aufwachen würden, mit dem lehne ich jede Diskussion ab, von dem trennen mich in der That prinzipielle Unterschiede! Wer aber glaubt, daß man nicht anders als Schritt für Schritt und in beständigem Kampfe in die neue Gesellschaft hineinkommen kann, der wird nicht umhin können, auch alle denkbaren Machtmittel im Kampfe anzuwenden. Ich weiß wohl, daß es möglich ist, im Ringen um den Erfolg eine Art Opportunismus zu treiben, die zum Verrath der Prinzipien und Ideale wird, aber das braucht man dabei nicht zu thun und das will ich nicht thun!"

Wahlbewegung.

Wie ein in der „Staatsbürger-Ztg." veröffentlichter Aufruf zu Wahlbeiträgen besagt, soll die Agitation der Antisemiten nunmehr auch in dem Wahlkreise Prenzlau-Angermünde „mit aller Kraft in Angriff genommen werden". Vertreter des Kreises ist seit 1890 der konservative Landrath a. D. v. Winterfeldt-Menkin. Die „Kreuz-Ztg." ist erbost über diesen „Einbruch" und fragt, wie dieser wohl zu „rechtfertigen" sei.

Die Konservativen und der Bund der Landwirthe haben im Wahlkreise Landeshut-Jauer-Bolkenhain den Gutsbesitzer Scholz in Rohnstock als Reichstags-Kandidaten aufgestellt. Den Kreis vertritt jetzt Dr. Hermes.

Für den Wahlkreis Breslau-Land-Neumarkt hat die Zentrumspartei den Erbscholtiseibesitzer Arnold aus Bischdorf als Reichstags-Kandidaten aufgestellt.

Bei der Aufstellung des Herrn Jacobskötter in Erfurt durch die Konservativen, Nationalliberalen und Antisemiten, von der wir dieser Tage meldeten, scheint es nicht ganz ehrlich zugegangen zu sein. Der Vorsitzende des Landesverbandes Westthüringens der deutsch-sozialen Reformpartei veröffentlicht eine Erklärung, in der mitgetheilt wird, daß jede Partei mit 30 Stimmen vertreten sein sollte. Einige Vorstandsmitglieder des konservativen Vereins in Erfurt hatten aber noch hinter dem Rücken des Ausschusses Einladungs-Karten für Konservative anfertigen lassen, so daß diese schließlich über 120 Stimmen verfügten und nun die beiden anderen Parteien leicht majorisiren konnten. Nach dieser allerdings etwas bitteren Erfahrung lehnen die Antisemiten jedes Zusammengehen mit den Konservativen ab und halten an ihrer antisemitischen Sonderkandidatur Schack-Hamburg fest.

Die nationalliberale Partei hat im ersten hannoverschen Wahlkreise den Justizrath Franzius in Blankenburg am Harz als ihren Kandidaten aufgestellt. — Im Wahlkreise Magdeburg-Stadt wird der Kaufmann Zuckschwerdt kandidiren. — Im 13. badischen Reichstags-Wahlkreise wollen die Nationalliberalen diesmal nicht mehr den konservativen Kandidaten unterstützen, sondern beabsichtigen, einen eigenen Kandidaten aufzustellen. Der gegenwärtige Vertreter des Kreises ist der agrarische Graf Douglas.

Die Aussichten des sozialdemokratischen Kandidaten für Fürth-Erlangen sind, wie die Münchener „Freie Presse" ausführt, durch die Aufstellung eines nationalliberal-bauernbündlerischen Kompromißkandidaten erheblich besser geworden. Bisher habe man ziemlich sicher sein dürfen, es würden entweder die Freisinnigen oder die Demokraten mit den Sozialdemokraten in die Stichwahl kommen. Das nationalliberal-agrarische Bündniß bringe die Gefahr näher, daß beide Parteien ausfallen und statt ihrer der Reaktionär mit dem Sozialdemokraten in die Stichwahl gelange.

— Der Geschäftsführende (Ller) Ausschuß des Wahlvereins der Deutschen Konservativen erklärt gegenüber den Ausführungen des Grafen Dönhoff-Friedrichstein in der „Ostpreußischen Ztg.", daß die Mißbilligung des Verhaltens desselben anläßlich des russischen Handelsvertrages durch die konservative Fraktion des Reichstags erfolgt sei, nicht weil er für den russischen Handelsvertrag stimmte, sondern wegen seines Verhaltens in der Versammlung zu Königsberg am 2. März 1894, und daß der Geschäftsführende (Ller) Ausschuß es für unvereinbar mit der Stellung eines Mitgliedes der Partei halte, wenn dieses jetzt die Wahl des von der Partei des Wahlkreises Königsberg-Fischhausen aufgestellten Reichstags-Kandidaten durch seine Gegenkandidatur gefährde.

Der in Berlin erscheinende antisemitische „Deutsche General-Anzeiger" bringt eine Zusammenstellung der antisemitischen Reichstags-Kandidaturen. Er zählt deren nicht weniger als 78. Es kandidiren u. a.: Redakteur Sedlatzek in 1. Danzig-Stadt; 2. Kolberg-Köslin; 3. Schivelbein-Dramburg. Ahlwardt in 1. Friedeberg-Arnswalde; 2. Landsberg-Soldin; 3. Kyritz-Saatzig; 4. Hagen. v. Mosch in 1. Schlochau-Flatow; 2. Nieder-Barnim; 3. Stadt Stettin; 4. Meseritz-Bomst. Liebermann v. Sonnenberg in 1. Breslau West; 2. Nordhausen; 3. Gischow-Peine; 4. Friklar-Ziegenhain. Prof. Förster in 1. Neu-Stettin, wo, nebenbei bemerkt, noch ein zweiter antisemitischer Kandidat aufgestellt ist; 2. Bromberg. Im ganzen stellen die Antisemiten drei Kandidaten in Wahlkreisen, die jetzt durch Polen vertreten sind; 17 in jetzt konservativ, 13 in jetzt freisinnig, 10 in jetzt sozialdemokratisch, 11 in jetzt nationalliberal, 1 in jetzt welfisch und 7 in jetzt vom Zentrum vertretenen Wahlkreisen auf.

Partei-Nachrichten.

Der Posadowsky'sche Geheim-Erlaß ist gegenwärtig Gegenstand der Erörterung zahlreicher Protestversammlungen in den verschiedensten Gegenden des Reiches. Ueberall werden die auf die Schmälerung des Koalitionsrechtes der Arbeiter hinauslaufenden Pläne der Regierung scharf verurtheilt.

Ferner wird das von der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands in dieser Sache herausgegebene Flugblatt in den Industrie-Orten in vielen tausenden von Exemplaren verbreitet.

Todtenliste der Partei. In Braunschweig ist in der Donnerstag Nacht der hochbetagte Parteigenosse Maurer Karl Bock körperlicher Leiden halber freiwillig aus dem Leben geschieden. Er hat im Verein mit Wilhelm Bracke und einigen Anderen im Jahre 1869 die Braunschweiger Parteiorganisation Eisenacher Richtung gegründet und, materiell einigermaßen günstig gestellt, weder Kosten noch Mühe gescheut, um die Parteibewegung vorwärts zu bringen. Ebenso wenig mied er körperliche Gefahren, womit bei der damaligen Agitation in den ländlichen Orten gar oft gerechnet werden mußte; er begleitete Bracke getreulich auf seinen Touren, beide haben mit der aufgehetzten Landbevölkerung gar manchen harten Strauß zu bestehen gehabt, aber nie den Muth verloren. Auch sonst hat Karl Bock in der Arbeiterbewegung seinen Mann gestanden. Er war Mitbegründer der Braunschweiger Maurer- und Steinhauer-Gewerkschaft und gehörte ihr bis Anfang der 90er Jahre an. Von der öffentlichen Parteithätigkeit schied er eines Augenleidens halber schon Anfang der 80er Jahre, blieb aber ein treuer Anhänger der Partei. Vor einigen Jahren wurde ihm seine treue Lebensgefährtin durch den Tod entrissen. Vereinsamt und von körperlichen Leiden geplagt, setzte der 76jährige seinem Leben selbst ein Ziel.

In New-York starb, wie unser dortiges Bruderorgan, die „New-Yorker Volkszeitung" berichtet, am 5. Februar im Hospital auf Blackwells Island ein Veteran der Arbeiterbewegung, Wilhelm Könecke aus Berlin, im Alter von 77 Jahren. Von Beruf Buchdrucker, war er Mitgründer und Mitglied der deutschen Buchdrucker-Organisation, die ihm auch bis zu seinem Tode die Invaliden-Unterstützung zahlte. An der Arbeiterbewegung in Berlin nahm er schon in seiner Jugend regen Antheil. Er hat 1848 den Barrikadenkampf mitgemacht. Später schloß er sich der sozialdemokratischen Partei und der Internationalen Arbeiter-Assoziation an. Unterm Ausnahmegesetz wurde er aus Berlin ausgewiesen. Er fand Zuflucht in Amerika. Hier schloß er sich den Anarchisten an und ernährte sich mit der Kolportage von Schriften, bis sein hohes Alter ihm auch dies unmöglich machte und er das städtische Krankenhaus aufsuchen mußte, wo ihn der Tod von seinen Leiden erlöste. Bei seinem Begräbniß hielt Johannes Most die Gedächtnißrede.

Polizeiliches, Gerichtliches 2c.

— Gegen den Redakteur der „Tribüne" in Erfurt, Genossen Heinrich Schulz, war ein Untersuchungs-Verfahren wegen angeblicher Beleidigung des Bürgermeisters Knobloch in Sangerhausen eingeleitet, die entbalten sein sollte in einem Artikel, überschrieben: „Pfarrer Kötzschke und die Freizügigkeit". Aus der Anklage wird aber nichts, denn das Landgericht hat die Eröffnung des Hauptverfahrens abgelehnt.

Prozeß Zola.

Paris, 19. Februar.

Als Esterhazy gestern den Justizpalast verließ, war er Gegenstand besonderer Huldigungen. Man begleitete ihn unter den Rufen „Hoch Esterhazy" entblößten Hauptes bis zu seinem Wagen. Ein alter Kapitän küßte Esterhazy auf beide Wangen. Aehnliche Huldigungen wurden anderen Offizieren gebracht, die als Erwiderung ihre Käppis schwenkten. General Pellieux weinte vor Rührung. Alle diejenigen, welche auf die Rufe „Hoch die Armee!" mit dem Gegenruf „Hoch die Republik" antworketen, wurden von der Menge übel zugerichtet.

Die Zola feindlichen Blätter konstatiren, daß die Armee-Chefs dank dem Prozeß gegenwärtig so populär sind wie nach einem großen Siege, und sprechen die Ueberzeugung aus, daß die Vertheidiger Zola's sich von der erlittenen Schlappe nicht mehr erholen werden. „Aurore", „Siècle", „Rappel" und andere Blätter protestiren schärfstens gegen die Erklärungen der Generale, deren Zweck lediglich die Beeinflussung und Einschüchterung der Geschworenen sei, und fügen hinzu, es sei charakteristisch, daß der Ruf: „Vive la République" geradezu lebensgefährlich in Paris geworden sei. Die sozialistische Gruppe hält vor Beginn der heutigen Kammersitzung eine Berathung ab, in betreff einer eventuellen Interpellation an den Kriegsminister.

Verhandlung am Sonnabend.

Bei der Ankunft Zola's wird von einzelnen Personen gepfiffen. Die Sitzung wird um 12¼ Uhr eröffnet, der Saal ist überfüllt, das Publikum ist ruhiger.

Advokat Labori fragt den Oberst Picquart, der wieder aufgerufen wird, ob das Bordereau vom März oder April 1894 war. Picquart erwidert, er erinnere sich nicht. Er beschwert sich hierauf darüber, daß ihm in den Blättern vorgeworfen werde, er lasse seine Kinder in Deutschland erziehen, und erklärt, er sei garnicht verheirathet; wenn er aber Kinder hätte, würde er sie sicherlich nicht in Deutschland erziehen lassen. Auf das Ersuchen Picquart's, General Gallifet, der ihn kenne, möge gebeten werden, hier zu erscheinen, um über seine — Picquart's — Ehrenhaftigkeit und Loyalität auszusagen, erwidert der Präsident, das sei unnöthig. Labori: Natürlich, was hier einen Zeugen der Vertheidigung ehren kann, wird abgelehnt. Präsident: Ich wiederhole, daß es unnöthig ist. Labori: Ich überlasse es den Geschworenen, die Handlungsweise zu beurtheilen.

Labori fragt nun: Hat Pellieux nicht im Kriegsgericht während der Zeugenaussage Picquart's mehrere Male sich eingemengt?

Picquart: Bitte, fragen Sie den General selbst.

General Pellieux, der heute in Zivil ist, tritt an die Schranke und sagt, in Uebereinstimmung mit den gestrigen Worten des General-Staatsanwalts lehne er es von diesem Augenblicke an ab, auf irgend eine Frage zu antworten, die nicht auf die Zola-Angelegenheit bezug habe. Pellieux fügt hinzu: Ich habe bereits gesagt, daß alles in dieser Affäre seltsam wäre; was aber noch seltsamer ist (mit erhobener Stimme und zu Picquart gewendet) das ist — ich sage es ihm ins Gesicht (Bewegung) — die Haltung eines Herrn, der noch die Uniform der französischen Armee trägt und hier vor die Gerichtsschranken tritt, um drei Generale zu beschuldigen, eine Fälschung begangen und von derselben Gebrauch gemacht zu haben. (Donnernder Beifall im Hintergrunde des Saales.)

Picquart erwidert: Ich habe gesagt, daß ich, von Achtung für meine Vorgesetzten erfüllt, hier vor Gericht nur sprechen werde, um die Wahrheit zu sagen. Ich wiederhole aber in Gegenwart meiner Vorgesetzten, daß es mir nicht in den Sinn gekommen ist, ihre Absichten oder ihren guten Glauben zu verdächtigen. Ich sage, daß bei der Norton-Affaire sehr hochgestellte Personen sich durch falsche Papiere haben täuschen lassen. Labori: Ich habe ebenfalls gesagt, daß die Militärs guten Glaubens sind, und daß es das ist, was mich bewegt und erschreckt. Der Präsident fällt Labori ins Wort und sagt zu ihm: Sie plaidiren. Labori antwortet: Nein, Herr Präsident, aber ich muß hier etwas präzisiren, was für mich von größter Wichtigkeit ist. Man sucht mich zu terrorisiren, indem man nicht an mich, aber an meine Frau Drohbriefe richtet, um mich einzuschüchtern. Präsident: Ich wiederhole, Sie plaidiren, und werde Ihnen das Wort entziehen. Labori: Sei es, entziehen Sie mir das Wort. Präsident: Ich entziehe es Ihnen. Labori: Danke, jedesmal, wenn Sie mir das Wort entziehen, erweisen Sie mir eine Ehre.

Pellieux tritt an die Schranken und bittet, noch einige Worte sagen zu dürfen. Der Präsident ertheilt seine Ermächtigung. Pellieux: Ich wollte nur sagen, daß die Rolle, welche ich in der Angelegenheit gespielt habe, nicht von meinem Willen abgehangen hat. Labori will nun ebenfalls einige Worte sprechen, der Präsident droht ihm aber, falls er auf seiner Absicht bestehe, mit einer Disziplinarstrafe. Labori kann indessen Pellieux noch fragen, zu welcher Zeit die hydraulische Bremse des 120 Millimeter-Geschützes reglementsmäßig geworden sei. Pellieux erwidert, General Gonse sei ohne Zweifel besser in der Lage, darauf zu antworten. Gonse tritt vor und sagt, er könne nicht antworten, da er nicht mit dem Artilleriedienst beauftragt sei. Als Labori eine weitere Frage stellen will, ertönt im Hintergrunde des Saales betäubender Widerspruch. Labori: Jawohl, protestiren Sie nur; Sie freuen sich, daß das Recht hier immer mehr verletzt wird; ich frage mich — zu Zola gewendet —, ob es nicht besser wäre, die Sitzung lieber zu verlassen, als uns, wie es geschieht, knebeln zu lassen. Präsident: Sprechen Sie doch ernsthaft. Labori sagt, außer sich, zum Präsidenten: Sie haben mich beleidigt, Herr Präsident; ich erhebe den Anspruch, hier nichts zu sagen, was nicht äußerst ernsthaft wäre. Der Zwischenfall ist damit beendet.

Auf eine weitere Frage Labori's erwidert Picquart, das Schriftstück, von dem der Bericht Navary's gesprochen habe, würde, wenn es ernstlich diskutirt würde, viel eher hauptsächlich auf einen Truppen-Offizier, denn auf einen Generalstabs-Offizier anzuwenden sein. Weitere Fragen, die ihm noch gestellt werden, lehnt Picquart ab, unter Berufung auf das Dienstgeheimniß, zu beantworten. Die Frage: Hat General Boisdeffre Ihnen nicht gesagt, Sie sollten sich mit der Dreyfus-Affäre beschäftigen, denn in den Akten sei wirklich nichts Großes? weigert sich Picquart zu beantworten. Frage: Haben Sie nicht Esterhazy verhaften lassen wollen? Antwort: Das war meine Privatansicht, da es aber nicht geschehen ist, entsprach es ohne Zweifel nicht der Ansicht der Vorgesetzten.

Hierauf werden mehrere Zeugen vernommen, die den guten Glauben Zola's bekunden sollen. Buchhändler Stock sagt, er sei offenbar, und fügt hinzu, Dank der Indiskretion eines Mitgliedes des Kriegsgerichts habe er erfahren, daß mehrere geheime Schriftstücke in Abwesenheit des Angeklagten und seines Vertheidigers mitgetheilt worden seien. Er könne deren vier aufzählen. Präsident: Das geht uns nichts an. Sie können sich setzen.

Es wird hierauf der Zeuge Lalance vernommen. Derselbe sagt aus, er habe die Familien Sandherr und Dreyfus gekannt. Oberst Sandherr sei ein braver, loyaler Soldat gewesen, habe aber Intoleranz gegenüber der Familie Dreyfus vom Vater geerbt. Präsident: Sprechen Sie nicht davon, sprechen Sie nur von der Zola-Angelegenheit. Lalance: Ich sage, nach meiner Meinung that Zola recht daran, seine Stimme zu erheben, denn in diesem Lande der Gerechtigkeit kann man sein Licht nicht unter den Scheffel stellen. Präsident: Wissen Sie nichts weiter? Antwort: Nein. Labori: Der Zeuge weiß noch vieles, was man ihn aber nicht sagen lassen will. Labori verliest ein Schreiben Séailles, Professors der Philosophie an der Sorbonne, zu Gunsten Zola's. Duclaux, Professor an der Fakultät für Mathematik und Naturwissenschaften, sagt, er habe den Protest mit unterzeichnet, weil er es für nützlich gehalten, daß eine Gruppe von Männern dem Publikum sage, daß die Unklarheiten des zweiten Prozesses die Unklarheit des ersten Prozesses nicht beseitigt habe und daß man Licht in die Sache bringen müsse. Anatole France von der Académie française sagt, er wolle Zeugniß ablegen für die bona fides und die Aufrichtigkeit Zola's, der muthig im Interesse der Gerechtigkeit und Wahrheit gehandelt habe.

Nach kurzer Unterbrechung der Verhandlung wird als Beschluß des Gerichtshofes verkündet, daß General Billot, der von dem Ministerrath nicht zur Zeugenaussage ermächtigt worden sei, nicht werde vernommen werden, ferner auch nicht der Agent Sanffrain, dessen Wohnung nicht bekannt sei. Der „Ulanenbrief" werde nicht zur Verhandlung kommen. Die Vertheidiger erklären, daß sie auf die Vernehmung der zwei oder drei noch vorgeladenen Zeugen verzichten. Der Präsident schließt hierauf die Sitzung und theilt mit, die Verhandlung werde am Montag wieder aufgenommen werden; am Dienstag werde wegen des Feiertages nur eine kurze Sitzung abgehalten und am Mittwoch werde die Verhandlung geschlossen werden.

Der Platz vor dem Justizpalast war, als die Betheiligten das Gebäude verließen, fast leer. Eine Kundgebung fand nicht statt.

Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Achtung, Töpfer! Wegen der am Montag stattfindenden Gewerkschafts-Versammlungen ist unsere Mitglieder-Versammlung auf acht Tage später verlegt. Die Kollegen werden ersucht, die allgemeinen Protestversammlungen am Montag zu besuchen. Der Vorstand: G. Thiele, Tilsiterstr. 80.

Achtung, Maurer Charlottenburgs! Jeder Kollege ist verpflichtet, in dem Orte eine Quittungskarte zum Streikfonds zu lösen, wo er seinen Wohnsitz hat. Die Lohnkommission.

Deutsches Reich.

Aufforderung an die örtlichen Gewerkschafts-Kartelle. Der Generalbevollmächtigte der Bau-, Erd- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands beabsichtigt in nächster Zeit eine umfangreiche Agitation unter den Bau-Hilfsarbeitern zu veranstalten, und namentlich in den Städten, wo Filialen des bestehenden Verbandes nicht vorhanden sind. Gewerkschafts-Kartelle, die gewillt sind, zu den Organisationsbestrebungen der Bau-Hilfsarbeiter mit beizutragen und die Einberufung einer öffentlichen Versammlung in die Hand zu nehmen, werden gebeten, sich umgehend an Albert Töpfer in Hamburg, Wichernsweg 6, zu wenden.

Achtung, Holzarbeiter! Der Streik bei der Firma A. Schmidt u. Co. in Rathenow dauert fort.

Aus Mannheim wird uns telegraphirt, daß am Sonnabend sämmtliche Gießerei-Arbeiter der Maschinenfabrik von Bopp u. Reuther in Mannheim-Waldhof wegen Bruchs der früheren Zugeständnisse die Arbeit eingestellt haben.

Der Streik der Bauanschläger Stuttgarts ist am 17. Februar für beendet erklärt worden. Erreicht wurde durch die Bewegung, daß den Arbeitern ein wöchentlicher Abschlag in der Höhe des Durchschnittsverdienstes gewährt wird, wodurch die vierzehntägige Zahlungsperiode durchbrochen ist; für jeden Arbeiter ist ein Lohnbuch zu führen; die Meldepflicht zur Arbeiterversicherung, die bisher den Akkordanten auferlegt wurde, übernehmen die Meister; für Ueberstunden werden 25 pCt., für Sonntagsarbeit 50 pCt. Zuschlag gewährt; für die Akkordarbeiten sind Sätze normirt, die für zahlreiche Werkstätten wesentliche Lohnaufbesserungen bedeuten. Bei Lösung des Arbeitsverhältnisses ist spätestens innerhalb drei Tagen abzurechnen. Die Organisation der Holzarbeiter ist durch diese Bewegung bedeutend gestärkt worden.

In München sind 24 Tischler des Fried'schen Tapeziergeschäfts in der Löwengrube plötzlich entlassen worden, weil sie die von der Münchener Tischlermeister-Vereinigung aufgestellte Werkstattordnung nicht unterschreiben wollten. Die entlassenen Arbeiter klagen nun beim Gewerbegericht auf Auszahlung des Lohnes für die begonnenen Akkordarbeiten.

Ausland.

Die Zahl der in Graz streikenden Waggonarbeiter ist auf 900 gestiegen; nur wenige, meist alte Arbeiter und Werkmeister, arbeiten weiter. Die Direktion bietet alles auf, um Ersatzkräfte heranzuziehen. Vor allem ist Zuzug fernzuhalten.

Belgische Streiks im Dezember 1897. Nach den Berichten der amtlichen „Revue du Travail" haben im Monat Dezember 11 neue Streiks stattgefunden. Neun davon waren bis zum Ende des Monats bereits wieder beendet, die Dauer war im Maximum zehn Tage. Die Zahl der Streikenden betrug insgesammt 849, wovon 764 Bergleute. — Die Streikursache bildete in sechs Fällen die Opposition gegen eine neu einzuführende Arbeitsordnung, in einem Falle wurde eine Lohnerhöhung verlangt, in zwei Fällen handelte es sich um Wiedereinstellung Entlassener, in einem um Zurückweisung einer Lohnreduktion. Die neun als erledigt gemeldeten Streiks endeten sämmtlich zu ungunsten der Arbeiter.

Der Führer der Unternehmer im Konflikt des englischen Maschinenbau-Gewerbes, Colonell Dyer, hat sich über die Gewerkschaften zu deren Vertretern wie folgt geäußert: „Glaubt keinen Augenblick, daß ich irgend etwas gegen Eure Gewerkschaft habe. Ich mag im Irrthum sein und mag mit meiner Ansicht allein stehen, aber ich hoffe, den Tag noch zu sehen, wo jeder Arbeiter irgend einem Berufsverein und jeder Unternehmer irgend einem gewerblichen Unternehmerverein angehört. Dann werden wir unter gleichen Bedingungen zusammenkommen und die Dinge nach umfassenden und vernünftigen Grundsätzen diskutiren." — Auch dieser Ausspruch zeigt, daß, so energisch auch die englischen Unternehmer kämpften, sie dennoch weit entfernt sind von jenem engherzigen Standpunkt die deutschen Unternehmer, die gegen die Arbeiterorganisationen kein anderes Mittel wissen, als Polizei und Staatsanwalt zu Hilfe zu rufen.

Soziale Rechtspflege.

Ueber die ersprießliche Thätigkeit eines Innungs-Schiedsgerichts wird dem „Gastwirthsgehilfen" berichtet: Der Kellner S. wurde vom Restaurateur Zobel, Spatenbräu, Potsdamerstraße, probeweise engagirt und trat am 6. November v. J. die Arbeit an; über Gehalt war nichts vereinbart. Am Abend frug S., ob er wiederkommen solle, was bejaht wurde. Am 28. November wurde S. fest engagirt, trotzdem aber am 13. Dezember v. J. plötzlich entlassen. Da sich der Unternehmer zur Zahlung von Lohn oder Entschädigung für die plötzliche Entlassung nicht herbeiließ, verklagte der minderjährige Arbeiter den Zobel im Beistande seines Vaters beim Innungs-Schiedsgericht. Nun kommt das Unglaubliche. Der erste Termin am 19. Januar d. J. mußte vertagt werden, weil die Arbeitgeber (Innungsmeister) fehlten, desgleichen auch der zweite Termin am 31. Januar d. J., weil diesmal die Arbeitnehmer (Innungsgehilfen) fehlten! So lootst man nicht nur nutzlos die Parteien zu diesem „Schiedsgericht", sondern verursacht ihnen neben dem Ausfall des event. Arbeitsverdienstes noch andere Ausgaben. Selbstverständlich will man damit den Arbeitern durchaus nicht die Lust zum Klagen bei der Innung überhaupt austreiben, noch viel weniger will das Innungsschiedsgericht dem denkenden Arbeiter seine absolute Ueberflüssigkeit damit demonstriren! Im Gegentheil. Bei allen passenden und unpassenden Gelegenheiten sind es gerade die Herren der Innung, welche sich und ihre „Wohlfahrtseinrichtungen" in aufdringlicher Weise bemerkbar zu machen suchen. Wunderliche Wohlfahrtseinrichtungen!

Depeschen und letzte Nachrichten.

Hamburg, 19. Februar. (W. T. B.) Den angestrengten Bemühungen der Feuerwehr ist es heute Mittag gelungen, das Feuer auf dem kleinen Grasbrook zu löschen. Die Oelfabrik von Brückmann, sowie die chemische Fabrik von Bieber sind fast gänzlich zerstört.

Hannover, 19. Febr. (W. H.) Im Jähzorn hat heute Abend der hier logirende Bürstenwaaren-Hausirer Gottlieb Sander aus Schönebeck mit einem Dolchmesser erst seine Ehefrau und dann sich selbst erstochen. Die Verstorbenen hinterlassen 5 Kinder.

Innsbruck, 19. Februar. (W. H.) Infolge ungeheuren Schneefalles ist der Verkehr überall gestört; der Bahnverkehr zwischen Innsbruck und Kufstein, sowie auf der Strecke Langen-Bludenz ist eingestellt.

Budapest, 19. Februar. (W. H.) Einer Meldung des „Pester Lloyd" aus Mohacz zufolge nimmt die sozialistische Bewegung unter der kroatischen Bevölkerung wieder zu. An mehreren Orten ist die Sicherheit gefährdet. An die Gendarmerie sind strenge Instruktionen zur Aufrechterhaltung der Ordnung ergangen.

Bern, 19. Februar. (W. T. B.) Infolge eines über Nacht eingetretenen heftigen Schneefalles in der Ostschweiz sind viele Verkehrsstörungen eingetreten. Namentlich in Graubünden und Glarus sind mehrere Züge stecken geblieben. In Niederurnen wurde ein Mann mit seinem Sohne eingeschneit. Als die Verunglückten aufgefunden wurden, war der Knabe todt, der Vater schwer verwundet. In Zürich sind sämmtliche Telephonverbindungen nach auswärts, mit Ausnahme von Winterthur, unterbrochen.

Paris, 19. Februar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Es herrscht großer Andrang und Erregung. Samary interpellirte über die jüngsten in Algerien vorgekommenen Ruhestörungen und führte aus, die Juden-Frage sei seit der Eroberung des Landes vorhanden, sie habe aber seit dem Jahre 1870 an Schärfe zugenommen, namentlich infolge des Dekretes Crémieux', durch welches alle Juden naturalisirt wurden. Der Redner wirft dem Präfekten vor, Zwangsmaßregeln ergriffen zu haben, welche die Gemüther erregten. Der Deputirte Bourlier hob Samary gegenüber hervor, eine Judengefahr sei in Algerien nicht vorhanden, man betreibe dort die Judenfrage zu persönlichen Zwecken. (Beifall.)

Jaurès verlangt, man möge ein Mittel gegen den in Algerien vorhandenen Antisemitismus angeben.

Nach einer Erwiderung des Ministers Barthou nahm die Kammer folgende Tagesordnung mit 561 gegen 80 Stimmen an: In Erwägung, daß eine Politik, die unabhängig ist von den Fragen der Rasse und der Religion, allein die Ruhe und Sicherheit Algeriens sichern kann, und unter Billigung der Erklärung der Regierung geht die Kammer zur Tagesordnung über. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Die sozialistische Gruppe der Deputirtenkammer beschloß, nach dem Prozeß Zola einen Protest gegen die Haltung der Offiziere in demselben zu veröffentlichen.

London, 19. Februar. (W. H.) Die „Times" melden aus Paris, daß Rußland, Frankreich und England mit Zustimmung Deutschlands fortfahren, die Kandidatur des Prinzen Georg zu unterstützen. Der Prinz werde auf seine griechischen Thronrechte verzichten, und man glaubt, daß dadurch der Widerstand des Sultans gebrochen werde.

Rom, 19. Februar. (W. T. B.) Deputirtenkammer. Nach fünftägiger Debatte über den Gesetzentwurf, betreffend die Bildung einer Kommunal- und Provinzial-Kreditkasse, genehmigte die Kammer eine Tagesordnung, nach welcher sie zur Berathung der einzelnen Artikel übergeht. Die Kammer vertagte sich sodann bis zum 24. Februar.

Bombay, 18. Febr. (W. T. B.) Heute Nachmittag brach in dem hiesigen in der Frere-Road gelegenen Pesthospital Feuer aus, welches das ganze Gebäude zerstörte. Zwölf europäische und 84 eingeborene Patienten wurden in Sicherheit gebracht, drei davon sind infolge des Schreckens gestorben. Zwei weitere europäische Krankenwärterinnen sind an der Pest erkrankt.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 3 Beilagen u. Unterhaltungsblatt.

Das Grubenunglück bei Bochum.

Wie die Verwaltung der Zeche „Vereinigte Karolinenglück" Sonnabend 8 Uhr mittheilte, waren bis dahin **117 Todte geborgen.** In der Grube sollen sich keine Verunglückten mehr befinden. Da inzwischen mehrere der Verletzten gestorben sind, beträgt die Zahl der durch die Katastrophe ums Leben gekommenen Bergleute aber gegenwärtig rund **120.**

Angefahren waren zu der Frühschicht, die das Unglück traf, 160 Bergleute; 152 davon haben ihre Kontrollmarken nicht abgegeben, sind also todt oder verwundet.

Am Sonntag geht die Beerdigung der Opfer vor sich. Unter ihnen befinden sich viele gute Parteigenossen und viele Mitglieder des Verbandes deutscher Berg- und Hüttenarbeiter, dessen wohlmeinende Rathschläge, den Grubenkatastrophen insbesondere durch Anstellung von praktisch thätigen Bergleuten als Gehilfen der Gruben-Inspektion besser vorzubeugen, als das bisher möglich war, in den maßgebenden Kreisen leider immer noch nicht Gehör gefunden haben. Das Gewerkschaftskartell in Bochum fordert alle Gewerkschaften auf, den todten Arbeitsbrüdern die letzte Ehre zu erweisen, die gleiche Aufforderung ist von der Bochumer Ortsverwaltung des Bergarbeiter-Verbandes an alle Bergleute des Bezirks gerichtet worden.

Das Grubenunglück auf Zeche „Vereinigte Karolinenglück" ist das furchtbarste, das, soweit bekannt, den preußischen Bergbau je betroffen hat. Bisher war, wie das „Berl. Tageblatt" mittheilt, die größte Katastrophe, die vom Jahre 1868 auf Zeche „Neu-Iserlohn" mit rund 100 Todten, dann folgen „Pluto" mit 62 Todten (10. Mai 1882), „Kaiserstuhl" mit 61 (19. August 1893), „Hibernia" mit 57 (23. Januar 1891), „Konsolidation" mit 56 (24. September 1896), „Hibernia" mit 52 (8. Juni 1897), „Prinz von Preußen" mit 32 (25. Juli 1895), „General Blumenthal" mit 26 (19. November 1896), „Kaiserstuhl" mit 20 (22. Dezember 1897), „General Blumenthal" mit 17 (21. Januar 1884), „Massener Tiefbau" mit 16 (19. September 1883), „Gneisenau" mit 15 (14. November 1897), „Konstantin" mit 14 (1889).

Ueber die Ursache der Explosion, die sich in einer Tiefe von 345 Metern unter Tage ereignete — der Schacht selbst soll 380 Meter tief sein — ist noch nichts ermittelt. Die Untersuchung, an der auch Kommissarien des Handelsministeriums theilnehmen, ist im Gange. Die Bochumer Staatsanwaltschaft hat den Justizminister von dem Unglück offiziell in Kenntniß gesetzt.

Der „Rheinisch-Westfälischen Arbeiter-Zeitung" in Dortmund, die sofort ein Mitglied ihrer Redaktion nach Hamme sandte, wird über die Frage der Ursache des Unglücks geschrieben:

„Was die letzte, unmittelbare Veranlassung der Explosion war, das wird wohl schwerlich jemals festgestellt werden! Welches die tieferen Ursachen solcher Katastrophen sind, das haben erst kürzlich anläßlich des Grubenunglücks auf der Zeche Kaiserstuhl die Bergleute ungeschminkt hinausgerufen in die Oeffentlichkeit. Jetzt ist eine Hekatombe geopfert worden! Die Grubenaktien steigen, das Kohlensyndikat erhöht die Preise, aber nicht gestiegen, nicht erhöht worden ist die Sorge für das Leben derer, die in schwerer Arbeit die Kohlen fördern, die Werthe schaffen, aus denen hoher Profit und large Löhne sprießen!

„Ob es ein Zufall ist, daß die Explosion gerade zwei Tage nach der Bekanntmachung erfolgte, daß das Gedinge vom 1. März ab durchschnittlich um etwa 10 pCt. herabgesetzt würde. Ob nicht das Bestreben, noch einmal Tüchtiges zu leisten, so lange das Gedinge noch nicht verkürzt war, die gebotene Vorsicht vergessen ließ?

„Erschüttert steht der Mensch vor solchem Unglück und erkennt, wie ohnmächtig er der finstern Kraft der Natur gegenüber ist, so salbadern jetzt rührselig bürgerliche Zeitungsschreiber! Wir wissen es besser! Wissenschaft und Technik haben die Mittel geschaffen, die Gefahren zu beseitigen, zu mildern, — aber diese Mittel sind kostspielig! . . ."

Zum Schluß ruft der Berichterstatter den namentlich durch religiösen Hader getrennten Bergleuten zu: „Wäret Ihr einig, Ihr wäret stark und könntet gemeinsam die Gefahren beseitigen. Heute hat Euch das schlagende Wetter gezeigt, daß Ihr zusammengehört trotz Trennungsmarken, welche die Kirche und Unternehmer ziehen möchten. Da unten in der grausigen Tiefe, da sehet Ihr in keinem den Todfeind, nur den Kameraden. Kann's über der Erde nicht ebenso sein?"

Mögen diese Worte nicht in den Wind gesprochen sein! Mögen die unter katholischem und evangelischem Kirchenbanner organisirten und die indifferenten Bergleute angesichts des furchtbaren Unglücks in Hamme endlich zu der Erkenntniß kommen, daß, sobald sie mit den sozialdemokratischen Bergleuten wenigstens zu einer wirthschaftlichen Interessengemeinschaft sich verbinden, dann die Bergarbeiter Deutschlands eine Macht darstellen würden, mit welcher jeder Zechenbesitzer, jede Regierung rechnen müßte und würde.

Das große Unglück auf Zeche „Vereinigte Karolinenglück" wird ja gewiß auch manches vordem steinerne Herz gerührt haben. Vielleicht wird sogar die Regierung einige Anläufe versuchen, um durch Verbesserung der Schutzmaßnahmen eine Verminderung der überaus hohen Unfallsziffer des preußischen Kohlenbergbaues herbeizuführen; wird doch ein Telegramm verbreitet, daß der Kaiser den Handelsminister beauftragt hat, den Betheiligten seine Theilnahme auszusprechen und zu berichten, was etwa zur Linderung der dringendsten Noth sogleich geschehen könne. Aber vor allem thut noth, die einheitliche Organisation der Arbeiter selbst. Je einiger die Arbeiter zusammenhalten, je besser sie organisirt sind, desto eher kann der gesetzliche Arbeiterschutz durchgeführt werden.

Reichstag.

45. Sitzung. Sonnabend, 19. Februar 1898.

Präsident **v. Buol** eröffnet die Sitzung um 2¼ Uhr.

Am Bundesrathstische: Graf v. Posadowsky.

Auf der Tagesordnung steht zunächst die Berathung eines Antrags des Abg. Augst (südd. Vp.) um Fortgang eines gegen den Antragsteller schwebenden Privatbeleidigungs-Verfahrens.

Präsident **v. Buol** empfiehlt die Ueberweisung des Antrags an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Abg. **Singer** (Soz.): Im Prinzip halte ich auch die Ueberweisung solcher Anträge an die Geschäftsordnungs-Kommission für richtig, aber in diesem Falle meine ich, könnte sich der Reichstag ohne Kommissionsberathung schlüssig machen. Der Fall Stadthagen seinerzeit hat erwiesen, daß der Reichstag berechtigt ist, einen Abgeordneten auch ohne Antrag des Staatsanwalts von der Immunität zu entbinden. Sollte die Ueberweisung des Antrages an die Kommission aber beliebt werden, bin ich damit einverstanden.

Abg. **Lenzmann** (frs. Vp.) bittet, von der Kommissionsberathung abzusehen, da dem Antragsteller viel daran liegt, daß keine Verschleppung der Sache eintritt.

Abg. **Gröber** (Z.) empfiehlt Kommissionsüberweisung. Es handle sich ja hier weniger um das Recht des einzelnen Abgeordneten, als um das Recht der Wähler, durch ihren Abgeordneten im Reichstag vertreten zu sein.

Das Haus beschließt die Ueberweisung des Antrages an die Geschäftsordnungs-Kommission.

Es folgte die Fortsetzung der ersten Berathung der Postdampfer-Subventionsvorlage.

Abg. Graf **Arnim** (Rp.): Ich bin mit der Vorlage einverstanden, meine aber, die Vertragsbestimmungen mit dem Lloyd müßten im Gesetz näher präzisirt werden. Ferner ist es merkwürdig, daß auf den nicht subventionirten Linien viel mehr die deutsche Sprache vorherrscht. Die subventionirten Linien haben dagegen noch nicht die Eierschalen vergangener Zeiten abgestreift, dort herrscht die französische und englische Sprache vor. Was den Nutzen für die Landwirthschaft angeht, bemerke ich folgendes: Wir unterschätzen durchaus nicht die Industrie, meinen aber, man darf nicht alles auf eine Karte setzen, auf die Export-Industrie. Die Gefahren, die durch die Einfuhr ausländischer Produkte für die Landwirthschaft entstehen, dürfen wir jedoch nicht überschätzen. Herr Molkenbuhr hat auf die Gefahr, die durch die Einfuhr chinesischer Kulis unseren Arbeitern droht, hingewiesen. Ich meine aber, dieser Schaden wird reichlich aufgewogen durch die Thatsache, daß infolge der Subvention hunderttausende von Arbeitern Beschäftigung finden. — Die Gefahr der Konkurrenz durch die sibirische Eisenbahn halte ich für nicht so bedeutend, da die Frachtsätze per Bahn doch immer bedeutend höher sein werden, als auf dem Wasserwege. — Jedenfalls erwarten uns in Ostasien große Aufgaben im nächsten Jahrzehnt und die nationalen Parteien werden nicht anstehen, im Interesse der nationalen Wirthschaftspolitik die Vorlage so auszuarbeiten, daß sie einer allgemeinen Annahme sicher ist.

Abg. **Hermes** (frs. Vp.): Wir rechnen uns zwar auch durchaus zu den nationalen Parteien, stehen aber nichtsdestoweniger anders zu der Vorlage, als der Herr Vorredner, den allgemeinen Interessen des Handels kann nach unserer Ansicht durch die Subvention einzelner Linien nicht gedient werden. Herr Posadowsky meinte, der Verkehr nach Ostasien und Australien könnte ohne Subvention nicht aufrecht erhalten werden. Ich habe gerade aus seinen statistischen Mittheilungen das Gegentheil ersehen. Es hat sich überhaupt der Handel nach Ostasien und Australien sehr gehoben, so daß die Rhede auch ohne Subvention einen bedeutenden Aufschwung zu verzeichnen hat. Der deutsche Handel hat von selbst ein Interesse daran, an alle Plätze zu gehen, an denen ein Aufschwung in Zukunft zu erwarten ist; er übernimmt anfangs ein Risiko damit; aber er weiß, daß die anfänglichen Verluste durch den Gewinn der spätern Zeit mehr als ausgeglichen werden. Da braucht man keine Subvention, der freie Wettbewerb ist völlig ausreichend. Die Behauptung, daß der deutsche Schiffsbau durch die Subvention sich gehoben, ist nicht zutreffend; der deutsche Schiffsbau mußte bei steigendem Bedarf sich naturgemäß heben, gerade wie der anderer Länder; zudem dürfte bei uns noch der Bau unserer Kriegsmarine das meiste zur Vermehrung des deutschen Schiffsbaues beigetragen haben. Von seiten der Subventionsanhänger ist auf Frankreich exemplifizirt worden; ja, Frankreich unterbindet eben durch sein ungünstiges wirthschaftliches System seinen eigenen Handel; da nimmt es zu Subventionen seine Zuflucht; aber diese können ihm natürlich auch gar nicht nützen. Frankreich zeigt unter allen Staaten die prozentual geringste Zunahme der Rhederei. Ferner wird bei uns die Nothwendigkeit der Subvention durch die Erwerbung von Kiautschau begründet; in kurzer Zeit wird aber die sibirische Bahn mit ihren Anschlußlinien unserm Handel nach Ostasien bessere Transportmittel schaffen und den Schiffahrtsverkehr zum theil aufheben. Wie gesagt, ich trete jederzeit für eine gesunde Entwickelung unseres überseeischen Handels und unserer Rhederei ein; Subventionen kann ich als natürliche Mittel aber nicht ansehen.

Abg. Dr. **Hammacher** (natl.): Die Gegner der Subvention können einen gewissen Mangel an nationalem Empfinden nicht verleugnen. Die Vortheile der Subvention für unsern Handel und unsere Rhederei sind von Herrn Frese so überzeugend dargethan, daß jeder, der überhaupt für unsern heimischen wirthschaftlichen Aufschwung Blick und Sinn hat, für die Subvention eintreten muß. Der Herr Vorredner verkennt durchaus den ungeheuren Vortheil, den eine regelmäßige Dampferverbindung vor einem Verkehr „nach Bedarf" hat. Wir haben das größte Interesse daran, daß die subventionirten Dampfer auch für den deutschen Handel ausschließlich nutzbar gemacht werden, aber wir haben kein Recht, den Norddeutschen Lloyd, der die ersten Verbindungen unter großen Verlusten geschaffen hat, zu schädigen dadurch, daß wir von ihm verlangen, er solle ausschließlich deutsche Waaren befördern, selbst wenn diese nicht ausreichen, um die Betriebskosten zu decken. Da müssen wir natürlich auch ausländische zulassen. Was die Konkurrenz der sibirischen Bahn anlangt, von der der Herr Vorredner die Vernichtung des ostasiatischen Schiffsverkehrs befürchtete, so bin ich der Ansicht, daß die nachtheiligen Bedingungen, unter denen die sibirische Bahn arbeiten wird, die unwirthlichen Gegenden, durch die sie führt, es bewirken werden, daß der Schiffahrtsverkehr keineswegs überflüssig gemacht wird, zumal dieser nicht eine solche Weg-Differenz aufweist, wie etwa der Seeweg von New-York nach Kalifornien im Vergleich zur Pacific-Bahn.

Was mich mit besonderer Freude erfüllt, ist, daß die Landwirthschaft auch keine Befürchtungen bezüglich der Einfuhr landwirthschaftlicher Produkte durch die subventionirten Linien mehr hat. Es muß die Erkenntniß überall durchdringen, daß die verschiedenen wirthschaftlichen Interessen unseres Vaterlandes kohärent sind. Auch wir sind unsererseits gern bereit, für die Landwirthschaft alles zu thun, was unsere nationale Produktion erfordert. Wenn Sie aber das Heil in der Vernichtung der soliden Währung und in der Beseitigung der Freizügigkeit sehen, so erkläre ich Ihnen: Dafür sind wir nicht zu haben! (Unruhe rechts.) Ich möchte vorschlagen, daß die Dampfer alternirend in Antwerpen und Rotterdam anlegen. Ebenso bin auch ich dafür, daß die neu zu erbauenden Schiffe auf deutschen Schiffswerften gebaut werden. Doch möchte ich nicht, daß man das direkt zur Bedingung macht, da ich mir über die praktische Durchführbarkeit noch nicht klar bin.

Staatssekretär Graf **Posadowsky**: Der Abg. Weiß hat gefragt, ob der Lloyd für die Passagepreise in England niedrigere Preise bewilligt, als der in Deutschland vom Reichskanzler genehmigte Tarif vorschreibt. Das ist in der That vorgekommen. Als wir davon Kenntniß nahmen, haben wir uns bemüßigt gefühlt, mit Rücksicht auf die englische Konkurrenz den Tarif herabzusetzen. (Zuruf Richters: national!) auch in Deutschland herabzusetzen, ja wohl; was darin Antinationales liegen soll, darüber will ich Belehrung gern entgegennehmen. Später hat der Lloyd erfahren, daß auswärtige Agenten, um gewisse hervorragende Passagiere für den Lloyd zu sichern, den Passagepreis herabgesetzt haben, aber nicht auf Kosten des Lloyds, sondern indem sie auf ihre Agentenprovision ganz oder theilweise verzichteten. Die Frage, ob Rotterdam oder Antwerpen der Anlegepunkt sein solle, bitte ich der Kommission zur näheren Prüfung zu überweisen.

Was die Anregung des Grafen Arnim und des Herrn Hammacher anlagt, die deutschen Subventionsdampfer in Zukunft auf deutschen Werften und aus deutschem Material herstellen zu lassen, so will ich bemerken, daß erstere Bestimmung bereits in dem jetzt geltenden Vertrage enthalten ist. Was die Frage des Materials anlangt, so wird es unser Bestreben sein, stets und überall deutsches zu verwenden, sofern es vollständig ausreicht. Auch hierüber wird in der Kommission noch gesprochen werden müssen.

Abg. **Metzger** (Soz.): Die Stellung unserer Partei zu der Subventionsvorlage hat mein Kollege Molkenbuhr in ausführlicher Weise dargelegt. Graf Arnim hat nun gegen ihn speziell polemisirt und ich kann wohl die Antwort Herrn Molkenbuhr selbst überlassen, nur auf eine Bemerkung des Grafen Arnim möchte ich kurz eingehen. Er hat gemeint, es sei eine Kleinigkeit, die Arbeiter davon zu überzeugen, daß sie gewaltige Vortheile durch die Subvention erlangen. Ich habe aus der Arnim'schen Rede nur gemerkt, wie viel günstiger die englischen Arbeiter gestellt sind, aber keineswegs, daß die Subvention daran Antheil hat; vielmehr sind dort infolge der Freihandelspolitik der englischen Regierung die Arbeiter in der Lage, das Brot bedeutend billiger zu kaufen, außerdem erhalten sie bessere Löhne. Daher sind sie natürlich auch leistungsfähiger. Graf Posadowsky hat den alten Ladenhüter wieder vorgebracht, daß es ein Gebot der Menschlichkeit sei, in den heißen Gegenden keine deutschen Arbeiter als Feuerleute zu beschäftigen. Ich bin dieser Ansicht schon wiederholt entgegengetreten. Bei allen unseren Angriffen auf die Rheder haben wir immer die Forderung gestellt, daß auf deutschen Schiffen deutsche Heizer und Seeleute eingestellt werden. Natürlich verlangen wir das nicht für die Schiffe, die in den chinesischen Gewässern stationirt sind. Ich kenne keinen deutschen Seemann, der diese Forderung je aufgestellt hätte. Verlangt wird von uns, daß die Schiffe, welche den Verkehr zwischen Ostasien und Deutschland vermitteln, mit deutschen Seeleuten unter Ausschluß des farbigen Elements, der Chinesen und Inder, bemannt werden. Herr Frese hat sich auf die Autorität seines Sohnes, des Schiffsarztes Dr. Frese, berufen, daß die farbigen Leute besser für den Maschinendienst zu verwenden seien. Er hätte sich bei seinem Sohne, der die ungünstigen Erfahrungen mit deutschen Heizern gemacht hat, auch erkundigen sollen, wie lange Arbeitszeit diese deutschen Seeleute hatten. Mir ist von autoritativer Seite gesagt worden, daß die farbigen Heizer ebenso über Bord gehen, wenn ihnen die Hitze bei langer Arbeitszeit zu Kopfe steigt. Die Hitze beträgt 60 Grad Zelsius, und es stellt sich eine Art Geistesgestörtheit ein, in der die Leute dann den Tod suchen. Vorgeschrieben ist eine vierstündige Arbeitszeit. Ich behaupte, daß wenn diese vierstündige Arbeitszeit innegehalten wird, unsere deutschen Heizer mit jedem Farbigen an Ausdauer konkurriren können.

Vizepräsident **Schmidt**: Herr Abgeordneter, ich verstehe nicht, in welchem Zusammenhange Ihre Ausführungen über das farbige Element mit der Vorlage stehen.

Abg. **Metzger** (Soz.): Ich gehe nur auf Aeußerungen der Herren Jebsen und Posadowsky ein.

Vizepräsident **Schmidt**: Wenn in der Vorlage ein Passus enthalten wäre, das farbige Element von den subventionirten Schiffen auszuschließen, hätten Sie recht.

Abg. **Metzger** (Soz.): Gerade diesen Passus will ich in die Vorlage hineinbringen. Der Herr Staatssekretär Graf Posadowsky hat auf England verwiesen, wo auch Ausländer und Farbige in der Handelsmarine beschäftigt werden. Die englischen Verhältnisse sind mit den deutschen aber nicht zu vergleichen. England ist auf das Ausland bei seiner großen Marine angewiesen. Von den beschäftigten Ausländern sind aber 85 pCt. Deutsche. Ich weiß nicht, ob dem Herrn Staatssekretär bekannt ist, daß einzelne Schiffe des Lloyd fast ganz mit Chinesen bemannt sind. Aus einer Verhandlung vor dem Seeamt in Bremerhaven ging hervor, daß die Besatzung eines Schiffes bis auf den Kapitän, die Steuerleute und die Maschinisten nur aus Chinesen bestand, von denen nur einige der englischen Sprache mächtig waren, während die übrigen nur durch Zeichen verständigt werden konnten. Mit Genugthuung habe ich es begrüßt, daß Herr Jebsen eine Lanze für die deutschen Seeleute gebrochen hat. Auch vom Zentrum hoffe ich, daß es ebenso warm für die deutschen Seeleute eingetreten ist, wie neulich für die Interessen der deutschen Passagiere und Auswanderer. Die Hamburger Seeleute haben den Beschluß gefaßt, den Ausschluß des farbigen Elements für die Besatzung der subventionirten Schiffe in der Vorlage fest zu legen. So gut wie dem Lloyd die Verpflichtung auferlegt werden kann, die Schiffe nur auf deutschen Werften zu bauen, kann ihm auch diese Verpflichtung auferlegt werden. Nicht Animosität gegen den Lloyd oder die Rheder, sondern nur das Interesse der deutschen Seeleute ist für mich maßgebend. An unserer prinzipiellen Haltung gegen die Vorlage wird es natürlich nichts ändern, wenn wir auch diese Wohlthat für die deutschen Seeleute durchsehen. Wegen dieser kleinen Verbesserung können wir nicht für die Liebesgabe an den Lloyd stimmen. (Beifall bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf **v. Limburg-Stirum** (k.): Von einer do ut des-Politik war in meiner letzten Rede gar keine Rede. Ich habe nur gesagt, wir kommen hier der Industrie entgegen und hoffen, daß die Industrie auch einsehen wird, daß ein gemeinsames Vorgehen mit der Landwirthschaft unabweisbar ist. Den Gedanken der Kohlenausbeutung in China durch das Reich halte ich nach wie vor für erwägenswerth. Die Kommission kann diese Erwägungen sehr gut anstellen.

Abg. **Molkenbuhr** (Soz.): Ich habe nur einige persönliche Bemerkungen zu machen. Der Herr Senator Klügmann hat darauf hingewiesen, daß die hamburgische Handelskammer sich schließlich für die Vorlage erklärt habe. Die Gründe, die sie aber zuerst zu ihrem Widerstande veranlaßten, sind damit nicht beseitigt. Wenn die Fahrten nach Ostasien vom Lloyd verdoppelt werden, leidet die Hamburger Rhederei doppelt Schaden, auch wenn es jetzt, nachdem die Hamburger Amerikalinie dabei betheiligt ist, nicht mehr ausgesprochen wird, weil eben viele Hamburger Kaufleute an der Hamburg-Amerika-Linie interessirt sind. Der Abg. Graf Arnim wollte einen Widerspruch in meinen Ausführungen finden. Ich habe aber nachgewiesen, daß die Steigerung des Verkehrs nach Ostasien und Australien keineswegs auf die Subvention zurückzuführen ist. Der Verkehr nach Chile hat viel mehr zugenommen, ohne daß auch nur ein Pfennig Subvention für diese ebenso lange Fahrt gezahlt würde. Graf Arnim hat auch durchaus nicht bewiesen, daß der Schutz der nationalen Arbeit, den er predigt, auch wirklich dem nationalen Arbeiter zu gute kommt. Unter der Firma: Schutz der nationalen Arbeit verbirgt sich ein gewaltiges Ausbeutungssystem. Unter dem Freihandelssystem, wie es zu Anfang der 70er Jahre bestand, haben sich viele Arbeiter sehr wohl befunden. In England, mit seinem Freihandelssystem, bestehen viel stabilere Verhältnisse als in Deutschland und auch die Lohnverhältnisse der Arbeiter sind besser. So beträgt z. B. die Monatsheuer eines deutschen Matrosen 50 bis 60 Mark, die eines englischen aber 5 bis 6 Pfund, also mehr als doppelt so viel. Dabei macht Deutschland im Schutz der nationalen Arbeit, England nicht. Seitdem in Amerika der Mac Kinley-Tarif besteht, sind die amerikanischen Arbeiter noch nicht zur Ruhe gekommen. Unter der Herrschaft dieses Tarifs werden die Massen aufs schärfste ausgebeutet. Der Preis der Konsumartikel ist nämlich gestiegen, aber nicht die Löhne. Der Handel braucht stabile Verhältnisse, besonders die Schiffahrt. Wir werden aber schwankende Verhältnisse haben, solange die Neigung zum Schutzzoll besteht. Die einzelnen Interessengruppen haben darunter nie genug. 4 prächtige neue Seedampfer des „Lloyd" sind durch das Vieh- und Fleischeinfuhr-Verbot beinahe entwerthet worden. Mit den Millionen für die Subvention ließe sich der Verkehr auch auf andere Weise viel wirksamer heben. Verwenden Sie doch jährlich die 5½ Millionen für Kanalbauten. Damit schaffen Sie den Beschäftigungslosen Arbeit und fördern gleichzeitig den Verkehr. Sie dienen seinen Interessen mehr, als mit der Subvention der Fahrten nach Ostasien und Australien, von denen alle ausgeschlossen sind, die nicht Handel dorthin treiben oder nicht so glücklich sind, Aktien des Norddeutschen Lloyd oder der Hamburg-Amerikalinie zu besitzen. (Bravo! bei den Sozialdemokraten.)

Abg. Graf **Arnim** (Rp.): Wenn der Abg. Molkenbuhr sein Ideal absoluten Freihandels einführen würde, würden hunderttausende von Eisen- und Textilarbeitern brotlos werden. Die Arbeiter würden Sie dann zur Verantwortung ziehen. Es ist zur Zeit richtiger, den großen Ueberschuß von Industrieprodukten im Ausland abzusetzen, als Kanäle zu bauen, auf denen nur der Produktionsüberschuß anderer Länder zum Schaden unserer Landwirthschaft ins eigene Land dringen würde. (Bravo! rechts.)

Abg. Dr. **Hermes** (frs. Vp.) bestreitet dem Abg. Dr. Hammacher das Recht, der freisinnigen Volkspartei nationales Empfinden abzustreiten und bemängelt die Bewilligung von Rabatt an Ausländer.

Staatssekretär Graf **Posadowsky** stellt fest, daß der Rabatt nur bewilligt werden solle, um die Passagepreise der deutschen Dampfer mit den wechselnden Taxen der ausländischen Dampfer in Einklang zu bringen.

Damit schließt die Debatte.

Gegen die Stimmen der Sozialdemokraten und der freisinnigen Volkspartei wird die Vorlage auf Antrag des Abg. Frese (frs. Vg.) an eine Kommission von 14 Mitgliedern verwiesen.

Nächste Sitzung: Montag 1 Uhr. Militär-Etat.

Schluß 5¼ Uhr.

Berichtigung. In der 1. Beilage der gestrigen Nummer Seite 2 Spalte 2 Zeile 52 muß es heißen: 16—17 Stunden; ebenso Zeile 22: 2 M. 50 Pf. bis 4 M.

Parlamentarisches.

In der Budgetkommission des Reichstags wurde heute die Berathung des Extraordinariums des Militäretats fortgesetzt. Die erste Baurate für eine Kaserne in Torgau und in Ostrowo wurde bewilligt. Abgelehnt wurde dagegen die Forderung für den Umbau des Kommandanturgebäudes in Glatz (43 000 M.), auch die für Beschaffung eines Bureaugebäudes in Altona geforderten 105 380 M. wurden gestrichen. Abgelehnt wurde ferner die erste Rate für den Kasernenbau in Braunschweig (Gesammtforderung 560 000 M.). Genehmigt wurden dagegen eine Kaserne und der Neubau einer Garnison-Waschanstalt in Düsseldorf, Kasernen für Münster, Paderborn, Koblenz, der Neubau von Stallungen in Hannover und eine Kaserne in Oldenburg. Bewilligt werden auch gegen die Stimmen der Abgg. Werner und Singer Kasernen für Artillerie und Train in Darmstadt (Gesammtkosten 1 000 000 bezw. 651 300 M.). Abgelehnt wird die Artilleriekaserne für Alt-Breisach (Gesammtforderung 800 000 M.) Zum Bau einer Infanteriekaserne in Mannheim sind für den Entwurf 8000 M. gefordert. Auf Antrag des Abg. Bassermann werden, mit Zustimmung des Kriegsministers, 200 000 M. mehr eingestellt, also 208 000 M. für Entwurf und Grunderwerb. Für Danzig wird der Neubau eines Generalkommando-Gebäudes — 254 000 M. — bewilligt; abgelehnt wird dagegen die Artilleriekaserne für Graudenz (im ganzen 389 000 M.). Abgelehnt werden ferner die Garnisonlazarethe für Bonn und Schleswig, sowie 45 000 M. zur Beschaffung beweglicher Baracken für Garnisonlazarethe. — Die Berathungen werden Dienstag fortgesetzt.

In der Kommission des Abgeordnetenhauses für das Gesetz über die Disziplinarverhältnisse der Privatdozenten wurden gestern Abend die Berathungen fortgesetzt. § 1 erhielt nach dem Antrage des Abg. Dr. Dittrich (Z.) folgende Fassung:

„Ein Privatdozent an einer Landesuniversität, der Akademie zu Münster und dem Lyceum Hosianum zu Braunsberg, welcher 1. die Pflichten verletzt, die ihm seine Stellung als akademischer Lehrer auferlegt, oder 2. sich durch sein Verhalten in und außer seinem Berufe der Achtung oder des Vertrauens, die seine Stellung erfordert, unwürdig zeigt, unterliegt den Vorschriften dieses Gesetzes."

Ferner wurde auf Antrag Dittrich folgender § 1a angenommen:

„Das Gesetz vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, findet für die Privatdozenten an den genannten Anstalten mit den in den §§ 2 bis 6 dieses Gesetzes enthaltenen besonderen Bestimmungen sinngemäße Anwendung."

Die vom Abg. Dittrich vorgeschlagene Fassung wurde einstimmi angenommen, nachdem der Kultusminister Dr. Bosse erklärt hatte, daß nach seiner persönlichen Ansicht das Staatsministerium diesem Beschluß keinen Widerspruch entgegensetzen würde. Darauf wurde die Anwendbarkeit der einzelnen Paragraphen des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betr. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, auf das Privatdozenten-Gesetz geprüft. Es ergab sich, daß die §§ 8—12, sowie 14—17, 19, 20, 21, 25, 26, 29, 30, 31 und 51 nebst allen folgenden auf das Disziplinargesetz für die Privatdozenten nicht anzuwenden sind. — Minister Dr. Bosse gab noch in bezug auf den in voriger Sitzung angenommenen Antrag Friedberg die Erklärung ab, daß er sich gegen jede Abweichung von der Regierungsvorlage, soweit die zweite Berufungsinstanz in Frage kommt, entschieden verwahren müsse. Die Staatsregierung werde einer Ausnahmebestimmung für die Privatdozenten in keinem Fall zustimmen. — Damit ist die erste Lesung der Vorlage beendet. Wann in die zweite Berathung eingetreten wird, ist noch nicht festgesetzt.

Kommunales.

In seiner außerordentlichen Sitzung am Sonnabend hat das Magistratskollegium seine Berathungen zur Feststellung des Stadt-Haushaltsetats pro 1898/99 beendet. Der Einzeletat der Tiefbauverwaltung ist in Einnahme mit 7 507 921 M. und Ausgabe mit 15 790 863 M. festgestellt, so daß ein Zuschuß von 8 282 942 M. erforderlich wird, d. h. 8 300 000 M. mehr als im laufenden Etatsjahre. — Der Einzeletat für die Verwaltungskosten und die zum Personaletat gehörigen Beamtenstellen, ist in Einnahme mit 405 540 M. und in Ausgabe mit 6 251 938 M. gestellt, so daß eine Mehrausgabe von 5 843 493 M. nothwendig wird. An Gemeinde-Grundsteuer sind in Einnahme 16 780 000 M. eingestellt, an Gewerbesteuer 6 965 000 M., an Umsatzsteuer 1 551 191 M., an Betriebssteuer 280 000 M., an Gemeinde-Einkommensteuer 23 770 000 M. Die Gemeinde-Einkommensteuer soll mit 100 pCt. der Staats-Einkommensteuer und 150 pCt. der veranlagten Realsteuer erhoben werden.

Der Bund der Handel- und Gewerbetreibenden bereitet ein Gesuch an die Stadtverordneten-Versammlung vor, in welchem zur Verminderung der Lasten der kleineren und mittleren Gewerbetreibenden folgende Petita gestellt werden: a) Die Gewerbesteuer für die Klasse IV außer Hebung zu bringen; b) die Gewerbesteuer für Klasse III nur mit 100 pCt., sowie c) die Gemeinde-Einkommensteuer bis zu Einkommen von 3900 M. nur mit 75 pCt. zu erheben und d) den Preis für den Gasverbrauch zu Beleuchtungszwecken in Läden, Bureaus und Arbeitsstätten auf den für gewerbliche Zwecke festgesetzten Satz von 10 Pf. pro Kubikmeter zu ermäßigen.

Die Gemeindewaisenraths-Bezirksversammlungen unter Vorsitz des Stadtv. Hammerstein werden stattfinden am 4. März für den I. und II. Waisenkreis in der Aula der 27. Gemeindeschule, Wilhelmstraße 17; 11. März für den III. Waisenkreis in der Aula der 20. Gemeindeschule, Oranienstraße 26; 18. März für den IV. Waisenkreis in der Aula der 88. Gemeindeschule, Koppenstr. 84, 25. März für den V. Waisenkreis in der Aula der 154. Gemeindeschule, Zehdenickerstr. 18, 15. April für den VI. Waisenkreis in der Aula der 67. Gemeindeschule, Elisabethkirchstraße 19. Auf der Tagesordnung stehen u. a. folgende Gegenstände. Zuständigkeit der einzelnen Gemeinde-Waisenräthe: a. für bestimmte Sachen, b. für die Aufnahme der Waisen in die städtische Waisenpflege; die Frage, in welcher Weise ist es zu ermöglichen, daß die Thätigkeit der Frauen in den Gemeinde-Waisenräthen eine erweiterte Bedeutung erhalte? Umgestaltung der Kurendenbücher.

Der Magistrat hat jetzt der Stadtverordneten-Versammlung die Vorlage zur Genehmigung unterbreitet über die anderweite Festsetzung der Dienstalters-Gehälter der Direktoren und Oberlehrer an den höheren Lehranstalten, der Direktoren, Oberlehrer, ordentlichen Lehrer und Lehrerinnen an den höheren Mädchenschulen, der Direktoren und Lehrerinnen an der Blinden- und Taubstummenschule 2c.

100 000 Mark will der Telegraphen-Inspektor a. D. Hans Beringer, Geschäftsleiter des Berliner Thierschutz-Vereins, der Stadtgemeinde Berlin zur Begründung einer Stiftung, deren Zinsen dem Berliner Lehrerverein zufließen und denselben in stand setzen sollen, den Thierschutzgedanken auf den Boden der deutschen Schule zu verpflanzen und ihn damit in der heranwachsenden Jugend lebendig werden zu lassen, überweisen. Die Stiftung soll den Namen „Thierschutz-Stiftung deutscher Lehrer" führen.

Lokales.

Die Parteigenossen des zweiten Kreises werden auf die am Mittwoch, den 23. d. M., bei Zühlke, Dennewitzstr. 18, stattfindende Versammlung des Wahlvereins aufmerksam gemacht, in der Reichstags-Abgeordneter Genosse Ewald Vogtherr über Weltpolitik referiren wird. Gäste haben Zutritt. Zahlreichem Besuch sieht entgegen

Der Vorstand.

Die Parteigenossen des dritten Kreises und deren Angehörige werden hierdurch nochmals auf die heute Abend 6½ Uhr in Feuerstein's Festsälen, Alte Jakobstr. 75, stattfindende öffentliche Versammlung aufmerksam gemacht, in der Georg Wagner über „Volksbildung und Klassenbewußtsein" referiren wird. Im Anschluß an die Versammlung findet ein Tanzkränzchen statt. Zur Deckung der Unkosten wird ein Entree von 10 Pf. pro Person erhoben. Rege Betheiligung erwartet

Der Einberufer.

Städtische öffentliche Bedürfnißanstalten gab es in Berlin Ende März 1897: für Männer 49 zweiständige, 99 siebenständige, 1 achtständige, 1 zehnständige, 1 elfständige, zusammen 151 Anstalten; für Frauen 3 Anstalten; für Kinder 3 Anstalten. Der neueste Bericht der Straßenreinigungs-Deputation hebt hervor, daß sich die Zahl dieser Anstalten 1896/97 nur wenig gegen das Vorjahr verändert hat, sagt aber nicht, worauf das zurückzuführen ist. Die Ursache ist anscheinend zu suchen in dem Uebergange von der Wasserspülung zum Oelverschluß. Die Versuche mit dem Oelverschluß werden bereits seit 1893 gemacht. Sie haben sich nach Ansicht der Deputation bewährt und gelten jetzt als abgeschlossen. Der Wasserverbrauch stellt sich bei einer siebenständigen Anstalt auf 7665 Kubikmeter pro Jahr, was einen Werth von 1150 M. repräsentirt. Bei Oelverschluß sind die Unterhaltungskosten ganz geringfügig, während die Kosten der Abwartung bei beiden Systemen ungefähr gleich sind. Der Oelverschluß soll nun allgemein eingeführt werden. Hoffentlich wird dann die Vermehrung der Bedürfnißanstalten, die in der letzten Zeit vor Abschluß der Versuche verlangsamt worden ist, mit doppelter Energie betrieben, wobei auch die Außenbezirke mehr als bisher berücksichtigt werden könnten. Für Frauen bestehen, wie oben ersichtlich, immer noch nur 3 Anstalten. Dieser Mangel ist ein Ueberbleibsel aus jener Zeit, wo die Frau weniger außerhalb des Hauses ihrem Erwerbe nachzugehen brauchte und Berlin auch noch kleiner war. Heute, wo täglich eine große Zahl von arbeitenden Frauen und Mädchen auf dem Wege nach und von den Fabriken, Arbeitsstuben, Geschäften u. s. w. die Straßen passiren und oft sehr weite Strecken zurücklegen muß, ist der Mangel an Bedürfnißanstalten für weibliche Personen ein unhaltbarer Zustand. Die städtische Verwaltung hat sich bekanntlich dadurch zu helfen gesucht, daß sie den Unternehmern der gegen Zahlung zu benutzenden Bedürfnißanstalten die Einrichtung von Freizellen für weibliche Personen zur Pflicht machte. Die Zahl dieser Anstalten ist aber nur gering — in manchen Stadttheilen fehlen sie vollständig — und im übrigen sind über die Zweckmäßigkeit der sehr primitiven Einrichtung der Freizellen die Ansichten getheilt. Die Frage der Errichtung von Bedürfnißanstalten für Frauen in den Straßen Berlins wird jetzt rund 40 Jahre erörtert, ohne daß sie bisher in befriedigender Weise gelöst wäre. Bereits 1861 petitionirte eine ungenannte Dame bei der Stadtverwaltung um Errichtung solcher Anstalten. Der Magistrat glaubte der Anregung nicht folgen zu sollen, weil er meinte, die allseitig freie Lage werde von der Benutzung abschrecken. Die erste Anstalt wurde dann 1874 im Rathhause eingerichtet, worauf 1876 noch je eine im Souterrain des Friedrichs-Werder'schen und des Sophien-Gymnasiums folgten. Drei Anstalten für Frauen gab es also schon vor 20 Jahren! Man sieht, wie Berlin auf diesem Gebiete „fortschreitet."

Glasmosaiken als Fassadenschmuck kommen jetzt immer mehr in Aufnahme. Vor einigen Tagen wurden vor dem Rudolph Hertzog'schen Hause in der Breitenstraße mehrere große Stücke enthüllt, die allerdings nicht den besten Stil aufweisen — sie sind in sogenannter Berliner Renaissance ausgeführt — die aber eine technische Vollkommenheit darstellen. Die Glasmosaiken sind außerdem das einzige Material, das zum farbigen Fassadenschmuck verwendet werden kann. Die Freskomalerei hält sich oft genug nicht einmal in geschützten Räumen, viel weniger aber auf Wänden, die der zernagenden Witterung ausgesetzt sind. Porzellanfliesen-Mosaik fügt sich nicht recht der Architektur ein und weist auch meist zu starke Reflexlichter auf. Alle diese Fehler hat die Glasmosaik nicht. Erstens ist sie unempfänglich für Niederschläge und widerstandsfähig gegen Temperaturen, dann kann sie den eigentlichen Formen der zu dekorirenden Körper angepaßt werden und hat durch ihre kleinen Bestandtheile nur ein Schillern, das nicht stört, sondern sogar äußerst reizvoll wirkt. Die Glasmosaik, die zur Zeit der Byzantiner im romanischen Stil oft angewandt wurde, war, wie so viele andere künstlerischen Handfertigkeiten, vollständig in Vergessenheit gerathen, bis man beim Wiederaufnehmen des Kölner Domdaues die Glasmalerei und andere kunstgewerblichen Techniken wieder auffrischte. Der Italiener Dr. Salviati erfand die Glasmosaik für unsere Zeit neu. Er vereinfachte die Technik aber von vornherein bedeutend. Während früher die Mosaik an dem Ort ihrer Bestimmung im frischen Mörtel zusammengesetzt wurde, verlegte er die Hauptarbeit in die Werkstatt. Jetzt werden die Zeichnungen in der Größe hergestellt, die die Mosaik später aufweisen soll. Die Zeichnung wird in einzelne Theile zerschnitten und mit Hilfe eines Kleisters die Glaswürfel aufgesetzt. An der zu schmückenden Stelle werden die Wand und die Theile mit Mörtel beworfen, die Theile werden dann an der Wand zusammengefügt und die Pappe der Zeichnung abgewaschen. Immerhin bleibt die Technik noch schwierig genug. Denn während der Maler mit wenigen Farben auf der Platte sich alle Töne mischen kann, muß der Mosaikarbeiter die Farben fertig zur Verfügung haben. Seine vieltönigen Glaswürfel werden aus flachen, undurchsichtigen Glasplatten geschlagen, nur bei ganz feinen Arbeiten werden ihre Konturen geschliffen. Aus den Bruchstücken wird die obere Bildfläche hergestellt, die durch ihre Unebenheit das schon erwähnte, der Glasmosaik eigene Schimmern hervorruft. In Deutschland haben wir erst seit einigen Jahren eine Glasmosaikfabrikation, und zwar durch die deutsche Glasmosait-Gesellschaft in Rixdorf, die seit dem vorigen Jahre eine Konkurrenzfirma bekommen hat. Die gegenseitige Konkurrenz wird die Preise für Glasmosaiken vermindern, die jetzt noch ziemlich hohe sind. Der Quadratmeter kostet 50 bis 300 M. und noch mehr. Das wird auch der Anlaß sein, warum wir Glasmosaiken noch recht spärlich als Fassadenschmuck finden, während sie als Kirchenschmuck häufiger verwendet werden. Bemerkenswerthe Glasmosaiken an Profanbauten haben wir in Berlin: am Sparkassengebäude auf dem Mühlendamm, am Siechenhause in der Behrenstraße und wohl die schönste am Hause Mohrenstraße 25. Wer sich die angeführten Häuser angesehen hat, wird von dem Werth der Glasmosaik als Fassadenschmuck überzeugt sein und ihre Verwendung an stelle des die Architektur verhüllenden, langweiligen Stuckes wünschen. —

Wie soll man den Fernsprecher benutzen? Uns wird geschrieben: „Der allergrößte Theil der Sprechenden geht an den Fernsprecher heran, ohne eine Ahnung zu haben, in welcher Weise der Dienst im Fernsprechamt sich abwickelt. Die Reichs-Telegraphenbehörde hat zwar im Theilnehmer-Verzeichniß eine amtliche Anweisung ertheilt, daß die Kurbel am Fernsprechgehäuse einmal herumgedreht oder der Wecknopf kurze Zeit gedrückt werden soll, aber wer liest das? Dazu hat niemand Zeit. — Antwortet das Amt nicht sofort nach dem Anruf, so ist das Publikum ungeduldig, und nun beginnt ein mehrfaches heftiges Drehen der Kurbel oder andauerndes Drücken des Knopfes, das aber ganz nutzlos ist, dagegen die durch den Hörapparat in den Stromkreis eingeschalteten Beamtinnen im höchsten Grade gefährdet. Man stelle sich den Apparatdienst bei den Aemtern folgendermaßen vor: Die Beamtinnen sind jeden Augenblick bereit, die gewünschte Verbindung sofort auszuführen, sie unterstützen sich gegenseitig nach beiden Seiten hin. Zu gewissen Zeiten des Tages ist jedoch der Andrang der Sprechenden so groß, daß manchmal zehn Klappen und noch mehr fast auf einmal fallen. — Es ist selbstverständlich, daß alle nicht auf einmal bedient werden können. Es ist also Pflicht des Publikums: Geduld zu haben. — Durch einmaliges kurzes Kurbeldrehen ist die entsprechende Klappe auf dem Amt herabgefallen, und die Beamtin schaltet sich ein, um eine Verbindung nach der anderen herzustellen. Wird nun im Moment des Einschaltens das ungehörige, oft ununterbrochene Kurbeldrehen fortgesetzt, so werden die Nerven der Beamtinnen in unverantwortlicher Weise geschädigt. Der elektrische Strom geht blitzartig durch ihren Körper und muß zeitig oder später den Keim der Gesundheit herbeiführen. Um dieses zum größten Theil auf Unkenntniß beruhende Verfahren zu verhüten, wird vorgeschlagen, dicht neben dem Fernsprecher eine deutliche Warnung für jedermann anzubringen. „Es wird zum Schutze der Beamtinnen streng gewarnt, mehr als einmal die Kurbel zu drehen oder dies öfter zu wiederholen. Die Antwort des Amtes ist ruhig abzuwarten." Wird das gesammte, den Fernsprecher benutzende Publikum erst von seinem gefahrbringenden Verfahren Kenntniß haben, dann wird sicherlich ein Zuwiderhandeln gegen die Vorschrift nicht mehr vorkommen."

Es wäre zu wünschen, daß das Publikum sich diese Bitte zu Herzen nähme. Doch muß gesagt werden, daß in kaum einer anderen Stadt die Geduld derjenigen, die den Fernsprecher benutzen müssen, auf eine so harte Probe gestellt wird, wie in Berlin. Möglicherweise liegt das an der Ueberbürdung der Beamtinnen.

Gegen die beabsichtigte Erweiterung des Postregals auf geschlossene Briefe innerhalb eines Ortes haben sich, wie die Berliner Packetfahrt-Aktiengesellschaft uns mittheilt, in einer an den Reichstag abgesandten Petition 139 hiesige Vereine mit 248 943 Unterschriften erklärt; außerdem hat der Verein der Tabak-Interessenten 13 000 Unterschriften aufgebracht.

Militärmißhandlung. Ueber die kriegsgerichtliche Verurtheilung des früheren Unteroffiziers Robert Falkenberg von der 7. Batterie des ersten Garde-Feld-Artillerie-Regiments, über den bereits wiederholt berichtet wurde, liegen jetzt genaue Thatsachen vor. Falkenberg war von Berlin aus als Futtermeister nach Jüterbogk kommandirt; unter ihm standen mehrere Kanoniere aus verschiedenen Regimentern. Eines Morgens um 2½ Uhr jagte er drei Soldaten aus ihren Betten und kommandirte sie auf einen Düngerhaufen, wo sie mit den Händen das Stroh herauslesen mußten, das nach Ansicht des Herrn Unteroffiziers zur Streu für Pferde noch verwendbar war. Die Leute, die recht wohl wußten, daß der noch nicht zwei Jahre lang den Rang bekleidende Unteroffizier seine Befugniß überschritt, mögen sich wohl nicht sehr willig gezeigt haben. Das reizte den Vorgesetzten noch mehr und er mißhandelte alle drei Kanoniere alsbald im Pferdestall. Aus diesem Anlaß wurde er in Untersuchungshaft genommen, nachdem sich noch die Anzeige über unberechtigten Verkauf ihm anvertrauten Futters an einen Offizierburschen hinzugesellt hatte. Diese letztere, wie auch noch andere Kleinigkeiten wurden hinfällig, sodaß Falkenberg nur wegen der ersteren schweren Vergehen mit drei Monaten Gefängniß unter Degradation zum Gemeinen und unter gleichzeitiger Versetzung in die zweite Klasse des Soldatenstandes verurtheilt wurde. Von diesen drei Monaten — nicht vier Monaten — hat er die größte Zeit im Lazareth zugebracht. Falkenberg ist hiernach für die Armee als Unteroffiziere zwar verloren, wird aber der Stadt Berlin erhalten bleiben. Er will in der Nähe seiner früheren Kaserne eine Schankwirthschaft errichten und von kompetenter Seite die Zusicherung erhalten haben, daß er zur Führung eines solchen Gewerbebetriebes den Anforderungen vollauf genüge.

Herr Isidor Löwe, der Generaldirektor der Aktien-Gesellschaft Ludwig Löwe u. Ko., ist zum Kommerzienrath ernannt worden.

Von der Erhöhung der Eispreise infolge des milden Winters war in letzter Zeit vielfach die Rede. Zur Beruhigung der Interessenten wird uns mitgetheilt, daß diese Meldungen unrichtig sind, und daß z. B. die Norddeutschen Eiswerke gar nicht daran denken, eine Preiserhöhung eintreten zu lassen. Auch werde von Thüringen, Schlesien und Schweden aus in solchen Massen Eis angeboten werden, daß sich aus diesem Grunde schon ein Hinaufschrauben der Preise verbiete.

Aus Furcht, wegen einer Ungehörigkeit der Polizei denunzirt zu werden, hat das 15jährige Dienstmädchen Gertrud K., das bei dem Bäckermeister G. in der Blumenthalstr. 6 in Stellung war, Oleum zu sich genommen. Das Mädchen liegt in einem Krankenhause darnieder.

Eine grausige Geschichte theilt die „Pommersche Volksztg." mit: Auf dem Bromberger Bahnhofe sollen vor einigen Tagen zwei Männer von Berlin angekommen sein, welche eine größere Kiste als Passagiergut aufgegeben hatten. Die beiden stiegen aus, übergaben zwei Gepäckträgern die Scheine mit der Bitte, die Kiste auf einen Wagen zu befördern, und begaben sich sodann vor den Bahnhof. Inzwischen lief der Hund eines auf dem Perron befindlichen Offiziers der dortigen Garnison an die Kiste, beschnüffelte sie und fing an zu winseln. Seinem Herrn kam die Sache verdächtig vor, und da die Kiste beim Anstoßen hohl erklang, ließ er sie beim Bahnhofsvorsteher mit Beschlag belegen und öffnen. Es fand sich darin ein an Händen und Füßen gebundenes Mädchen, welchem ein Schwamm in den Mund gesteckt war. Die Bedauernswerthe wurde befreit und die beiden Begleiter der Kiste verhaftet. Das Mädchen soll in Berlin bei einem Regierungsrath in Dienst gewesen sein. Was wahr an der Geschichte ist, läßt sich bis jetzt nicht feststellen. Das Mädchen ist durch die ausgestandene Angst so erkrankt, daß es bis heute noch nicht vernehmungsfähig ist.

Zeugen, welche bei dem Ueberfalle zugegen waren, der sich am 15. d. M., vormittags, vor dem Hause Königsbergerstr. 32 abgespielt hat, werden gebeten, ihre Adressen an A. Lehmann, Oranienstraße 137, gelangen zu lassen.

Flüchtig geworden ist nach Unterschlagung von annähernd 6000 Mark ein Kaufmann P., der hiesige Vertreter einer Münchener Brauerei.

Die Ehefrau des Kaufmanns Rosenberg, welche, wie gemeldet, einen Selbstmordversuch unternahm, nachdem sich ihr Ehemann im Untersuchungsgefängniß erhängt hatte, dürfte mit dem Leben davon kommen. Dem Anschein nach hat sich Frau Rosenberg die Waffe erst kurz vor Ausführung der That beschafft und von dem Verkäufer, der wohl ihre Erregung bemerkt und den Zweck des Revolverkaufs geahnt hatte, „Selbstmordpatronen" erhalten, die nicht tödten. Sie hat demnach nur einen starken Blutverlust gehabt. Ihr Zustand war heute im allgemeinen befriedigend. Die Wohnung des Ehepaares ist einstweilen polizeilich geschlossen worden. Beide hatten sich, wie jetzt bekannt wird, das Wort gegeben, daß falls der eine Ehegatte sterben sollte, ihm der andere alsbald im Tode nachfolgen werde.

Feuerbericht. Sonnabend früh 10 Uhr war Birkenstr. 67 ein Zimmerbrand abzulöschen. Kurz darauf gingen Alexandrinenstraße 97 mehrere Kisten in Flammen auf. Brennende Betten und Möbel waren die Ursache eines Alarms nach Schwedterstr. 50. Abends 6½ Uhr war Lützowstr. 98 ein Ladenbrand abzulöschen, bei dem Schwämme und Kämme vernichtet wurden. Blankenfelderstr. 2 mußten um 8 Uhr brennende Möbel und Betten abgelöscht werden, wobei auch das Haus erheblichen Schaden erlitt. Zu gleicher Zeit erfolgte Alarm nach Kurfürstenstr. 43, wo ein Posten Wäsche in Flammen aufging.

Im Berliner Aquarium sind dieser Tage mancherlei neue Gäste, Angehörige verschiedener Thiergruppen, eingekehrt, hoffentlich zu recht langem Verweilen. Das zweite Becken des oberen Ganges hat drei etwa fußlange, starke, auf braunem Grunde schwarz gefleckte Fischmolche aus den Seen Nordamerika's aufgenommen, die einen prächtigen Schmuck in den mächtigen braunrothen Kiemenbüscheln an den Halsseiten besitzen und Furchenmolche genannt werden. Man sieht es diesen träge erscheinenden Lurchen nicht an, daß sie so geschickt auf kleine Fische Jagd zu machen verstehen. In der Schildkröten-Grotte sind die werthvollsten und seltensten Erscheinungen einige aus den flußniederungen Brasiliens und Argentiniens bezw. aus Südost-Afrika stammende Wasser- und Sumpfschildkröten. Die eine, die amerikanische Art, gehört der Gattung Plattschildkröte (Platemys) an, so benannt nach der flachen Rückenschale, mit der ein flachgedrückter Kopf im Einklang steht; im besonderen zeichnet sie sich aus durch große Schwimmhäute, zwei Kinnbärtel und einen langen „Schlangenhals", der nebst dem Kopf seitwärts unter das Rückenschild eingelegt und auch vorgeschnellt werden kann.

In der Urania in der Taubenstraße wird die ganze nächste Woche hindurch noch das wissenschaftliche Ausstattungsstück „Der dunkle Erdtheil" aufgeführt. — In der Urania Invalidenstraße spricht am Sonntag Herr G. Witt „Ueber die Sonne", am Dienstag Herr Dr. Bayard über „China, Reisebilder aus dem Reich der Mitte", am Mittwoch Herr Professor Müller über „Das ewige Leben im Sinne moderner Naturforschung", am Donnerstag Herr Dr. Spies „Ueber Inductionsströme", am Freitag Herr Dr. Spies über „Telegraphie ohne Draht" und am Sonnabend Herr Dr. Raß über „Die Glasfabrikation".

Die Direktion der Kultur-Schaubühne (Potsdamerstr. 120) theilt mit, daß die Vorstellungen einen unerwarteten, frühzeitigen Schluß infolge feuerpolizeilicher Verfügungen erfahren müssen. Es findet daher heute Abend 8 Uhr zum letzten Male „Venedig und seine Kunstschätze", szenisch ausgestatteter Projektions-Vortrag mit farbigen Lichtbildern von Professor Dr. Max Schmid (Sachsen) statt; Sonntag, den 27., als letzte Vorstellung: „Aus den Werkstätten deutscher Künstler" (Herr Fritz Stahl). Wie wir hören, ist die Fortsetzung der Vorstellungen für die nächste Saison gesichert.

Die Deutsche Gesellschaft für volksthümliche Naturkunde veranstaltet am Montag, den 21. Februar, abends 8 Uhr, im Bürgersaale des Rathhauses einen Vortrags-Abend. Herr Privatdozent Dr. Gilg wird über „Schmarotzer und Fäulnißbewohner im Gewächsreiche" sprechen.

Aus den Nachbarorten.

Schöneberg. Die Mitglieder des Arbeiter-Bildungsverein werden darauf aufmerksam gemacht, daß die Vereinsversammlung am Montag, den 21. Februar, wegen der am gleichen Abend in der Schloßbrauerei stattfindenden Protest-Versammlung gegen den Posadowsky'schen Erlaß ausfällt. Wir ersuchen die Parteigenossen von Schöneberg, diese Protestversammlung recht zahlreich zu besuchen, um auch hierorts zu bekunden, daß die organisirten Arbeiter energisch Front machen gegen jedwede Beschneidung unseres bißchen Koalitionsrechtes.

In der letzten Sitzung der Rixdorfer Gemeindevertretung theilte Gemeindevorsteher Boddin mit, daß im März d. J. die Ergänzungswahlen zur Gemeindevertretung stattzufinden haben. In der dritten Klasse, die allein für unsere Partei in betracht kommt, scheiden aus die Verordneten Schudoma, Hesse und Schröder. — Die neue Lehrer-Besoldungsverordnung ist von der Regierung nunmehr genehmigt worden. — Eine überaus lebhafte Debatte rief ein Antrag unserer Genossen Retzerau, Keller und Ostermann hervor, welcher dahin ging, daß künftighin Gemeindeverordnete sich weder direkt noch indirekt an Gemeinde-Lieferungen und -Arbeiten sollen betheiligen dürfen. Genosse Thomas führte zur Begründung des Antrages aus, es liege die Befürchtung nahe, daß Gemeinde-Verordnete, welche selbst Lieferanten für die Gemeinde wären, bei ihren Entschließungen befangen sein könnten. Mitunter könnten jetzt Gemeindeverordnete persönliche Interessen wahrnehmen, die aber mit den Interessen der Gemeinde in Widerspruch ständen. Auch § 8 der Landgemeinde-Ordnung stehe den jetzigen Zuständen entgegen. — Sämmliche bürgerliche Gemeinde-Verordneten, welche zur Sache sprachen, bekämpften aus begreiflichen Gründen den Antrag unserer Genossen, der denn auch schließlich abgelehnt wurde. Die übrigen Punkte der Tagesordnung waren belanglos.

Aus Rixdorf. Im Gerichtssaal des hiesigen Schöffengerichts wurde der Arbeiter G. aus Britz wegen Verdachts des Meineides verhaftet. G. hatte sich mit anderen Zeugen trotz ernster Vorhaltungen des Richters in direkten Widerspruch gesetzt und seine Aussage beschworen. — Wie verlautet, sollen am 1. Oktober d. Js. in unserem Orte vier Polizei-Reviere mit Berliner Polizei eingerichtet werden. — Der Engros-Gemüsemarkt am Maybach-Ufer soll, dem Vernehmen nach, nach einem Platz in den Köllnischen Wiesen verlegt werden, weil die Inhaber der Ladeplätze am Maybach-Ufer sich durch den Markt geschädigt glauben. Seitens der Händler wird gegen die Verlegung energisch protestirt werden.

Ueber die Einrichtung der kgl. Polizei in Schöneberg sind jetzt vom Berliner Polizeipräsidium weitere Maßnahmen getroffen worden. Zum dienstältesten Polizeioffizier des Ortes ist der Lieutenant Kudon ernannt worden.

Theater.

Wochen-Spielplan der hiesigen Theater. Opernhaus. Sonntag, 20.: „Lobetanz". „Rose von Schiras." Montag, 21.: „Fliegende Holländer". Dienstag, 22.: „Afrikanerin". Mittwoch, 23.: „Lobetanz". „Rose von Schiras". Donnerstag, 24.: „Zar und Zimmermann". Freitag, 25.: „Freischütz". Sonnabend, 26.: „Zar und Zimmermann". — Schauspielhaus. Sonntag, 20.: „Burggraf". Montag, 21.: „1812". Dienstag, 22.: „Mutter Thiele". Mittwoch, 23.: „Burggraf". Donnerstag, 24.: „Mutter Thiele". Freitag, 25.: „Burggraf". Sonnabend, 26.: „Das neue Weib". — Neues königl. Opern-Theater. (Kroll.) Sonntag, 20.: „Mutter Thiele". — Das Deutsche Theater bringt in dieser Woche folgende Vorstellungen: Sonntag Abend und Montag „Johannes", Dienstag „Die versunkene Glocke" mit Agnes Sorma und Josef Kainz, Mittwoch, Donnerstag und Freitag „Johannes", Sonnabend „Agnes Jordan" mit Agnes Sorma in der Titelrolle, nächstfolgenden Sonntag Abend „Nora", letztes Auftreten von Agnes Sorma. Fulda's „Jugendfreunde" erscheinen am Sonntag zum ersten Male in einer Nachmittags-Vorstellung. — Im Berliner Theater geht Shakespeare's „Ein Wintermärchen" diesen Sonntag, Dienstag, Donnerstag und nächsten Sonntag in Szene. Mittwoch findet eine einmalige Aufführung von „Narcis" statt. Freitag wird „Das Gewissen" und „Ein Hut" zum ersten Mal gegeben. Für Montag ist „Der Pfarrer von Kirchfeld", für Sonnabend „Faust" I. Theil und für Montag, 28. Februar „Faust" II. Theil angesetzt. Diesen Sonntag Nachmittag „Der Veilchenfresser". — Im Lessing-Theater wird das Lustspiel „Im weißen Rößl" am Sonntag, am Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und am nächsten Sonntag wiederholt, während das Lustspiel „Das grobe Hemd", mit Dr. Jud. Tyrolt als Gast, am Montag, Mittwoch und Freitag zur Aufführung gelangt. — Im Goethe-Theater beherrscht das Gastspiel Gustav Kadelburg's den Wochenspielplan. Es gelangt der Schwank „Hans Huckebein" am Sonntag, Montag, Mittwoch, Donnerstag, Freitag und nächsten Sonntag zur Darstellung. — Dienstag und Sonnabend finden Wiederholungen von Ohnet's „Hüttenbesitzer" statt. — Nachmittags-Vorstellung: „Die Jungfrau von Orleans". — Der Schwank „Sein Trick" erlebt an diesem Sonntag im Residenz-Theater seine 60. Aufführung. — Als Nachmittags-Vorstellung geht am Sonntag Victorien Sardou's Schauspiel „Odette" in Szene. — „Das Opferlamm" von Oskar Walther und Leo Stein wird diesen Sonntag nachmittags 3 Uhr im Thalia-Theater wieder zur Aufführung kommen. Abends werden „Die kleinen Lämmer" in Verbindung mit dem Girndt'schen Einakter „Endlich" wiederholt. — Das Schiller-Theater bringt Sonntag Nachmittag eine Aufführung von Fulda's Lustspiel „Die wilde Jagd", abends 8 Uhr geht das Volksstück „Der Millionenbauer" in Szene. Montag findet eine Wiederholung von „Der Tugendwächter" und „Das Versprechen hinter'm Heerd", Dienstag, Donnerstag und Freitag von „Hans Wurst in Berlin" statt. „Wallenstein's Lager" und „Die Piccolomini" kommen Mittwoch zur Aufführung, nächsten Sonntag Nachmittag schließt sich eine Aufführung „Wallenstein's Tod" an. Sonnabend ist die erste Aufführung von Grillparzer's Trauerspiel „Die Ahnfrau", Sonntag, den 27. d. M., abends, wird das Moser'sche Lustspiel „Das Stiftungsfest" gegeben. — Suppé's „Fatinitza" bleibt im Lindentheater die ganze Woche auf dem Spielplan. Diesen Sonntag Nachmittag wird der „Mikado" gegeben. — Im Belle-Alliance-Theater wird das „Käthchen von Heilbronn" am Sonntag und Freitag dieser Woche gegeben. Zum Fastnachts-Dienstag geht „Lumpacivagabundus" in Szene. Mittwoch wird „Im Dienst", Dienstag „Kean" wiederholt. Neu einstudirt kommt „Pension Schöller" Sonnabend zur Aufführung und wird Sonntag, 27. wiederholt. Am Montag findet die erste Vorstellung des dramaturgischen Instituts vor geladenem Publikum statt. Zur Aufführung gelangt „M. d. R." Als Nachmittags-Vorstellungen sind „Lenore" für diesen und „Die religirten Studenten" für nächsten Sonntag bestimmt. — Im Ostend-Theater geht nachmittags zum letzten Male „Der Pfarrer von Kirchfeld" in Szene und zwar zu halben Preisen. Abends das Ausstattungsstück „Unter der Polarsonne". — Der Wochenspielplan des Luisen-Theaters ist folgendermaßen festgesetzt: Montag „Von Stufe zu Stufe"; Dienstag „Trilby"; Mittwoch „Von Stufe zu Stufe"; Donnerstag und folgende Tage „Die Stütze der Hausfrau". Am heutigen Sonntag geht zum letzten Male das Volksstück „Auf goldenem Boden" in Szene. Donnerstag, den 24. cr. gelangt dann E. Karl's Posse „Die Stütze der Hausfrau" zur Erst-Aufführung. — Im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater bleibt das Sensations-Schauspiel „Die kleinen Vagabunden" von Sims und Shirley, deutsch von M. Stein, auch noch in dieser Woche auf dem Repertoir. — Im Alexanderplatz-Theater gelangt heute Nachmittag um 4 Uhr das Schauspiel „Die Königstochter als Bettlerin" oder „Die Schule des Lebens" von Raupach zur Darstellung. Abends 8 Uhr geht das Sittenbild „Verlorene Mädchen" von Eugen Prudens in Szene.

Gerichts-Zeitung.

Besteht für den preußischen König eine Steuerpflicht? Eine hochwichtige Entscheidung, die auch in staatsrechtlicher Beziehung sehr interessant ist, hat der zweite Senat des Ober-Verwaltungsgerichts gefällt. Die königliche Hofkammer der königlichen Familiengüter wurde vom Kreisausschuß des Kreises Beeskow-Storkow für den im Kreise gelegenen „allerhöchsten Grundbesitz" für das Jahr 1896/97 nach einem Einkommen von 180 000 Mark zu 60 pCt. des Normal-Steuersatzes von 7000 Mark mit 4200 Mark zur Forensen-Kreissteuer herangezogen. Nach vergeblichem Einspruch klagte die Hofkammer auf gänzliche Freistellung, indem sie geltend machte, daß der Monarch von den auf das fragliche Einkommen gelegten Abgaben frei sei auf grund eines ungeschriebenen Rechts, beruhend auf allgemeinen Staatsrechts-Grundsätzen. Dieses Recht könne nur durch ausdrückliche gesetzliche Bestimmungen aufgehoben werden, und das sei in der Kreisordnung nicht geschehen. Demgegenüber betonte der beklagte Kreisausschuß, daß die — von ihm bestrittene — Steuerfreiheit des Monarchen von den fraglichen persönlichen Steuern in Widerspruch stehen würde mit der gesetzlich anerkannten Realsteuerpflicht des Landesherrn. Die ihn von bestimmten Steuern befreienden Bestimmungen des Einkommensteuer-Gesetzes und des Kommunalabgaben-Gesetzes seien Privilegien und nicht Ausflüsse seiner Stellung als Staatsoberhaupt. Darum hätte ihn die Kreisordnung von den Kreis-Forensalsteuern ausdrücklich befreien müssen, wenn er nicht verpflichtet sein sollte, sie zu zahlen. Der Bezirksausschuß in Potsdam gab jedoch der Klage der Hofkammer statt und erkannte auf Freistellung von der Steuer. Die hiergegen eingelegte Revision des Kreisausschusses vertrat vor dem Ober-Verwaltungsgericht der Justizrath Dr. von Gordon. Er machte geltend, aus der Stellung des Monarchen, namentlich des modernen Monarchen lasse sich die von der Hofkammer behauptete und vom Bezirks-Ausschuß angenommene Steuerfreiheit nicht herleiten. Der strittigen Frage sei nur steuerrechtlich beizukommen. Von der Staats- und Gemeinde-Einkommensteuer sei der König allerdings immer frei gewesen, und wenn das Einkommensteuer-Gesetz und das Kommunalabgaben-Gesetz seine Steuerfreiheit ausdrücklich anführten, dann wäre darin nur eine nochmalige Feststellung eines bestehenden Rechts zu finden. Aber das sei ein steuerrechtlicher Grundsatz, woraus noch kein Grund folge, dies geschichtlich gewordene Vorrecht auf andere Steuern anzuwenden, die umfassend geregelt würden. Bei der Kreis-Forensalsteuer lägen auch besondere Verhältnisse vor. Die Kreissteuern würden überwiegend verwendet im Interesse der Landwirthschaft und der dabei betheiligten Personen, also auch im Interesse der fraglichen Güter. Wenn die Vorentscheidung aufrecht erhalten werde, dann seien die Kreise in Gefahr, denn die „allerhöchsten" Besitzungen kämen ganz wesentlich für das Steuerrecht der Kreise in betracht. — Das Ober-Verwaltungsgericht beließ es bei der Entscheidung des Bezirks-Ausschusses. Der Vorsitzende Lohaus führte begründend folgendes aus: Die königliche Hofkammer sei keine juristische Person. Da alle Einnahmen aus den Familiengütern das Einkommen des Königs bildeten, so sei die Person des Monarchen selber zur Steuer herangezogen worden. Nach Ansicht des Gerichts vertrage es sich nun nicht mit der Gesammtstellung des Monarchen als des Staatsoberhauptes, ihn der Besteuerung unterworfen zu erachten. Nicht nur aus naturrechtlichen (!) Gründen, sondern auch mit Rücksicht auf positive Bestimmungen. Nach dem 13. Titel des zweiten Theils des Allgemeinen Landrechts seien alle Rechte der Staatsbürger und Schutzverwandten im Staatsoberhaupte vereinigt. Damit dieses seine Pflicht ihnen gegenüber erfüllen könne, stehe ihm das Recht zu, zur Bestreitung der Staatsbedürfnisse die Person, das Eigenthum ꝛc. der Unterthanen mit Abgaben zu belegen. Diese Grundsätze seien bei der Gesetzesrevision ausdrücklich als maßgebend erkannt und anerkannt worden. Also könnten dem Besteuerungsrecht als eines Hoheitsrechtes des Staatsoberhauptes nur die unterworfen sein, die für ihre Person, ihr Eigenthum, ihr Gewerbe ꝛc. den Schutz des Staates genössen. Das Staatsoberhaupt könne aber nicht dem von ihm selbst getragenen Steuerrecht unterworfen sein, es sei von der Besteuerung befreit. Die Verfassung hab. daran nur geändert, daß der Monarch, statt eigenwillig, jetzt das Steuerrecht nach Maßgabe der Gesetze auszuüben habe. Die Finanzhoheit des Staates vereinige er in sich selber und auch der Besteuerung seiner Person und seines Besitzes durch Korporationen (Gemeinden, Kreise ꝛc.) unterliege der Souverän nur insoweit, wie er sich selbst ihr unterwerfe oder den Korporationen das Recht zu seiner Besteuerung einräume. Bezüglich der Kreis-Forensalsteuern hätte es, wenn der Monarch dazu beitragen sollte, eines besonderen Ausdruckes bedurft, wonach das Staatsoberhaupt sich selber dieser Steuer unterwerfe. Die Kreisordnung enthalte eine derartige Bestimmung nicht. Der König brauche darum die Kreis-Forensalsteuer nicht zu zahlen. Da er nicht verpflichtet wäre, sei eine ausdrückliche Befreiung von dieser Steuer unnöthig.

Die Allmacht der Polizei. Als einen für die öffentliche Sicherheit und Moralität gefährlichen Menschen betrachtete der Berliner Polizeipräsident den Schmied W., der wegen Majestätsbeleidigung und Gotteslästerung mit 9 Monaten Gefängniß bestraft worden ist. Der Polizeipräsident wies ihn deshalb auf grund des Gesetzes über die Aufnahme neu anziehender Personen vom 31. Dezember 1842 aus Berlin und den Vororten aus. Nach vergeblicher Beschwerde klagte W. beim Ober-Verwaltungsgericht auf Aufhebung der Ausweisungs-Verfügung. Sein Anwalt machte unter anderem geltend, daß er das Wiederaufnahmeverfahren in der Strafsache beantragt habe, weil der damalige Angeklagte behaupte, daß die vom Landgericht in Sorau festgestellten Thatsachen der Wirklichkeit nicht entsprächen. Der vom Landgericht als feststehend angenommene Sachverhalt ist kurz folgender. An einem Sonntage befanden sich W. und der Schmied Kloß in der Gastwirthschaft eines Dorfes bei Sorau, wo sich gleichzeitig mehrere Bauern aufhielten. In der Trunkenheit — so nimmt das Landgericht an — erklärte Kloß, sie seien Sozialdemokraten, die Bauern müßten auch sozialdemokratisch stimmen. Auf deren Einwände hat dann Kloß sich über Gott und den Kaiser ziemlich abfällig geäußert, wofür er zwei Jahre Gefängniß erhielt. Das ganze Verbrechen des jetzigen Klägers dagegen hat nach den landgerichtlichen Feststellungen nur darin bestanden, daß er einmal sagte: das ist richtig, und daß er die Ableugnung der Existenz eines Gottes bekräftigte, indem er eine Schnapsflasche für seinen Gott erklärte. Und dafür neun Monat Gefängniß! Der Kläger bestreitet, beide Straffhaten begangen zu haben. Eine Schnapsflasche habe er garnicht gehabt, er könne sie also auch nicht für seinen Gott erklärt haben. Die Worte: Das ist richtig, habe er wohl gebraucht, jedoch gerade mit bezug auf den Einwand eines Bauern. Der erste Senat des Ober-Verwaltungsgerichtes wies die Klage als unbegründet ab. Präsident Persius führte aus: Auf grund der rechtskräftigen Feststellungen in dem Strafurtheil habe der Polizeipräsident den Kläger ausweisen dürfen, denn er habe aus ihnen den Schluß ziehen können, daß W. der öffentlichen Sicherheit und Moralität gefährlich sei. Durch seine Bekräftigung der Aeußerungen des Kloß habe er sich daran betheiligt, die anwesenden Bauern zur Ablegung ihrer monarchischen und christlichen Anschauungen aufzuhetzen. Die äußersten Grenzen des polizeilichen Ermessens seien demnach vom Polizeipräsidenten nicht überschritten worden; und die Billigkeit der Handlungsweise des Polizeipräsidenten nachzuprüfen, sei das Gericht nicht in der Lage. Auf etliche recht günstige Zeugnisse des Klägers aus der Zeit nach der Strafverbüßung könne das Gericht kein Gewicht legen, da dieser Zeitraum zu kurz sei; auch kümmere es das Gericht nicht, daß die Frau des Ausgewiesenen ihrer Entbindung entgegen gehe. Das Wiederaufnahme-Verfahren könne ebenfalls nichts an der Ausweisung ändern; das Resultat sei erst abzuwarten. Vorläufig müsse der Kläger Berlin und die Vororte verlassen.

Der von Rechtswegen für so gefährlich gestempelte Mensch erschien unserem Berichterstatter, der sich vor der Verhandlung mit ihm unterhielt, als die personifizirte Harmlosigkeit, als ein Mann, der die Ausweisung schon deshalb nicht verdient hat, weil er mit dem besten Willen kaum im stande sein dürfte, an seinem neuen Aufenthaltsorte agitatorisch für die Sozialdemokratie zu wirken. Dieser Fall bietet eine reizende Illustration zu dem erheiternden Ausspruch des gegenwärtigen Polizeiministers, wonach in keinem Lande der Welt der persönlichen Freiheit größere Garantien gegeben sind, als im preußischen Polizei- und Junkerparadiese.

Hinter den Kulissen des Schillertheaters spielte sich vor kurzem ein Streit ab, der gestern vor dem hiesigen Schöffengericht auf dem Wege der Privatklage ausgefochten wurde. Kläger war der Schauspieler von Wangenheim (v. Winterstein), Beklagter und Widerkläger der Schauspieler und Regisseur Pategg. Eines Abends wurde im Schillertheater „Wallenstein's Lager" gegeben. Herr Pategg, der seiner Regiepflicht nachzukommen hatte, begab sich in die Garderobe, um den dort anwesenden Schauspielern ernste Klagen über „Theilnahmlosigkeit" bei der Darstellung und ihm sonst aufgefallene Mängel vorzuhalten. — Vielleicht hatten die „Trommeln und Pfeifen und der kriegerische Klang", der auf der Bühne herrschte, auf die Gemüther der Darsteller seine Wirkung ausgeübt: genug man fand im Garderobenzimmer, daß der Regisseur seine Rügen in etwas ungewöhnlicher Art ertheilte. Der Kläger von Winterstein ließ etwas von „Unteroffizier-Ton" fallen und als die Auseinandersetzung immer heftiger wurde, glaubte er sie mit einer Redewendung beendigen zu können, in welcher die Phrase vom „Buckel hinunter rutschen" vorkam. Das ging Herrn Pategg ganz wider den Strich, er kam erklärlicherweise in einen hohen Grad der Erregung und apostrophirte Herrn v. Winterstein mit Worten, die einen ziemlich hohen Grad der Mißachtung bekundeten und in einem Komplimentirbuch schwerlich jemals Aufnahme finden dürften. Diese Ausdrücke bildeten die Grundlage der Klage. Herr Pategg gab unumwunden zu, daß er in seiner Aufregung zu weit gegangen sei, erhob aber die Wiederklage nicht nur wegen der in der Garderobe gefallenen Beleidigung, sondern auch wegen eines Schimpfwortes, welches der Kläger zwei Tage später in bezug auf seine Person gebraucht hatte. — Alle Bemühungen des Vorsitzenden, einen Vergleich zu stande zu bringen, scheiterten an dem Widerstande des Klägers v. Winterstein. — Der Prozeß endigte damit, daß Pategg einer, v. Winterstein zweier Beleidigungen schuldig befunden und jeder zu 40 M. Geldstrafe verurtheilt wurde.

Ein Witte-Prozeß beschäftigte gestern, wie bereits mitgetheilt, wiederum das hiesige Schöffengericht. — Da die Verhandlung, die sehr viele Stunden in Anspruch nahm, ein öffentliches Interesse nicht darbot, glauben wir im Sinne unserer Leser zu handeln, wenn wir nicht weiter darauf zurückkommen.

Der Gerichtshof erkannte beide für schuldig, ließ sie jedoch straffrei, da er die Beleidigungen gegeneinander aufhob.

In dem Prozeß Wendler und Genossen, der nach etwa 14tägiger Dauer nunmehr zu Ende geht, hat der Staatsanwalt gestern die Strafanträge gestellt. Sie lauten: gegen Georg Wendler auf drei Jahre Gefängniß (sechs Monate verbüßt) und drei Jahre Ehrverlust, Albert Wendler zwei Jahre drei Monate Gefängniß (sechs Monate verbüßt) und zwei Jahre Ehrverlust, Wittwe Wendler vier Monate Gefängniß (als verbüßt zu erachten), gegen die Agenten Israelski und Schmidt je ein Jahr, gegen Grützke sechs Monate, Meister acht Monate, Renner zwei Monate, Kerupf acht Monate, Langenberg 14 Tage Gefängniß und gegen Pogorzelski Freisprechung. — Nach längeren Vertheidigungsreden der Rechtsanwälte Wronker, Dr. Schwindt, Leonh. Friedmann und Jgn. Cohn beschloß der Gerichtshof, das Urtheil am nächsten Dienstag, nachmittags 4 Uhr, zu verkünden.

Ueberschreitung des Züchtigungsrechtes wurde der Lehrerin Anna Lischnewska zur Last gelegt, welche heute unter der Anklage wegen Körperverletzung vor der ersten Strafkammer am Landgericht II stand. Die Angeklagte ist im Jahre 1883 vom Magistrat in Spandau als Lehrerin angestellt worden und unterrichtete zuletzt in der ersten Mädchenklasse der fünften Gemeindeschule. Am 10. September v. J. in der Zeit zwischen 4—5 Uhr nachmittags leitete sie den Turnunterricht ihrer Klasse. Die zwölfjährige Schülerin Wanda Lentz vermochte eine an sich leichte Sprungübung nicht zu machen, das Kind mußte derhalb aus der Reihe der Schülerinnen heraustreten und die Uebung allein machen. Da dies nicht zur Zufriedenheit der Lehrerin geschah, so gab sie dem Kinde nach jeder mißglückten Uebung einige Schläge an den Kopf, welche die Gegend der linken Schläfe trafen. Dies wiederholte sich drei- bis viermal. Nach Schluß des Unterrichts ging das Kind weinend und über heftige Kopfschmerzen klagend heim, doch war ihr Gang höchst schwankend. Zu Hause fiel es bald in Ohnmacht, in der Nacht stellte sich Erbrechen ein, und als sich am Vormittag des nächsten Tages wieder ein Ohnmachtsanfall zeigte, wurde seitens der Eltern ein Arzt zu Rathe gezogen. Dieser hat das Kind etwa sechs Wochen lang behandelt. Erbrechen und Ohnmachtsanfälle wiederholten sich, noch am 19. Oktober trat ein schwerer Ohnmachtsanfall ein, von da ab nicht mehr, doch sind die Schmerzen im Kopfe auch bis zum heutigen Tage nicht gänzlich geschwunden. Die Angeklagte, die auf Antrag der Schuldeputation unter Anklage gestellt worden ist, bestritt, mehr als einmal mit der flachen Hand geschlagen zu haben, weil sie die erscheinende Ungeschicklichkeit des Kindes angesichts der leichten Uebung auf Böswilligkeit zurückführen zu dürfen glaubte. In dieser Beziehung wurde sie aber von ihren eigenen Schülerinnen widerlegt. Die Lehrerin suchte sich ferner damit zu entschuldigen, daß alle anderen Lehrer und Lehrerinnen ebenfalls zu solchen „leichten" Züchtigungen greifen müßten, um sich Gehorsam zu verschaffen. Demgegenüber wurde festgestellt, daß für die Spandauer Schulen eine Verordnung besteht, welche es jedem Lehrer und jeder Lehrerin in Mädchenklassen verbietet, anders als mit Zustimmung und im Beisein des Rektors körperlich zu züchtigen. Militärarzt Dr. Pannwitz, der das Kind behandelt hat, gab sein Gutachten dahin ab, daß er das Kind an Gehirnerschütterung behandelt habe, die mangels jeder anderen ersichtlichen Ursache auf die Schläge an den Kopf zurückgeführt werden müsse. Der Staatsanwalt wollte zwar mildernde Umstände zugebilligt wissen, beantragte aber 100 Mark Geldstrafe. Der Gerichtshof nahm an, daß die Angeklagte, die den Rektor nicht zugezogen hatte, überhaupt nur unberechtigter Weise gezüchtigt hat. Derartige Uebertretungen der Schulvorschriften würden seitens der Lehrer leider häufig begangen. Der Angeklagten stünden aber so viele

Milderungsgründe zur Seite, daß die Strafe nur auf 30 Mark eventuell 6 Tage Gefängniß bemessen worden sei. Was mögen denn das für Milderungsgründe gewesen sein?

Der übliche Sylvester-Grogk, den nach alter Gewohnheit die Bäckermeister ihren in der Neujahrsnacht arbeitenden Gesellen zu verabreichen pflegen, wurde auch in der jüngstvergangenen Sylvesternacht in der Bäckerei des Meisters Krause, Christinenstr. 27, aufgetragen. Wahrscheinlich hatte der Genuß des starken Getränks die Köpfe von Meister und Gesellen ein wenig erhitzt, denn es kam bald wegen angeblich verdorbener Kuchenwaare zu einem Wortwechsel und dann zu einer Rauferei zwischen dem Meister Krause und dem Gesellen Franke. Nachdem die beiden Kämpfer bereits von einander abgelassen hatten und Franke im Begriff stand, die Backstube zu verlassen, schlug Meister Krause mit einem Backschieber nach dem Kopfe des Gesellen und fügte ihm eine blutende Verletzung des linken Ohres zu. Krause stand wegen dieses Vorfalles am Donnerstag vor dem Schöffengericht, welches den Anfang des Streites zwar nicht für aufgeklärt, dagegen das Schlagen mit dem Schieber für erwiesen ansah und den Angeklagten deshalb wegen gefährlicher Körperverletzung, aber unter Berücksichtigung des Umstandes, daß er durch den Gesellen gereizt war, zu einer Geldstrafe von 30 M. verurtheilte. Krause ist schon mehrfach, zuletzt vor einigen Tagen vom Schöffengericht wegen Uebertretung der Bäckereiverordnung bestraft, und zwar auf grund der Auslagen des Franke und eines anderen Gesellen. Diesen Umstand glaubte der Vertheidiger Rechtsanwalt Landsberger zur Milderung des Verhaltens des Krause ausnutzen zu können, indem er meinte, der Geselle habe jedenfalls die Absicht gehabt, Krach zu machen; eine Unzufriedenheit der Gesellen müsse schon bestanden haben, denn dieselben hätten ja ihren Meister wegen Uebertretung der Bäckereiverordnung angezeigt. — Nach dieser Logik sind es also nur unzufriedene Gesellen, welche auf die Befolgung der gesetzlichen Vorschriften seitens der Bäckermeister achten.

Der Fall Rothenburg ist abermals in eine neue Phase getreten. Bekanntlich hatte Frau Baumeister Rothenburg seinerzeit beim Kammergericht Berufung dagegen eingelegt, daß das Landgericht I, C.-K. 22, die von ihr unternommene Anfechtung ihrer unbegründeten Entmündigung zurückgewiesen hatte, weil die einmonatige Frist behufs Anstrengung dieser Anfechtsklage verstrichen und somit die Sache nicht mehr nachzuprüfen sei. Diese Frist läuft vom Tage der Kenntniß der Entmündigung ab. Das Kammergericht, Zivilsenat IIIA, hat nunmehr im gestrigen Termin dieses Urtheil bestätigt, und zwar auf grund der stattgehabten Vernehmung des Oberarztes der Anstalt Herzberge, Dr. Otto, dessen Aussage dahin ging, daß Frau Baumeister Rothenburg wohl doch eine Nachricht über die fragliche Entmündigung erlangt habe. Das Kammergericht erachtete diese Aussage für glaubwürdig, trotzdem seitens der Frau Baumeister Rothenburg gegen die Vernehmung dieses Zeugen protestirt war, weil er an ihrer achtjährigen nicht gerechtfertigten Detinirung erheblich betheiligt sei, abgesehen von allen anderen Momenten. Wie wir hören, wird von Frau Rothenburg gegen dieses kammergerichtliche Urtheil Revision beim Reichsgericht eingelegt werden, zumal sonst die unbedingt erforderliche Aufklärung dieses merkwürdigen Falles zum größeren Theil verhindert werden würde — wenigstens, soweit dies die zivilrechtliche Seite des Falles betrifft.

Ein die Geschäftswelt, speziell auch die Telegraphenbeamten interessirendes Urtheil hat das Ober-Landesgericht Kassel gefällt. Wie noch erinnerlich sein dürfte, verurtheilte kürzlich das Landgericht Kassel einen Telegraphenbeamten zum Ersatz des Schadens, der durch die Verdoppelung einer Null und die dadurch bedingte Entstellung des betreffenden Telegramms entstanden war. (Es war ein Verkauf von 3200 M. eines Papiers beordert und das Telegramm besagte 32 000 M.) Jetzt hat aber das Ober-Landesgericht auf Berufung des Beklagten dies Urtheil aufgehoben. In der Begründung wird ausgeführt, daß ein einfaches Vergreifen des telegraphirenden Beamten bei der durch die Einrichtung des Betriebes gebotenen Eile, die ihm die eigene Kontrolle des von ihm Telegraphirten unmöglich mache, kein Verschulden desselben darstelle, sodaß der Beklagte für die Folge eines derartigen Versehens nicht haftbar gemacht werden könne.

Einer jener Fälle, in denen durch unsinnig schnelles Fahren mit einem Schlächterwagen Unheil angerichtet wurde, gelangte gestern zur Kenntniß der zweiten Strafkammer des Landgerichts I. Am 10. September v. J. hatte der 18jährige Schlächterlehrling Max Wagner für seinen Vater Eis geholt. Als er auf dem Rückwege durch die Landsberger Allee fuhr, hielt er sich mit seinem Wagen auf den Schienen der Pferdebahn, obgleich die rechte Seite vollständig frei war. Er trieb das Pferd durch Peitschenhiebe zu immer schnellerer Gangart an. Der betagte Restaurateur Musehold, der den Fahrdamm zu überschreiten im Begriff war, vermochte dem heranrasenden Fuhrwerk nicht auszuweichen, er wurde zu Boden geschleudert und überfahren. Dabei erlitt er einen Schädelbruch. Er hat längere Zeit in Lebensgefahr geschwebt. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten eine Gefängnißstrafe von sechs Monaten, während der Vertheidiger Rechtsanwalt Dr. Schwindt durch den Verletzten selbst Unterstützung erfuhr. Herr Musehold hat nun eine möglichst gelinde Strafe, da der Vater des Angeklagten ihm alle Unkosten erstattet und ihm außerdem eine Entschädigung von 1500 M. gezahlt habe.

Der Gerichtshof verurtheilte darauf den Angeklagten unter Zubilligung von mildernden Umständen zu einer Geldstrafe von 300 M.

Um unbefugte Umänderung von Zahlen auf österreichischen Frachtbriefen handelte es sich in der Anklage wegen Urkundenfälschung, welche gestern vor dem Schwurgericht des Landgerichts I gegen den Geflügelhändler Aron Fischer verhandelt wurde. Der Angeklagte stand mit dem Handelsmann Jacob Czydlow insofern in Geschäftsverbindung, als sie sich für ihre getrennten Geschäfte gemeinschaftlich Geflügel aus Galizien kommen ließen. Der Vater des Czydlow, welcher in Tarnow wohnt, besorgte dort die Einkäufe, ließ das Geflügel von den verschiedenen Orten nach der Grenzstation Oswicim schaffen und es von hier als Sammelgut nach Berlin spediren. — Die Frachtbriefe wurden sämmtlich an den Angeklagten gesandt, welcher dann mit dem Mitempfänger Abrechnung hielt, wobei das auf den Frachtbriefen angegebene Bruttogewicht zu grunde gelegt wurde. Der Angeklagte hat nun drei Frachtbriefe geändert, indem er die Kilogrammzahlen erhöhte. Einmal machte er aus der Gewichtszahl 502 eine 562 und in zwei anderen Fällen um jedes Mal 100 Kilo. Hierdurch soll er für sich selbst einen Vermögensvortheil herausgerechnet und seinen Mitempfänger um die Hälfte des zu viel berechneten Frachtsatzes geschädigt haben. Nun behauptete der Angeklagte im Termine, daß der alte Czydlow mit den Beamten in Galizien Durchstechereien betrieben habe. Das Gewicht, welches von Tarnow bis Oswicim deklarirt war, sei zumeist weit niedriger gewesen, als das wirkliche Gewicht betragen habe. Der Angeklagte erklärte, daß bei der Bahnbehörde zu Tarnow dieserhalb Anzeige erstattet sei und berief sich auf mehrere Zeugen darüber, daß es in Galizien üblich sei, dem das Gut abwägenden Arbeiter ein Trinkgeld zu geben; dieser sage dann weniger Gewicht an, als die Waare wiege. Hierdurch sei er aber geschädigt worden, da ihm von dem alten Czydlow das richtige Gewicht bis zur Grenzstation berechnet worden sei. Um einen Ausgleich herbeizuführen, habe er die Umänderungen vorgenommen, aber keine Ahnung davon gehabt, daß er dadurch eine Urkundenfälschung begehe. Während der Staatsanwalt aus der Beweisaufnahme die Ueberzeugung gewonnen hatte, daß der Angeklagte in betrügerischer Absicht gehandelt und recht wohl das Strafbare seiner Handlungsweise eingesehen habe, trat der Vertheidiger, R.-A. Dr. Schöps, mit Entschiedenheit für die Nichtschuld des Angeklagten ein, weil derselbe sich jedenfalls in dem guten Glauben befunden habe, er dürfe den ihm vorher zugefügten Schaden auf solche Weise ausgleichen, wie er es gethan. Die Geschworenen verneinten sämmtliche Schuldfragen, worauf die Freisprechung des Angeklagten erfolgen mußte.

Soziales.

Ueber das Ergebniß des preußischen Kohlenbergbaues im Jahre 1897 veröffentlicht der „Reichs-Anzeiger" nach vorläufigen Ermittelungen eine Uebersicht, worin auch ein Vergleich mit dem Jahre 1896 gezogen ist.

Danach wurden im Jahre 1897 Steinkohlen gefördert in 268 preußischen Werken von 301 549 Arbeitern 84,2 Millionen Tonnen (à 20 Zentner) und abgesetzt wurden davon 82,0 Millionen Tonnen. Im Jahre 1896 betrug die Anzahl der Werke 264, die Zahl der Arbeiter 282 971. Die Zahl der geförderten Tonnen 78,9 Millionen und die Menge der abgesetzten Kohlen 76,7 Mill. Tonnen. Im Jahre 1897 war also höher die Zahl der Werke um 4, die Zahl der geförderten Tonnen um 5,2 Millionen (oder 6,66 pCt.), die Zahl der abgesetzten Tonnen um 5,3 Millionen (oder 6,94 pCt.) und die Zahl der Arbeiter um 18 578 (oder rund 6⅓ pCt.).

Braunkohlen wurden im Jahre 1897 in 369 Werken von 31 881 Arbeitern 24,1 Millionen Tonnen gefördert; der Absatz betrug 19,6 Millionen Tonnen. Im Jahre 1896 förderten in ebensoviel Werken 30 776 Arbeiter 22,0 Millionen Tonnen und der Absatz betrug 17,7 Millionen Tonnen. Im Jahre 1897 ist die Zahl der geförderten Tonnen um 2,1 Millionen oder 9,56 pCt. und die Menge der abgesetzten Kohlen um 1,8 Millionen Tonnen oder 10,51 pCt. gestiegen, die Zahl der Arbeiter aber nur um 1105 oder rund 3½ Prozent.

Nach diesen Angaben des „Reichs-Anzeigers" würde die durchschnittliche Arbeitsleistung des preußischen Bergarbeiters betragen haben: im Steinkohlen-Bergbau im Jahre 1897 279½ Tonnen, im Jahre 1896 nicht ganz 279 Tonnen; im Braunkohlen-Bergbau im Jahre 1897 750⅔ Tonnen, im Jahre 1896 715⅔ Tonnen. Die Arbeitsleistung des einzelnen Arbeiters wäre also gestiegen. Das läßt auf Vermehrung der Ueberschichten schließen.

Der Vorstand der Pensionskasse für die Arbeiter der preußischen Staatsbahn-Verwaltung hat, wie die „Kölnische Volks-Zeitung" mittheilt, auf Antrag des Eisenbahnministers beschlossen, von der Befugniß des § 12 des Invaliditätsgesetzes für diejenigen erkrankten Mitglieder, bei denen eine Invalidität zu besorgen ist, das Heilverfahren zu übernehmen, bezüglich Schwindsüchtigen in ausgedehntem Maße Gebrauch zu machen. Ebenso kann das Heilverfahren bei anderen schweren Erkrankungen in Anwendung kommen. Während der Behandlung der Kranken in Heilstätten erhalten deren Familien zwei Drittel des Krankengeldes, nach Ablauf der krankengeldpflichtigen Zeit eine angemessene Familienunterstützung, die verheiratheten Erkrankten selbst ein Taschengeld von monatlich nicht über 7 M. und die unverheiratheten ein Drittel des Krankengeldes.

Für den Bau von Arbeiter-Familienwohnungen auf den Domänen fordert die braunschweigische Regierung vom Landtage die Summe von 780 000 M.

Ergebnisse der Unfall-, sowie der Invaliditäts- und Altersversicherung im Jahre 1897. Nach dem Geschäftsbericht des Reichs-Versicherungsamtes für das Jahr 1897 bestanden zum Zwecke der Durchführung der Unfallversicherung im Jahre 1897 insgesammt 113 Berufsgenossenschaften. Darunter befinden sich 65 gewerbliche mit 442 772 Betrieben und 5 734 680 versicherten Personen, und 48 land- und forstwirthschaftliche mit 4 645 057 Betrieben und 11 189 071 versicherten Personen. Dazu kommen 145 Reichs- und Staats- und 258 Provinzial- und Kommunal-Ausführungsbehörden mit zusammen 681 439 versicherten Personen, sodaß am Schlusse des Jahres 1897 an 18 Millionen Personen gegen Unfall versichert waren.

Die Zahl der angemeldeten Unfälle betrug nach der vorläufigen Ermittelung 881 865, die der entschädigten Unfälle 92 512. Die verausgabten Entschädigungen (Renten 2c.) betrugen 64 085 317 M. gegen 57 154 398 M. im Jahre 1896. Entschädigungen (Renten 2c.) wurden im Jahre 1896 gezahlt oder angewiesen an 380 958 Verletzte, 36 715 Wittwen Getödteter, 65 742 Kinder Getödteter, 2317 Aszendenten Getödteter, daneben erhielten ferner 9823 Ehefrauen, 20 077 Kinder und 199 Aszendenten als Angehörige von Verletzten, welche in Krankenhäusern untergebracht waren, die gesetzlichen Unterstützungen, so daß im Berichtsjahre zusammen 515 331 Personen, gegen 452 953 im Jahre 1896, der Unfallversicherung theilhaftig geworden sind.

Briefkasten der Redaktion.

Wir bitten, bei jeder Anfrage eine Chiffre (zwei Buchstaben oder eine Zahl) anzugeben, unter der die Antwort ertheilt werden soll.

Die juristische Sprechstunde findet bis zum 5. März am Montag, Donnerstag und Sonnabend abends von 7½ bis 8½ Uhr statt.

100 Tennewitzstraße. Wenden Sie Salmiak an. — **S. 26.** Allgemeiner Arbeiter-Verein. Vorstand: Adolf Jahn, Pappel-Allee 104. — **200 Schlief.** Es giebt nur den Klageweg. — **E. M.** Nein. — **Zwei Wettende.** Die Reichsverfassung läßt dies ohne jede Beschränkung zu. — **L. L. 2.** Mit dem Ablauf von zwei Jahren verjähren die Forderungen für Waaren und Arbeiten. Ausgenommen hiervon sind solche Forderungen, welche in bezug auf den Gewerbebetrieb des Empfängers, der Waare oder Arbeit entstanden sind. — **H. P.** Zu 1: Nein, zu 2: Ist die Frau mit Hinterlassung eines Testaments verstorben? Zu 3: Die Frage ist nicht verständlich. — **B. W. 100.** Die Geschwister sind erbberechtigt. — **M. D. 109.** Wiederholen Sie die Frage. — **H. 100.** In fünf Jahren seit Rechtskraft des Urtheils. Jede auf Vollstreckung der Strafe gerichtete Handlung der Vollstreckungsbehörde unterbricht aber die Verjährung. — **T. D.** Die Klage würde Erfolg haben. — **H. S. 17.** Sie können auf Ersatz der Auslagen nur klagen. — **Invaliden-Otto.** Wir müßten erst den Bescheid sehen. — **Alter Abonnent.** Sie könnten nur auf Aufhebung des Vertrages oder Schadenersatz klagen. Die Verpflichtung zur Miethszahlung bleibt an sich davon unberührt. — **A. B. 100.** Zehn Monate nach Rechtskraft des Urtheils. Ehescheidungs-Urtheil mit Rechtskraft-Attest. Geburtsurkunden. Militärpapiere. — **R. S. 440.** Zu 1: Nein, zu 2: Sind Zeugen vorhanden? — **M. Z. 37.** Ja. — **Werdohl 100.** Dafür sind ortspolizeiliche Vorschriften maßgebend. Sie müßten daher zunächst den Ort und den ganzen Sachverhalt angeben. — **Ks.** Sie haben recht. — **Unter Karl 80.** Kommen Sie gelegentlich einmal in die Sprechstunde. — **S. L. 51.** Sie können auf Erfüllung des Vertrages unter Beitritt Ihres Ehemanns klagen. — **A. H. 200.** Sie bleiben wahlberechtigt. — **E. R. 6.** Bis das Kind sich selbst zu erhalten vermag. — **Frau Bonnck.** Der Antrag auf Wiederaufnahme ist an das Gericht zu richten, dessen Urtheil angefochten wird, er muß entweder zu Protokoll des Gerichtsschreibers oder mittels einer von einem Rechtsanwalt unterzeichneten Schrift angebracht werden. — **C. H. 2.** Kommen Sie einmal in unsere Sprechstunde und bringen Sie das ganze Material mit. — **Elbe.** Die sämmtlichen Gegenstände unterliegen dem Retentionsrecht des Vermiethers. — **Bethke.** Wir können nicht schriftlich, sondern nur im Briefkasten antworten. Die Marke steht Ihnen in der Redaktion zur Verfügung. Zu 1 müßte das Dienstverhältniß näher angegeben werden. Zu 2. Die betreffende Handlung ist nicht strafbar. — **Br. Grünau.** Nein. — **M. Ja. — B. 50.** Der Verein ist nicht an die Polizeistunde gebunden, wenn nur die Mitglieder und die eingeladenen Gäste Zutritt haben. — **Stubenrauchstr.** 1. Oeffentliche Tanzlustbarkeit kann auch dem Verein untersagt werden. 2. Ja. — **G. S. Buchholzerstr.** Beauftragen Sie nochmals einen Gerichtsvollzieher, daß er die Pfändung ausführe. Der Schuldner mag dann gegen die ausgeführte Pfändung Einspruch bei Gericht erheben. — **A. C. 100.** Nur Anzeige beim Polizeipräsidium möglich, die nicht viel Erfolg verspricht. Vorgang wird vermerkt werden. — **M. W.** Für die Mutter muß gezahlt werden. — **E. R.** Frage läßt sich nur beantworten, wenn angegeben wird, für wen und zu welchem Zweck der Pfleger bestellt ist.

Wetter-Prognose für Sonntag, 20. Februar 1898.

Ein wenig kälter, zeitweise heiter, vielfach wolkig mit leichten Schneefällen und mäßiger Luftbewegung.

Berliner Wetterbureau.

Buchhandlung Vorwärts, Berlin SW., Lenthstr. 2.

Soeben ist ein neues Heft der **Sozialistischen Theaterstücke** erschienen:

Töchter der Arbeit.

In einem Aufzug von Ernst Preczang.

Preis 50 Pfennig (Porto 3 Pfennig).
Als Rollen nöthige 10 Exemplare Mark 4,50 (Porto 20 Pfennig).

Das Stück, leicht aufführbar, lebendig in der Entwicklung, frei von aller Uebertreibung, ist für die heutige Zeit, wo Unternehmer und Regierung den Kampf gegen die gewerkschaftliche und politische Thätigkeit der Frau führen, ganz besonders angebracht. Die Verachtung des Unternehmers gegen die von ihm ausgebeuteten Arbeiterinnen, deren Wehrlosigkeit gegen die Zudringlichkeiten ihrer Arbeits„herren" und schließlich die Nothwendigkeit ihrer Organisation wird an einem aus dem Leben gegriffenen Einzelfalle dramatisch behandelt. Der Name des Verfassers, dessen „Jubiläum" jüngst von der Freien Volksbühne mit großem Beifall aufgeführt wurde, bürgt für die poetische Durchführung der Aufgabe.

Strickmaschinen
aus der Dresdener Strickmaschinen-Fabrik sind die besten und ein leichter Erwerbszweig f. Männer, Frauen und Pensm.-Geschäfte. Erlernen leicht und gratis. Arbeit w. nachgewiesen. Verkauf zu Fabrikpreisen. Lager bei dem Vertreter **A. Homburger, Klosterstraße 63,** Berlin. Nachmittags. *

Nähmaschine, fast neu, billig verkäuflich. Hagelsbergerstr. 4, IV l.

Flottes **Seifengeschäft** (450 M.) sofort. Miethe 420 M. Hermannstr. 207. Zigarrenschäft. 916b

Fahrräder
gute Marke 175 M., 2 Jahre Garantie. **O. Schmidt, Pallisaden-Straße 96.**

Entschädigung erhalten Vereine, Versammlungen 2c., die Wochentags (auß. Sonnabends) im Säle v. 100—800 Pers. (m. Bühne) benutz. **Franz Müller, Central-Festsäle,** Alte Jakobstr. 32.

Goldabfälle.
Gold, Silber, Rehgold, Pressen, Platin u. Brillanten kauft die Scheide-Anstalt Zimmerstr. 32. [4306G*

COHN'S Festsäle, Beuthstrasse 19—22.

Im **April** und **Mai** sind noch einige Sonnabende und Sonntage unter sehr koulanten Bedingungen zu vergeben; ausserdem empfehle meine renovirten Festsäle zu Versammlungen und Festlichkeiten jeder Art

Auf Theilzahlung!
Schlag-Regulat. 14 T. geh. 18 M. Silb. Herren-Remont.-Uhr 15 „
Uhrmacher
Charlottenstraße Nr. 15.
Kein Abzahlungsschwindel. *

Möbel auf **Theilzahlung.**
Neue Jakobstr. 26.
J. Kellermann,

Betten Stand 10,00, Mandar.-Daun. 2,50, Bettfedern, Steppd., Bettwäsche, Gardinen, spottb. Bettenhaus Neanderstr. 8. *

Brennholz und Sägespähne werden verk. Deutsche Fußbodenfabrik Berlin-Marttnickenfelde, An d. Kaiserin-Augusta-Allee. 925b

Klempnerei, selbst 15 Jahr, krankheitshalber zu verkaufen. Wollinerstr. 71.

Brennabor-Rover 75 M. zu verkaufen. Scharnow, Ramlerstr. 31.

Kanarienhähne und Weibchen verk. **Bencker,** Schönhauser Allee 46a, II.

Heckbauer, Gesangkäften, bill. Weibchen à 1 M. b. **Radke,** Tilsiterstr. 78, v. IV.

Kanarienh. v. Rühl, Mariannenstr. 19.

Kanarienzucht nebst Heckbauer bill. b. **Lindemann,** Oranienstr. 161.

Kanarienhecke verk. Wollinerstr. 31.

Kanarienhohlr., Weibch., Heckpind billig. Goldmann, Liebigstr. 42.

Kanarienroller, Knorr-, Klingelroller, gute Heckhähne. Simeonstr. 5, Kulicke.

Kanarienhähne u. Weibchen verk. Zschietschker, Rixdorf, Prinz Handjerystraße 60, v. 2 Tr. 885b

Kanarienhähne, gut. Zuchtvögel meines hochprämiirten Stammes, verk. Kreds, Köpnickerstr. 154, v. 4 Tr.

Kanarienhähne und Zuchtweibchen billig b. **Krause,** Wienerstr. 53, v. 4 Tr.

Kanarienhähne und Weibchen (hochf. Stamm) b. **Hummel,** Maybach-Ufer 4 (a. d. Kottb. Brücke).

Kanarienroller, Weibchen, preisgekrönt Schulz, Steinmetzstr. 24.

Harzer Kanarienhähne u. Weibchen Andreasstr. 9, 4 Tr. r. 883b

Verwaltung von 7 Häusern mit je einem **Geschäft** zu übergeben. **Held,** Neanderstr. 18.

Nur Vorderwohnungen zu vermiethen:
Pappel-Allee 106 Eckhaus
Stargarderstr. 71
2fenstr. Stuben, Küche u. Boden 15 bis 16 M. p. Mon. 2 große, 3- u. 2fenstr. Stub., große Berl. Küche, 30 M. p Mon.

Grünauerstr. 3 Wohnungen, 60 bis 86 Thlr. z. 1. April.

Mühlenstr. 8, nahe Oberbaum, Warschauerstr. und Schlesischem Bahnhof, sind von sofort und 1. April 1898 freundliche Vorder- und Hofwohnungen von 2 u. 1 Stube nebst Korridor, Küche, Kloset u. Keller oder Boden billig zu vermiethen. Näheres beim Verwalter. [4066G*

Strelitzerstraße 52 4064L*
2 Stuben, Küche nebst Zubehör z. vm.

Schlafstelle. 2 Herren od. Damen finden frdl. möbl. Zimmer à Pers. 8 M. Friedenstr. 65, 3 Tr. links. 873b

Wasserthorstr. 49 b. Wagner ist eine möbl. Schlafstelle zu vermiethen. [928b

Freundl. möbl. Schlafst. f. H. zum 1. März zu verm. Mariannenstr. 8, v. 3 Tr. (am Heinrichsplatz). 899b

Frdl. Schlafstelle für Herren z. verm. Ww. Hahn, Andreasstr. 53 III. links.

Frdl. möbl. Schlafstelle für Herren, nach vorn, Oppelnerstr. 5, I. b Spiller.

Schlafstelle für Herrn bei Behrend, Manteuffelstr. 112/119 v. II. 942b

Freundl. Schlafstelle für 2 Herren. Stallschreiberstr. 12, 2 Tr. b. Grunus.

Freundl. Schlafst. f. H., sep. Eing., Fürstenstr. 18, Hof 2 Tr. r. bei Fleuch.

Schlafst. f. H. b. kinderlosen Leuten Straßburgerstr. 12, Hof I, Schulze.

Schlafst. f. 2 H. Skalitzerstr. 12, v. 1 Tr. b. Ritzel. 890b

Freundl. möbl. Schlafst., sep. Eing., zu verm b. Meyer, Admiralstr. 27, v. II.

Möbl. Zimmer f. 2 Freunde bei Pintsch, Michaelkirchstr. 6.

Bessere Schlafst. f. 1 od. 2 Hrn. z. vm. Skalitzerstr. 144, II rechts. 897b

Möbl. Schlafstelle für einzelnen Hrn. Alexandrinenstr. 99, Hof L. bei Reiß.

Frdl. Schlfst. Kl. Frankfurterstr. 10, Hof II bei Kaslowski. 895b

Mbl. Schlfst. f. H. Wienerstr. 18, II Herzog.

Mbl. Schlfst. sep. Lausitzerst. 50, I. Richter.

Frdl. Schlfst. Elisabethstr. 3 b. Pagels.

Möbl. Schlafstelle zu verm. Schmidstraße 9a, Hof I., Wittwe Lade. [901b

Möbl. Schlafst. f. 2 Herrn b. Wwe. Nitschke, Skalitzerstr. 5, H. 4 Tr. r.

Anständ. Schlafst. verm. Ww. Reuter, Am Friedrichshain 31, Hof Qu. 3 Tr.

Schlafst. od. möbl. Zimmer z. verm. Friedenstr. 74, vorn l. Aufg. 3 Tr. r. Ecke Fruchtstraße. 913b

Möbl. Schlafst. f. Herrn bei Goerz, Große Frankfurterstr. 15, v. 3 Tr.

Möbl. 1fenstr. Zimmer an noch 1 Herrn zu verm. bei Becher, Zorndorferstr. 36, Querged. III. 8 M.

Schlafst. (sep. E.) Wasserthorstr. 64, 3 Tr., b. Bocker. 910b

Möbl. Schlafst. f. H. (sep.), 6 M., b. Jost, Boeckhstr. 51, H. 3 Tr. (a. Grimmp.)

Flurzimmer, gut möbl., f. 1 auch 2 Herrn b. Wwe. Mariß, Fürstenstr. 22, II.

Jung. Mann find. frdl. möbl. Schlafst. b. Lehmann, Lausitzerstr. 40, v. 2 Tr.

Freundl. Schlafst. f. Herrn b. Wwe. Repke, Lausitzer Platz 17, v. 4 Tr.

Möbl. Schlafst. bei Wwe. Gosinski, Wasmannstr. 35, 4 Tr. 904b

Schlafst. f. 2 H. Seydelstr. 9, H. I. 4 Tr.

Freundl. Schlafst. zu verm. b. Frau Igler, Wendenstr. 2, v. 3 Tr. 920b

Schlafst. b. Meyer, Naunynstr. 84, v. 3 Tr.

Arbeitsmarkt.

Herren, welche in Arbeiterkreisen verkehren oder selbst Arbeiter sind, und sich guten und immer steigenden Nebenverdienst schaffen wollen, werden um Abgabe ihrer Adressen ersucht unter **F. 2.** an die Exped. d. Bl. 888b

Farbigmacher auf Leisten verlangt Schultz jun., Rixdorf, Teichowerstr. 4.

Zum sofortigen Eintritt wird ein **tüchtiger Silberarbeiter** auf Messerhefte nach auswärts gesucht. Off. unter Chiffre **E. 2** an d. Exp.

Feuerversicherungs-Agenten 1025*
werden von alter Gesellschaft gegen hohe Provision gesucht. Offerten unter Chiffre **R. E. 720** an **Haasenstein & Vogler A. G., Berlin S.W. 19.**

Tücht. Belegerinnen verl. **Werkmeister,** Brunnenstr. 194. [921b*

Mamsells
auf bessere Jackets und Stepptragen **Fritz,** Gerichtstr. 16, I. Eg. Kolbergerstr.

Plätterinnen
auf Stehtragen und Umlegetragen in u. außer d. Hause verl. **A. Treppe** Lothringerstr. 16, Querged. 4 Tr.

Verantwortlicher Redakteur: **August Jacoby** in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: **Th. Glocke** in Berlin. Druck und Verlag von **Max Bading** in Berlin.

Literarische Rundschau.

Endziel und Bewegung.

Die Ausführungen, mit denen Bernstein in seinen Aufsätzen: „Der Kampf der Sozialdemokratie und die Revolution der Gesellschaft" dem wunderlichen Romantiker des Sozialismus Belford Bax gegenübertrat, bringen wesentlich denselben Standpunkt zur Geltung, den Bernstein schon wiederholentlich, vor allem in der sehr interessanten Artikelserie „Probleme des Sozialismus", auf die wir seinerzeit an dieser Stelle hingewiesen, entwickelt hatte. Vermuthlich wären auch diese letzten Aufsätze in der bürgerlichen Presse unbeachtet geblieben und hätten ebenso in der Partei keine weiter ausgreifende Diskussion hervorgerufen, wenn nicht in der Hitze des Gefechtes Bernstein jenes Wort entschlüpft wäre, „er habe für das, was man gemeinhin unter „Endziel des Sozialismus" versteht, außerordentlich wenig Sinn und Interesse. Dieses Ziel, was immer es sei, sei ihm gar nichts, die Bewegung alles. Unter Bewegung aber verstehe er die allgemeine Bewegung der Gesellschaft, d. h. den sozialen Fortschritt, wie die politische und wirthschaftliche Agitation und Organisation zur Bewirkung dieses Fortschrittes." So aus dem Zusammenhang herausgerissen, konnte dieser Satz direkt als eine an das sozialistische Prinzip selbst gerichtete Absage, als ein Rückfall in bürgerlich-beschränkte Reformideen ausgelegt werden. Aber eben doch nur, wenn man die Worte aus ihrem Zusammenhang herausriß. Vergegenwärtigt man sich aber den allgemeinen Standpunkt, den Bernstein in diesem und in seinen anderen Artikeln seit geraumer Zeit konsequent vertritt, so ist es evident, daß jene Worte von vornherein nur den Sinn haben konnten, den er ihnen in seiner nachträglichen Erklärung im „Vorwärts" beilegt, daß sie nicht gegen das allgemeine Endziel der Sozialdemokratie, gegen die Emanzipation der Arbeiterklasse von den Fesseln der kapitalistischen Wirthschaft, sondern gegen die utopistischen Versuche, die Einrichtungen des Zukunftsstaates, in welchem diese Emanzipation als verwirklicht gedacht wird, dogmatisch im Voraus zu bestimmen, gerichtet sind. So schwindet der Schein eines prinzipiellen Widerspruches. Die „Bewegung", welche für Bernstein „alles ist", ist die Bewegung, die jenes nothwendige und allgemeine „Endziel", die Emanzipation der Arbeiterklasse, als das belebende und forttreibende Prinzip in sich hat, sie ist „Bewegung" nicht im bürgerlich-philanthropischen, sondern im proletarisch-sozialistischen Sinne.

Was in den Erörterungen Bernsteins, die übrigens nicht allein stehen und von einer starken Strömung in der Partei getragen werden, zum Ausdruck kommt, ist nicht ein Gegensatz zum Sozialismus, sondern ein Gegensatz innerhalb desselben, ein Gegensatz, der nicht in Zufälligkeiten und persönlichen Verhältnissen, sondern in der inneren Natur des sozialistischen Gedankens und dem gegenwärtigen Entwicklungsstadium der Partei, sowie der gesellschaftlichen Verhältnisse tief begründet ist. Je klarer man den wirklichen Sachverhalt, die Grundlagen, aus denen der Gegensatz herauswächst, sich vergegenwärtigt, um so weniger können diese Verschiedenheiten der Auffassung — wie bürgerliche Blätter hoffen — für das feste Gefüge der Partei irgend bedrohlich werden. Worum es sich bei allen solchen Auseinandersetzungen handelt, das ist nichts Anderes als die Frage, wie das Verhältniß von „Bewegung" und „Endziel", — der beiden in dem sozialistischen Gedanken zusammengeschlossenen Momente — näher zu bestimmen sei. Und diese Frage muß nothwendig die Entwickelung des Sozialismus von Stufe zu Stufe begleiten, bei dem steten Flusse der Veränderungen in der gesellschaftlichen Wirklichkeit ist jede Möglichkeit einer allgemein-giltigen, etwa die Partei als Prinzip bindenden Lösung hier von vornherein ausgeschlossen.

Andererseits, wie immer das Verhältniß von Endziel und Bewegung in den verschiedenen Phasen so oder so näher bestimmt werde, macht die Beziehung der Arbeiterbewegung auf ein jenseits der bürgerlich-kapitalistischen Verhältnisse liegendes Endziel das Wesen des modernen Sozialismus selbst aus. Was er vorfand, war einerseits eine urwüchsige, als Reaktion gegen die maßlose kapitalistische Bedrückung entstandene Arbeiterbewegung, und dann die abseits vom Strome des wirklichen Lebens, aus der Kritik der Unvernunft des bürgerlichen Eigenthums erwachsene Vorstellung einer genossenschaftlichen Organisation der Gütererzeugung und Vertheilung. Was er leistete, war die Vereinigung und wechselseitige Durchdringung dieser beiden Momente, eine Durchdringung, die der realen Arbeiterbewegung ihre urwüchsige Beschränktheit und der sozialistischen Idee ihren utopistischen Charakter abstreifte. Die materialistische Geschichtsauffassung, welche die Gesellschaftsformationen im Flusse ihrer Entwickelung und die geschichtlichen Erscheinungen in ihrer Beziehung zu den ökonomischen Verhältnissen, Klassengegensätzen und -Kämpfen betrachtete, bot ideell die Mittel, um diese umbildende Vereinigung zu vollziehen. „Die Kommunisten, erklärte das Marx-Engels'sche Manifest, sind keine besondere Partei gegenüber den anderen Arbeiterparteien, sie stellen keine besonderen Prinzipien auf, wonach sie die proletarische Bewegung modeln wollen", vielmehr unterscheiden sie sich von „der übrigen Masse des Proletariats nur durch die Einsicht in die Bedingungen, den Gang und die allgemeinen Resultate der proletarischen Bewegung." Aus der Zergliederung des kapitalistischen Gesellschaftssystems und der in ihm dem Proletariat zugewiesenen Klassenlage erwächst den Kommunisten diese Einsicht. Hinter den Einzelkämpfen des Tages sehen sie die verborgene, das Einzelne verbindende, den Gesammtcharakter der Bewegung bestimmende Tendenz, die durch das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft selbst dem nach Befreiung ringenden Proletariat aufgezwungen wird. Da die Knechtschaft der Arbeiter gegründet ist auf dem kapitalistischen Privateigenthum an Produktionsmitteln, muß die Tendenz, das Endziel, dem alle Etappen des Befreiungskampfes vorschweben, die Aufhebung dieser Art des Privateigenthums, die Vergesellschaftung der Produktionsmittel, die Kontrolle der Produktion durch die Gesellschaft sein. Der Klassenkampf gegen das Kapital ist seinem innerlichen Wesen nach zugleich ein Kampf für fortschreitende Sozialisirung der Gesellschaft. Die Beziehung auf dieses Endziel, dem die Konzentration der Betriebe und die Zerreibung des Handwerks vorarbeiten, ist unabtrennbar von der Bewegung. Durch die Perspektiven, die der moderne Sozialismus so dem proletarischen Kampfe stellt, enthüllt er mit den Tendenzen des Kampfes erst die wahre weltgeschichtliche Größe desselben und greift durch die gewaltigste Geistesrevolution, die je sich in den Köpfen der Menschen vollzogen hat, die dumpfe, gläubig zu dem Bestehenden aufschauende Beschränktheit des Denkens an der Wurzel an, ein goldiger Schein von ferner Zukunft, bahnweisend und die Herzen belebend.

Freilich das „Kommunistische Manifest", in welchem dieser moderne Sozialismus seinen ersten und klassischen Ausdruck fand, hebt nicht nur die über den Kapitalismus hinausweisende allgemeine Tendenz der Arbeiterbewegung, jenen unverlierbaren Zukunftsgedanken, hervor, gleichzeitig sucht es das Verhältniß der Arbeiterbewegung zu ihrem „Endziel", den Weg, den die Entwickelung nach jener Richtung hin einschlagen müsse, näher zu bestimmen. Hier aber reicht die allgemeine Einsicht in das Wesen der kapitalistischen Gesellschaft und die Bedingtheit des proletarischen Emanzipationskampfes durch jenes Wesen nicht mehr aus, hier sind es offenbar die besonderen politischen und sozialen Zeitverhältnisse, die mit den Entwickelungsstufen der kapitalistischen Gesellschaft selber wechseln, durch welche alle solche Versuche der näheren Bestimmung aufs entschiedenste beeinflußt werden. Die Ansicht, welche Marx und Engels über den vermuthlichen Verlauf der Bewegung im „Manifest" formulirt haben, trägt deutlich die Spuren dieser Abhängigkeit. Die Entwickelung wird als eine durch Zusammenbruch und Katastrophen fortschreitende aufgefaßt. Die kapitalistische Gesellschaft treibe durch die ihr innewohnenden Widersprüche einem todten Punkt entgegen. Die in ihr waltenden Gesetze der Produktion und des Austausches schließen jede Möglichkeit eines ökonomischen Aufstieges der Arbeiterklasse innerhalb des kapitalistischen Systems aus. Während z. B. in der mittelalterlichen Gesellschaft sich der Leibeigene zum Mitglied der Kommune in der Leibeigenschaft heraufgearbeitet habe, „sinkt der moderne Arbeiter, statt sich mit dem Fortschritt der Industrie zu heben, immer tiefer unter die Bedingungen seiner eigenen Klasse herab. Er wird zum Pauper." Eben hierin, „daß die Bourgeoisie unfähig ist, ihrem Sklaven die Existenz selbst innerhalb seiner Sklaverei zu sichern," daß sie ihn als Pauper „ernähren muß, statt von ihm ernährt zu werden," trete die Unfähigkeit der Bourgeoisie, noch länger die Gesellschaft zu beherrschen, am klarsten hervor. Die Handelskrisen, durch welche die ganze Industrie periodisch lahmgelegt werde, beweisen, daß die „Produktivkräfte" bereits „zu gewaltig für die bürgerlichen Eigenthumsverhältnisse", innerhalb deren die Produktion sich bewegt, angewachsen sind, daß der Kapitalismus, ebenso wie früher der Feudalismus zur Schranke für die Reichthum erzeugende Kraft der Arbeit geworden. Rettung ist nur, wenn die Arbeiterrevolution, die als gewaltsame Erhebung der Klasse gedacht wird, die Demokratie und innerhalb der Demokratie die politische Herrschaft (die Diktatur) erobert, um durch „despotische Eingriffe in das Eigenthumsrecht und die bürgerlichen Produktionsverhältnisse" ihr Ziel, die „Zentralisation aller Produktionsinstrumente in den Händen des Staates, d. h. des als herrschende Klasse organisirten Proletariats", zu erreichen.

Hier hat die Zusammenbruchstheorie, gegen welche Bernstein sich wendet, ihren schärfsten und konsequentesten Ausdruck gefunden.

Die fünfzig Jahre gesellschaftlicher Entwickelung, die seitdem verflossen sind, so gewaltig sie die Arbeiterbewegung und in ihr den sozialistischen Gedanken entfalteten, haben die Prognose, die hier dem Gange der Bewegung und der Verwirklichung des Zieles gestellt wird, einstweilen keineswegs bestätigt. Die Katastrophen sind ausgeblieben. Der Kapitalismus hat eine unvorhergesehene Anpassungsfähigkeit an die verschiedensten Verhältnisse bewiesen. Die Produktivkräfte haben sich unter ihm in einem Maße entwickelt, dem gegenüber die des vormärzlichen England zwerghaft erscheinen, aber die Handelskrisen, welche von Marx und Engels als ein Zeichen gedeutet wurden dafür, daß damals bereits die Produktivkräfte der Schranke bürgerlich-kapitalistischen Betriebes entwachsen seien und durch diese Produktionsform eingeengt und gehemmt würden, haben trotzdem an Energie und Umfang verloren. Und wie furchtbar immer unermeßlich breite Schichten des Proletariats heute unter schmachvollster Ausbeutung leiden, die Voraussage, daß der Arbeiter mit dem Fortschritte der Industrie immer tiefer herabsinke, daß das Schicksal seiner Klasse in der kapitalistischen Volkswirthschaft wachsende Verelendung sei, ist nicht erfüllt. Gerade in dem eigentlichen Mutterlande des Kapitalismus, in England, hat sich das Loos großer Kreise der Arbeiterschaft durch das Wirken starker gewerkschaftlicher Organisationen bedeutend gehoben. Endlich hat sich gezeigt, daß die Eroberung der politischen Macht durch das Proletariat schwerlich die Form einer Diktatur annehmen kann. In den meisten der großen Industrieländer herrscht heute Demokratie, eine Regierungsform, welche die Vorbedingungen zu einer bewaffneten Erhebung der ausgebeuteten Majorität beseitigt. Die Eroberung der politischen Macht fällt hier, normale Weiterentwickelung vorausgesetzt, mit der Eroberung der parlamentarischen Majorität, die bestimmenden Einfluß auf die Verwaltung hat, zusammen. Aber wird, nach den bisherigen Erfahrungen zu urtheilen, diese Majorität in absehbarer Zeit eine so große und gefestigte werden, daß sie eine wirkliche „Diktatur" etablirren, d. h. ohne Kompromisse, ganz ohne Rücksichtnahme auf die Interessen der anderen Klassen, durch „despotische Eingriffe" wird regieren können, ohne daß sie Gegenbewegungen, welche der Majorität gefährlich würden, zu befürchten hätte? Ganz abgesehen noch von der Gefahr, daß zu gewaltsame und plötzliche Eingriffe in den wirthschaftlichen Mechanismus schwere Produktionskrisen und damit massenhafte Arbeitslosigkeit nach sich ziehen können. So wenig wie die wirthschaftliche Entwickelung bisher eine plötzliche Katastrophe, welche die Linie der Entwickelung scharf in ein Hüben und Drüben theilt, hervorgerufen hat, so wenig ist es wahrscheinlich, daß die Eroberung und der Gebrauch der politischen Macht einen anderen Charakter tragen wird. Es ist dies die Art der gesellschaftlichen Tendenzen, daß sie mit zäher Kraft, wie sie sich auch durchsetzen, doch immer auf den Widerstand anderer ihnen entgegenwirkender Verhältnisse und Tendenzen stoßen, und so, statt in voller Freiheit die ihnen vorgezeichnete Bahn zu durchstürmen, die Form eines seltsam gewundenen, relativ langsamen Fortschreitens annehmen. Auch die Tendenz zur Akkumulation der Kapitale, worauf als eine ihrer wesentlichen Vorbedingungen eine sozialistische Umgestaltung der Gesellschaft angewiesen ist, vollzieht sich nicht in dem raschen Tempo, das sich auf grund der allgemeinen Verhältnisse der Technik und der Konkurrenz hätte erwarten lassen.

Und so entsteht auf dem Boden der materialistischen Geschichtsauffassung selbst, welche die klare vorurtheilslose Beurtheilung der ökonomisch-gesellschaftlichen, steter Veränderung unterworfenen Verhältnisse zur theoretischen Basis der Arbeiterbewegung macht, und mit jeder Art von Utopie brechen will, nothwendig die Frage, was dieser Entwickelungsgang, der in dem Kommunistischen Manifest natürlich nicht vorhergesehen werden konnte, für die Bewegung und ihr Endziel bedeutet? Wenn eine ökonomische Hebung der Arbeiter innerhalb der kapitalistischen Gesellschaftsordnung sich als möglich erweisen sollte — und schließlich geht doch jede starke gewerkschaftliche und zum theil auch die politische Arbeiterbewegung heute von diesem Gedanken aus — und wenn ferner der Kapitalismus noch nicht in absehbarer Zeit in einer großen Katastrophe zusammenstürzt, wird da die wirkliche Bewegung von dem großen Endziel, von der nach sozialistischer Ansicht ihr innewohnenden Tendenz, die Schranken des Kapitalismus niederzubrechen, sich nicht entfernen? Ist nicht Gefahr vorhanden, daß in einem anderen Sinne, als es Bernstein meinte, die Bewegung alles, das Endziel nichts wird? Und wenn man wie Bernstein davon spricht, daß „in einem guten Fabrikgesetz mehr Sozialismus stecken kann, als in der Verstaatlichung einer ganzen Gruppe von Fabriken", heißt das nicht bereits die bürgerliche Art der Sozialreform über das eigentliche Prinzip des Sozialismus stellen, des Sozialismus, der die Vergesellschaftung, d. h. die demokratische Verstaatlichung der Produktionsmittel als das Ziel, dem gegenüber jede Sozialreform als gänzlich unzulänglich erscheint, proklamirt?

Um den Schein, als könne in dieser Weise der Bewegung ihr Endziel verloren gehen, zu zerstreuen, um einzusehen, daß, was sich verschoben hat, allein die Art und Weise ist, wie sich das Verhältniß zwischen Bewegung und Endziel näher bestimmt, bedarf es nur kurzer Besinnung. Der gewerkschaftliche Kampf und der politische Kampf um soziale Reformen, auf den die Arbeiterklasse, wenn das komplizirte Räderwerk der kapitalistischen Wirthschaft nicht ins Stocken geräth, in seinem Emanzipationsstreben angewiesen ist, wird im Rahmen des Kapitalismus nie zu endgiltigen Resultaten führen, bei denen die einmal aufgerüttelte, vorwärts drängende Klasse sich beruhigen könnte. Jeder Schritt, der auf dieser Bahn gethan wird, weist über sich hinaus und führt zu neuen Kämpfen.

Was aber ist denn der Gegenstand, um den in dieser großen Entwickelung, der die nächste Zukunft zu gehören scheint, gerungen wird. Nicht die unmittelbare Aufhebung des kapitalistischen Privateigenthums, die definitive Vergesellschaftung der Produktion, wohl aber die dauernde, immer weiter erstreckte gesellschaftliche Kontrolle über die Produktionsbedingungen, die Einschränkung der Sphäre, in der die anarchische Konkurrenz und damit das Privateigenthum der Kapitalisten frei zu schalten vermag. Sobald der Prozeß die schwächlichen Anfangsstadien, in denen er sich gegenwärtig noch befindet, überwunden, muß diese innere Natur desselben klar hervortreten. Indem die politische Gesetzgebung, Hand in Hand mit den gewerkschaftlichen Arbeiterkoalitionen, der Kapitalistenklasse die Bedingungen, unter denen sie allein Arbeitskräfte verwenden darf, aufoktroyirt, und indem das Gewerkschaftswesen auf die Regulirung der Produktion selbst einen immer steigenden Einfluß gewinnt, wird nothwendig das kapitalistische Eigenthum selbst in seinem inneren Charakter verändert. Die Tendenz dieses Prozesses ist es, den Kapital-Eigenthümer durch Beschränkung seiner Rechte mehr und mehr in die Rolle eines Verwalters herabzudrücken, dadurch daß die Praktiken kapitalistischer Ausbeutung der Arbeiter in immer engere Grenzen gebannt und so die Funktionen des Kapitals mehr und mehr in den Dienst der Gesellschaft, d. h. der aufstrebenden Arbeiterklasse hineingezwungen werden. Und die Tendenz dieser Tendenz? Was kann sie anderes sein, als ohne Störung des gesellschaftlichen Produktionsprozesses, die bei unvermittelt dekretirten Expropriationen unvermeidlich wäre und am schwersten die Arbeiterklasse selbst treffen würde, das Obereigenthum, welches die Gesellschaft durch fortgesetzte Ausdehnung ihrer Kontrolle über die Produktion bereits gewonnen hat, in wirkliches Eigenthum zu verwandeln, dem mürbe gemachten Kapitalisten, der seinen Besitz immer werthloser für ihn selbst werden sieht, die Leitung und Verwaltung des Betriebes abzunehmen, d. h. von der gesellschaftlichen Kontrolle der Produktion zur eigentlichen Vergesellschaftung der Produktionsmittel überzugehen? Wo anders sollte in der Entwickelungsreihe, auf welche der Gedanke eines ökonomischen Aufstiegs der Arbeiterklasse innerhalb des Kapitalismus hinweist, sonst der Punkt liegen, bei welchem ein politisch und gewerkschaftlich vorwärtsstrebendes Proletariat Halt machen, bei der die ihm durch die Verhältnisse vorgeschriebene Tendenz erlahmen könnte? So oder so, ob Katastrophe und Revolution, oder ob allmäliger Fortschritt und Reform, das der Bewegung eingeborene Endziel, die wirkliche Tendenz derselben bleibt die gleiche. Welche Formen die Entwicklung der kapitalistischen Gesellschaft immer annehmen mag, dem Feinde, den sie fürchtet, kann sie nirgends entweichen.

C. S.

Berliner Revolutionschronik. Darstellung der Berliner Bewegung im Jahre 1848 in politischer, sozialer und literarischer Beziehung. Von Adolf Wolff. Jubiläums-Volksausgabe, herausgegeben von Dr. jur. Gompertz. Berlin 1898. Ferd. Dümmler's Verlagsbuchhandlung. Preis 3,— M., geb. 4,— M.

Wolff's Revolutionschronik gehört zu den besten Darstellungen der Berliner 48er Bewegung. Entstanden unter dem frischen Eindruck der großen Erhebung, in freiem Geiste geschrieben, ist sie besonders werthvoll durch die Wiedergabe der Schilderungen von Augenzeugen, Zeitungsartikeln und Korrespondenzen, der bedeutsamsten Stellen aus Flugschriften, Flugblättern und Plakaten, der ausführlichen Berichte über Audienzen, Versammlungen und z. B. auch der wichtigsten Sitzungen der Berliner Stadtverordneten. Aber gerade das, was die Original-Ausgabe so werthvoll macht, sie gleichsam zum lebendigen Spiegelbild jener bewegten Zeit gestaltet, das seiner Unmittelbarkeit wegen dem Nachkommen besonders interessant ist — alles das fehlt in dieser sog. Jubiläums-Volksausgabe, die kurzerhand mit der Scheere derart hergestellt worden ist, daß einfach aus den 1600 Seiten der Originalausgabe die lebendigsten zwei Drittel herausgeschnitten wurden. Dadurch kommt es, daß manchmal sogar Dr. Ballhorn dem Jubiläumskinde zu Gevatter steht, z. B. S. 23, wo von dem „eigenthümlich herbeigeführten" Schluß der Stadtverordneten-Sitzung durch deren Vorsitzenden gesprochen wird, während die Erklärung weggeschnitten ist, worin denn diese Eigenthümlichkeit bestand: daß nämlich Herr Fournier die Abstimmung über Errichtung einer Bürgerwehr (am 11. März) verwegeskamotirt hatte. Durch diese barbarische Scheeren-Redaktion ist aus dem interessanten Quellenwerk eine nüchterne Chronik geworden, die sich Genüge darin thut, trockene Thatsachen chronologisch an einander zu reihen. Damit ist aber auch nahe gelegt, daß der Untertitel: „Darstellung in politischer, sozialer und literarischer Beziehung" für die „Volksausgabe" nicht mehr zutrifft. Gerade die historisch werthvollen Mittheilungen der Originalausgabe über die sozialen Zustände, die Arbeiter-Versammlungen, die Zusammenstöße der Arbeiter mit der ordnungsschlotterigen Bürgerwehr, über die verschiedenen Demokraten-, Handwerker- und Arbeiter-Kongresse fehlen in dieser „Volksausgabe", weil der Herausgeber — im Vorwort — meint, diese Berichte, „Erzeugnisse des Tages und nur für die flüchtige Dauer des Augenblicks bestimmt, gehören der Vergangenheit und — der Vergessenheit an". Gewiß — für die Regierung und für das Bürgerthum, das aus Angst vor dem Stirnrunzeln der heutigen Machthaber sich nicht einmal getraut, den Märzgefallenen, den Vorkämpfern der eigenen Klasseninteressen, einen einfachen Denkstein zu setzen! — Sonst ist der Wiederabdruck wortgetreu nach dem Original, Retouchen finden sich nur vereinzelt, so z. B. S. 106, wo das bekannte Renkontre des Prinzen von Preußen mit dem General v. Pfuel als „Erzählung" registrirt wird, während es in der Originalausgabe als „bestimmte Thatsache" aufgeführt wird. Freilich, nachdem die Scheere eine guillotinenartig wirkende Retouche vollzogen, konnte der Herausgeber auf eine redaktionelle verzichten. Der Verlag hat demnach mit der Herausgabe dieser „Jubiläums-Volksausgabe" weder ein literarisches noch ein politisches Verdienst sich erworben.

r—r.

Dieckmann, W., Chefredakteur in Hannover, Die deutschen Privatposten, Denkschrift im Auftrage der „Freien Vereinigung deutscher Privatposten", Hannover 1898.

Die deutschen Privatpost-Verwaltungen sind sehr rührig im Kampfe gegen die Absichten des neuen Staatssekretärs des Reichspostamtes. Zirkulare an die Zeitungen, Petitionen an den Reichstag und nun diese Broschüre wurden publizirt. Das Material dieser letzteren Schrift ist — seine Zuverlässigkeit vorausgesetzt — sehr interessant, enthält sie doch eine Uebersicht über die zahlreichen Privat-Postanstalten, ihre Tarife, Thätigkeitsumfang, Zahl der Briefkasten, Häufigkeit der Leerung derselben und der Bestellung, sowie über die Anfangsgehälter des Boten. Wenn in dem „Vortrag der Inhaber von Privatpost-Stadtposten an den Bundesrath und Reichstag" vom 10. d. M. gesagt wird, daß die Gehälter der Unterbediensteten gewöhnlich im ersten Dienstjahre 876 M. betragen, so werden diese Angaben durch die Dieckmann'sche Broschüre Lügen gestraft. Von 45 Privat-Postanstalten zahlten 38 im ersten Jahre ihren Boten weniger als 876 M., es kommen Monatsgehalte von 40, 44, 50 M. vor; man sieht hieraus, wie vorsichtig man die Beschwerdeschriften der Privatpostanstalten zu betrachten hat und welches Mißtrauen der von diesen Interessenten beeinflußten Presse gegenüber am Platze ist.

Daß die Privat-Postanstalten keinen absoluten Schutz gegen die Machinationen nach Art der schwarzen Kabinete bieten, beweist vielleicht die folgende Stelle aus dem schon zitirten „Vortrag":

„Auf die Mittheilung hin, daß durch Beschluß der kgl. Staatsanwaltschaft das Verfahren gegen den Inhaber einer Privat-Stadtpost und einen Lotteriekollekteur wegen einer in Mitthäterschaft begangenen Uebertretung im Sinne des Art. 7 Ziff. 3 des Polizeistrafgesetzes eingestellt worden sei, wies die vorgesetzte

Behörde das Stadtpolizei-Amt an, das Treiben des Privatpost-Inhabers in geeigneter Weise zu überwachen. Zugleich hat der betreffende Referent die Frage aufgeworfen, ob dieses Aktenstück, aus dem die Gemeingefährlichkeit des Privatinstituts ersichtlich sei: man denke z. B. an Verbreitung sozialistischer Schriften, nicht dem k. Ministerium des Innern zu unterbreiten sei."

Hickmann, A. L., Professor. Das deutsche Sprachgebiet in Böhmen, Mähren und Schlesien. Preis 85 Pf Wien und Leipzig. G. Freytag u. Berndt.

Dem großen Interesse für die in hellen Flammen auflodernden Nationalitätenkämpfe in den Sudetenländern kommt die neueste Veröffentlichung des rührigen Kartographischen Verlags entgegen. Das Kartenbild zeigt klar die eigenartige Vertheilung der Deutschen und Czechen. Bedauerlich ist blos, daß das Verhältniß der Nationalitäten in den gemischtsprachigen Bezirken nicht deutlicher in die Erscheinung tritt. Einige kleine Diagramme über Flächeninhalt, Bevölkerung und Nationalitäten-vertheilung in Böhmen, Mähren und Schlesien erhöhen den Werth der Publikation. — Bei einer Neuauflage würde sich die Aufnahme einer Vergleichung der Nationalitäten in den parlamentarischen Vertretungen dieser Länder empfehlen. Br,

Eingelaufene Druckschriften.

Von der „Neuen Zeit" (Stuttgart, J. H. W. Dietz' Verlag) ist soeben das 21. Heft des 16. Jahrgangs erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Ehrung im Reichstag. — Der Kampf im englischen Maschinenbaugewerbe. Von Ed. Bernstein. — Die Thätigkeit der Ansiedelungskommission in Polen und Westpreußen. Von J. Karski. — Der Verfall des Bäckergewerbes. — Notizen: Die Erwerbung der Kiautschau-Bucht. Der Kampf der Nationalitäten in Oesterreich. Von Verus. Ueber die Ausfuhr und Einfuhr deutscher Bücher. Deutschlands Produktion an Ziegelsteinen im Jahre 1896. Ein nesthäubender Fisch. — Feuilleton: Zur gesellschaftlichen Entwickelung im alten Babylonien. Von M. Miedwhr.

Von der Gleichheit, Zeitschrift für die Interessen der Arbeiterinnen (Stuttgart, Dietz' Verlag) ist uns soeben die Nr. 4 des 8. Jahrgangs zugegangen. Aus dem Inhalt dieser Nummer heben wir hervor: Die Durchführung des gesetzlichen Arbeiterinnenschutzes in der Schweiz. Von D. Zinner-Winterthur. — Aus der Bewegung. — Ein unechter Vorschlag zu einer ernsten Sache. — Feuilleton: Was die Revolution für die Frauen that. Von E. Bellamy. (Schluß.) — Notizentheil von Lily Braun und Klara Zetkin: Weibliche Fabrikinspektoren. — Frauenstimmrecht. — Frauenbewegung. — Sozialistische Frauenbewegung im Auslande. — Arbeitsbedingungen der Arbeiterinnen. — Geschichtliches zur Frauenfrage.

Die „Gleichheit" erscheint alle 14 Tage einmal. Preis der Nummer 10 Pf., durch die Post bezogen (eingetragen in der Reichspost-Zeitungsliste für 1898 unter Nr. 2970) beträgt der Abonnementspreis vierteljährlich ohne Bestellgeld 55 Pf.; unter Kreuzband 85 Pf.

Von der Geschichte der Deutschen Sozialdemokratie von Franz Mehring (Stuttgart, Dietz' Verlag) sind Heft 19 und 20 erschienen. Aus dem Inhalt heben wir hervor: Kap. XII. Lassalleaner und Eisenacher. 1. Das Proletariat im Milliardenregen. 2. Der Haager Kongreß. 3. Die letzten Fraktionskämpfe. 4. Die Aera Tessendorff. Kap. XIII. Der Gothaer Einigungskongreß. Kap. XIV. Die Sozialistische Arbeiterpartei Deutschlands. 1. Beginnender Reichsbankrott. 2. Praktische Agitationserfolge. 3. Theoretische Unsicherheit Engels gegen Dühring.

Das komplete Werk wird ca. 38 Lieferungen à 20 Pf. umfassen. Der Preis ist so niedrig bemessen, wie er bei einem wissenschaftlichen Werke sonst kaum anzutreffen ist.

Alle Buchhandlungen und Kolporteure nehmen Bestellungen entgegen.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

Theater.

Sonntag, den 20. Februar.

Freie Volksbühne (Friedr. Wilhelmstädtisches Theater). 3. Abtheilung. Die lustigen Weiber von Windsor. Anfang 2¼ Uhr.

Opernhaus. Lobetanz. Die Rose von Schiras. Anfang 7½ Uhr. Montag: Der fliegende Holländer.

Schauspielhaus. Der Burggraf. Anfang 7½ Uhr. Montag: 1812.

Deutsches. Johannes. Anf. 7½ Uhr. Nachm. 2½ Uhr: Jugendfreunde. Montag: Johannes.

Lessing. Im weißen Rößl. Anfang 7½ Uhr. Montag: Das grobe Hemd.

Berliner. Ein Wintermärchen. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 2½ Uhr: Der Beefschenfresser. Montag: Der Pfarrer von Kirchfeld.

Residenz. Sein Trick. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Odette. Montag: Sein Trick.

Neues. Die Schildkröte. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Trilby. Montag: Die Schildkröte.

Ostend. Unter der Polarsonne. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Der Pfarrer von Kirchfeld. Montag: Unter der Polarsonne.

Goethe. Hans Huckebein. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Die Jungfrau von Orleans. Montag: Hans Huckebein.

Schiller. Der Millionenbauer. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Die wilde Jagd. Montag: Der Tugendwächter. Das Versprechen hinterm Heerd.

Unter den Linden. Fatinitza. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Der Mikado. Montag: Fatinitza.

Thalia. Endlich. Die kleinen Lämmer. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr: Das Opferlamm.

Central. Die Tugendfalle. Anfang 7½ Uhr. Montag: Dieselbe Vorstellung.

Luisen. Auf goldenem Boden. Anfang 8 Uhr. Nachm. 3 Uhr: Das Käthchen von Heilbronn. Montag: Von Stufe zu Stufe.

Friedrich-Wilhelmstädtisches. Die kleinen Vagabunden. Anfang 8 Uhr. Montag: Dieselbe Vorstellung.

Belle-Alliance. Das Käthchen von Heilbronn. Anfang 8 Uhr. Nachmittag: Leonore. Montag: M. d. M.

Alexanderplatz. Verlorene Mädchen. Anfang 8 Uhr. Nachm. 4 Uhr: Die Königstochter als Bettlerin.

Urania. Taubenstraße 48–49. Naturkundl. Ausstellung v. 10 Uhr vormittags ab. Abends 8 Uhr Wissenschaftl. Theater.

Invalidenstraße 57/62. Täglich (außer Sonntags und Mittwochs) abends 8 Uhr: Wissenschaftliche Vorträge.

American. Spezialitäten. Anfang 8 Uhr.

Apollo. Spezialitäten. Anf. 7½ Uhr.

Reichshallen. Spezialitäten. Anfang 7½ Uhr.

Feen-Palast. Spezialitäten.

Central-Theater

Alte Jakobstr. 30.
Direktion Richard Schultz.
Sonntag, den 20. Februar 1898:
Emil Thomas a. G.
Zum 30. Male:
Die Tugendfalle.
Burleske Ausstattungsposse m. Gesang und Tanz in 4 Akten von Jul. Freund und W. Mannstädt.
Musik von Jul. Einödshofer.
Anfang ½8 Uhr.
Morgen und die folgenden Tage:
Die Tugendfalle.

Luisen-Theater

34. Reichenbergerstraße 34.
Nachm. 3 Uhr: **Volks-Vorstellung**
Regie: Julius Türk.
Das Käthchen von Heilbronn.
Großes historisches Ritterschauspiel in 5 Akten von Heinrich von Kleist.
Alma Schwartz vom Stadt-Theater in Kiel a. G. — Abends 8 Uhr:
Auf goldenem Boden.
Volksstück mit Gesang in 5 Bildern von W. Friedrich. Musik von Steffens.
Montag: **Von Stufe zu Stufe.**
Billets à 60 Pf. zu der Sonntag-Nachmittag-Vorstellung in den bekannten Verkaufsstellen.

Schiller-Theater

(Wallner-Theater).
Sonntag, nachm. 3 Uhr: **Die wilde Jagd.** – Abends 8 Uhr: **Der Millionenbauer.**
Montag, abends 8 Uhr: **Der Tugendwächter. Das Versprechen hinterm Herd.**
Dienstag, abends 8 Uhr: **Haus Wurst in Berlin.**

Ostend-Theater.

Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weiß.
Novität! Zum 5. Male: Novität!
Unter der Polarsonne.
Großes Ausstattungsstück mit Gesang und Tanz in 5 Bildern von Sondermann und Bischof.
Gesangstexte von J. Dill. Musik von Cornelius Schüler. Anfang 7½ Uhr. Nachm. 3 Uhr, kleine Preise: Zum letzten Male:
Der Pfarrer von Kirchfeld.
Im Tunnel vor und nach der Vorstellung: Frei-Konzert. Anfang 6 Uhr.
Montag bis Sonntag: **Unter der Polarsonne.**

Volks-Theater

im Welt-Restaurant
97. Dresdener-Straße 97.
Großer Erfolg!
Die Möbelpolonaise.
Urkom. Gesangsposse von O. B. Roeder.
Gust'l Ebner, oberbayrischer Schuhplattler und National-Tänzer.
Im vorderen Saale:
Tyroler Sänger Alois Ebner.
Anfang: Sonntags 6 Uhr. Wochentags 7½ Uhr.

Reichshallen-Theater.

Leipzigerstrasse 77.
Neue Debuts!
Harry Allister. Remarc & Rillay. Ordep's Hunde. Jeane Cavally.
Die brillante Pantomime:
Ein ruhiges Zimmer zu vermiethen!
Anfang: Sonntag 6½ Uhr. Montag 7½ Uhr.
Im **Reichshallen-Tunnel: Doppel-Concert** u. **Soirée.** Anfang 6 Uhr.
Mittwoch: **Bockbier-Fest.**

Quarg's

Vaudeville-Theater
Grand-Hotel Alexanderplatz.
Letzter Monat
des Gastspiels der
1. Original-Budapester.
Nur noch 8 Vorstellungen.
Kolossale Erfolge erzielen
Jockl Geiger Der Beheme.

Neues Olympia-Riesen-Theater.

(Circus Renz.) Karlstrasse.
Bolossy Kiralfy's
Konstantinopel.
Grösste Sensation Berlins.
Heute Sonntag
2 Vorstellungen.
Neu!
Im 3. Bild: **„Alt-Wien"**
Neue humorist. Spezialitäten-Revue.
Wiederauftreten der
The jolly british girls.
Sensationell!
Im letzten Bilde: **Constantinopel**
Feuer- u. Flammentanz,
ausgeführt **nicht** von einer Person, sond. **vom gesammten Ballet-Personal.**
ca. 1060 Mitwirkende.
Anf. 8 Uhr. Sonntags 2 Vorst.
Nachm. 1 Kind frei.

Maehr's Theater

Oranien-Strasse 24.
Täglich:
Theater und Spezialitäten.
Kolossaler Erfolg von
Die Nadel- und Nadelmadel.
Volksstück mit Gesang in 2 Akten von Eugen Fredy. Musik v. Otto Tieke.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6 Uhr.

Neu eröffnet!
Restaurant zum Eichbusch,
vorm. Schadewald, [4388]*
Inhaber **A. Weinhold,**
Treptow, Neue Krug-Allee 4.

Urania

Taubenstr. 48/49.
Naturkundliche Ausstellung. Täglich geöffnet von 10 Uhr vormittags ab. Eintritt 50 Pf. Abends 8 Uhr.
— Wissenschaftliches Theater. —
Invalidenstr. No. 57–62.
Täglich abends 7 Uhr:
— Ausstellungs-Saal und Vorträge. —
Näheres die Tagesanschläge.

Passage-Panoptikum.

Im Theatersaal:
Ben Ali Bey,
der orientalische Magier
und die
8 lustigen Wienerinnen.

Castan's Panopticum.

Friedrichstr. 165.
Neu!! Indisch-hindustanische Gaukler
— und —
Schlangen-Beschwörer.
Das BÄRENWEIB.

Apollo-Theater.

Friedrichstr. 218. Dir. J. Glück.
Granto u. Maud. Les Senett's.
La Loïe Fuller
The Milons Mr. Arvey
und
30 hervorragende Künstler.
Kassenöffnung 6, Anf. 7½ Uhr.

W. Noack's Theater

Brunnen-Strasse 16.
Jeden **Sonntag, Dienstag** und **Donnerstag:**
Gr. Extra-Theatervorstellung
Eine Berliner Waschfrau oder: **Müller u. Müller.**
Schwank mit Gesang in drei Akten.
Vorher:
Versprechen hinterm Herd.
Singspiel in einem Akt.
Nach der Vorstellung:
Tanzkränzchen.

Kaufmann's Variété

Direktion: Gebrüder Herrnfeld.
Budapester
Possen- u. Operetten-Theater
Anfang 7 Uhr.
Das Sensationellste auf dem Gebiete des Theaterlebens und aller Gebr. Herrnfeld'schen Schöpfungen ist der mit frenetischem Jubel-Erfolg aufgenommene Schwank
Von Dreien der Glücklichste.
Die gesammte Presse hebt die Originalität hervor und bekundet, dass **Anton und Donat Herrnfeld** wirklich einzig in ihrer Art dastehen.
Heute u. folgende Tage:
Von Dreien der Glücklichste.
Direktion: Gebrüder Herrnfeld.
Kaufmann's Variété

Alcazar-Theater.

Dresdenerstraße 52/53 (City-Passage) Annenstraße 42/43.
Direktion: **Richard Winkler.**
Vornehmster Familien-Aufenthalt.
Zum 2. Male:
Die Kunst geliebt zu werden.
Liederspiel in 1 Akt von F. Gumbert.
Vorher:
Das Schwert des Damokles.
Schwank in 1 Akt von G. zu Puttlitz.
Auftreten sämmtl. Kunst-Spezialitäten.
Anfang: Wochentags 8 Uhr. Sonntags 6½ Uhr.
Entree 50 Pf. Reiterwirt. Plätz 50 Pf. Vorzugsbillets an Wochentagen giltig.

Concerthaus

Leipzigerstr. No. 48
Täglich:
Hoffmann's Quartett und Humoristen.
Anfang: Sonntags 7 Uhr. Wochent. 8 Uhr.

Feen-Palast

22 Burgstrasse 22.
Täglich:
Spezialitäten-Vorstellung
Das radelnde Berlin
Anfang 7½ Uhr, Sonntags 6 Uhr.
Entree 30 Pf. bis 1,50 M.

Circus Busch

(Bahnhof Börse).
Sonntag, den 20. Februar 1898:
Zwei grosse brillante Vorstellungen
Nachmittag 4 Uhr (1 Kind unter zehn Jahren frei, weitere Kinder zahlen auf allen Plätzen halbe Preise).
5 sache Postfahrschule von Hrn. **Ernesto. Frères Borgère,** Leiter-Akrobaten. Elefant und Pferd, dressirt und vorgeführt von Herrn **Tercy.** Kinematograph (System Hagedorn). Die Czikos-post, ausgeführt vom kleinen Paul. Bär und Schildwache. Geschw. **Lorch** mit ihren großartigen ikarischen Spielen zu Pferde. Abends 7½ Uhr:
Zaragoza.
Orig.-Manège-Schaustück des Circus Busch. Besonders hervorzuheben: Der prachtvolle Carneval-Akt (darunter mehrere Maultiervoltigen). Kampf mit Rapaja u. Punal. Eine spanische Eisenbahn mit eintretender Katastrophe. Das brennende grüne Schloß.
Morgen 7½ Uhr: **Gr. Reiter-Gala-Vorstellung.**

Victoria-Brauerei

Lützow-Strasse 111/112.
Morgen, Montag:
Stettiner Sänger
(Meysel, Pietro, Britton, Steidl, Krone, Möhl, Schneider und Schrader.)

Anfang 8 Uhr.
Entree 50 Pf.
Vorverkauf 40 Pf.
Dienstag: Böhmisches Brauhaus

Louis Keller's Festsäle

Koppenstr. 29
Größtes und schönstes Etablissement der Residenz. [4010L*]
Heute, Sonntag:
Grosse Soirée der Norddeutschen Sänger
Steinmetz, Cahnbley, Zimmermann, Reising, Stobbe, Staugenberg und Frick, sowie
Großes Instrumental-Konzert
des Neuen Berliner Konzert-Orchesters unter persönlicher Leitung des Musikdirektors Rudolf Dietz.
Nachdem: **Großer Ball.**
Zwei stark besetzte Orchester, Streich- und Blasmusik.
Anfang 5½ Uhr. Entree 30 Pf.

Konzerthaus Sanssouci

Kottbuser Straße Nr. 4a.
Sonntag, den 20. Februar:
Grosse Extra-Vorstellung.
Im wunderschönen Monat Mai.
Liederspiel in 1 Akt von Görner.
Sperling & Sperber.
Schwank in 1 Akt.
Neu! Tom Tam, die lustigen **Neu!** Chinesen; **Brothers Lange, Neu!** akrobat. Clowns; **Gustav Neu! Rose,** Komiker. **Ball.**
Entree 50 Pf.
Auf. Concert 5 Uhr. Vorst. 6 Uhr.
Jeden Dienstag, Donnerstag, Sonntag: **Vorstellung.**
Wochent. gelten Passepartouts.
H. Pierry.

Krieger's Festsäle

Wasserthorstr. 68 [4010L* empf. seinen Saal für Privatfestlichkeiten, Kränzchen, Vereinen und zu Versammlungen. — Jeden Sonntag, Dienstag u. Donnerstag: **Gr. Ball.**

Freie Volksbühne.

Morgen, Sonntag, nachm. 2¼ Uhr: III. Abth. (graue Karten) im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater:
Die lustigen Weiber von Windsor.
Sonntag, den 27. Februar. V. Abtheilung (gelbe Karten), Lessing-Theater: **„Bartel Turaser".**
Neue Mitglieder können sich nur noch bis Dienstag, den 22. Februar in allen Zahlstellen melden. Eintrittsgeld 60 Pfennig.
Sonntag, den 27. Februar: Vorstellung für die **IV. Abtheilung** im Friedrich-Wilhelmstädtischen Theater: **„Die lustigen Weiber von Windsor".**
228/12 Der Vorstand. I. A.: C. Winkler.

Aktien-Brauerei Friedrichshain.

Heute Sonntag:
III. Gr. Bockbierfest
verbunden mit
humoristischem Konzert
ausgeführt v. d. Regimentsmusik des 4. Garde-Regiments zu Fuß in Uniform. Kgl. Musikdirigent **F. Bergter.**
Anfang 5 Uhr. Entree 20 Pf.
Im Nebensaal: Tanzkränzchen.

Achtung! Brauerei Friedrichshain, Am Königsthor. **Achtung!**
Sonnabend, den 26. Februar 1898:
Grosser Wiener Masken-Ball,
arrangirt vom
Verein der Plätterinnen Berlins
zum Besten hilfsbedürftiger Mitglieder.
Um 12 Uhr Demaskirung und große Ueberraschung. Freunde und Gönner sind willkommen. Billets à 50 Pf. sind im Arbeitsnachweis bei Teschner, Gollnowstraße 6, sowie bei sämmtlichen Vorstandsmitgliedern zu haben.
Anfang 8 Uhr. 158,3
Recht zahlreichen Besuch erwartet **Der Vorstand.**

Mundt's Saal.

Inh.: **Ernst Gründer.**
Köpnickerstraße 100.
Fernsprecher Amt VII 39.
Täglich: **Grosser Ball.**
Entrée, Tanz, Garderobe } Herren 50 Pf. Damen 25 Pf.

Feuerstein's Festsäle

Alte Jakobstrasse 75.
Inh. Martin Herzberg.
Grosse und kleine Säle zu Versammlungen unentgeltlich, sowie zu Sommer- u. Winterfestlichkeiten b. koulanten Bedingungen

Treptow.

Nonnenberg's Parkschlößchen
Parkstrasse, Ecke Köpnicker Landstr.
Haltestelle der elektrischen Bahn von Siemens u. Halske.
Jeden Sonntag:
Grosser Ball
unt. Leitung d. Tanzlehrers Fr. Schulze.
Entree 15 Pf., dafür Garderobe frei.
Kaffeeküche Sommer u. Winter.

M. Mörschel,

Jüdenstr. 35. 4021Q*
Weiß- und Bairisch-Bier-Lokal.
Gr. Vereinszimmer f. 20–80 Pers.
Frühstücks-, Mittags-, Abendtisch.

Louisenstädt. Klubhaus,

8. Annenstrasse 16.
Saal, 200 Pers. fassend, zu öffentl. wie Vereinsversamml. u. Festlichkeiten jeder Art; desgl. **mehrere Vereinszimmer** mit Piano, alles renovirt, empf. **Carl Helfer,** fr. „Oranienhallen". Amt VII 4892. [4324Q* Sonnabend, 26. März, Saal frei.

Empfehle den Genossen mein
Weiß- u. Bairisch-Bierlokal.
Schönes Vereinszimmer
bis 60 Personen fassend, noch einige Tage frei. 4012Q*
Ed. Renter,
Swinemünderstraße 51.

Gesellschaftshaus

Swinemünderstr. 42 (alte Nr. 35) jeden Sonntag:
Ball u. Theater-Vorstellung.
Empfehle meine Säle (250 u. 700 Personen fassend) sowie Vereinszimmer zu Festlichkeiten und Versammlungen 4002Q* **Hübner.**

Brochnow's Fest-Säle,

Sebastianstr. 39.
Jeden Sonntag, Montag, Donnerstag, Sonnabend:
Volks-Ball.
Einige Sonnabende sind noch frei.

Etablissement Feldschlößchen.

Inhaber **Fritz Nagel**
Müller-Straße Nr. 142.
Jeden Mittwoch und Sonntag:
Konzert, Theater- u. Spezialität.-Vorstellung. Nach der Vorst.: **Ball.**
Mittwochs gelten Passe-partouts.

Masken

elegant und billig, verleiht
Ferdinand Henke,
Dennewitzstr. 1.

Moabiter Klubhaus,

Beusselstr. 9.
Empfehle meinen großen **Saal, Vereinszimmer** f. 20–80 Personen, Restauration. Mittags- u. Abendtisch.
Jeden Sonntag: Grosser Ball.
4007L* **Carl Fischer.**

Wedding-Park

Müllerstraße Nr. 178.
Empfehle meinen **Saal mit Bühne,** 500 Personen fassend, zu Versammlungen, Hochzeiten und and. Festlichkeiten. — Jeden Sonntag: **Konzert u. Ball.**
Donnerstag: Tanz-Unterricht.
7 Kegelbahnen. **Wilh. Trapp.**

Johannisthal!
Park-Restaurant!

Jeden Sonntag: **Gr. Ball** unter Leitung des Tanzlehrers Herrn **Richard Heinrich.**
Tanzabonnement f. Herren 50 Pf. Damen frei. Die **Kaffeeküche** ist auch im Winter geöffnet.
Nehme schon jetzt Bestellungen für Sommervergnügen an.
Achtungsvoll **Fritz Rau,** früher: Berlin, Skalitzerstr. 126.

2 Vereinszimmer sofort zu vergeben. **Paul Zimmermann,** 4294P* Marsiliusstr. 8, Ecke.

Allen Freunden, Genossen und Genossinnen zur gefl. Nachricht, daß wir
Warschauerstr. 63,
u. d. Station Warschauer Brücke, ein
Weiss- u. Bairisch-Bier-Lokal
nebst großem **Vereinszimmer** eröffnet haben und bitten um geneigten Zuspruch.
Achtungsvoll
Max Fahrenwald u. Frau.
O., Warschauerstr. 63. [923P*

Zu kaufen gesucht,
zu guten Preisen: ältere sozialistische Bücher und Broschüren (von Weitling, Marx, Engels, Mehring 2c.) sowie Zeitschriften („Sozialdemokrat", „Volksstaat", „Vorwärts", „Neue Zeit", „Gesellschaft" 2c.) auch in einzelnen Nummern. [3435L* Berlin NW., Luisenstr. 31, Buchhandlung **S. Calvary u. Co.**

Wohl fühlt sich
bei jetziger Witterung, wer
Brunnenstrasse 110
(neben dem Pferdebahn-Depot) bei **Ignatz Sello** bezieht anerkannt guten **Rum** ½ Fl. inkl. Fl. von **90 Pf.** an, vorzüglichen **Punsch- u. Glühwein-Extrakt,** ½ Fl. inkl. Fl. v. **1,10** Mk. an. **Stonsdorfer** inkl. Orig.-Fl. (½ Ltr.) à **80** Pf. **Halb und Halb,** feinste Liqueurmischung, per ½ Champagner-Flasche inkl. **90 Pf., alten Nordhäuser** per Liter **50** Pf., **süß. Ungarwein,** Orig.-Fl. (½ Ltr.) inkl. von **90** Pf. an, sowie sämmtl. Sorten **Weine, Cognacs** u. s. w., Spirituosen auch im Einzelverkauf nur zu **Engrospreisen.** Billigste Bezugsquelle. Bitte genau auf **Nr. 110 Brunnenstr. Nr. 110** zu achten.

6 grosse öffentl. allg. Protest-Versammlungen

der

Gewerkschaften Berlins

für **Männer** und **Frauen**

am Montag, den 21. Februar, abends 8 Uhr,

in folgenden Lokalen:

Keller's großer Saal, Koppenstraße 29.
„Kösliner Hof", Köslinerstraße 8.
„Arminhallen", Kommandantenstraße 20.
„Sanssouci", Kottbuserstraße 4a.
„Tonhalle", Friedrichstraße 112.
„Bismarckshöhe" (Charlottenburg), Wilmersdorferstr. 39.

Tagesordnung in allen Versammlungen:

Der geheime Erlaß des Ministers des Innern Grafen von Posadowsky und die Arbeiter Berlins.

Referenten: Reichstags-Abgeordnete **J. Auer, R. Fischer, C. Legien, C. Molkenbuhr, M. Schippel und Genosse Timm.**

Die Gewerkschaften werden ersucht, die obigen Versammlungen recht rege zu besuchen, um zu zeigen, daß sie mit der Beschneidung des schon so kümmerlichen Vereinsgesetzes **nicht** einverstanden sind. 8055

Die Berliner Gewerkschafts-Kommission. J. A.: **Rud. Millarg.**

Bildungsverein „Mehr Licht!"

Sonntag, den 20. Februar, abends 7 Uhr, Alexanderstraße 27c:

Versammlung. [120/7

Tagesordnung: Vortrag des Herrn **Dr. Wollheim** über: „Aus der Chemie der Küche." Fragebeantwortung. Darauf: **Geselliges Beisammensein u. Tanz.** Entree 10 Pf. Garderobe 10 Pf. Gäste stets willk.

Allgemeiner Arbeiter- und Arbeiterinnen-Verein

Berlins und Umgegend.

Montag, 21. Februar, ab. 8½ Uhr, Inselstr. 10:

Mitglieder-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Nanntsch** über: Koalitionsrecht der Arbeiter und der Posadowsky'sche Erlaß. 2. Diskussion. 3. Vereinssachen. — Es ist Pflicht, daß jedes Mitglied erscheint. **Der Vorstand.**

Sozialdemokratischer Verein für Stralau-Rummelsburg

und Umgegend.

Oeffentliche Versammlung

am Mittwoch, den 23. Februar 1898, abends 8½ Uhr, im Saale des Herrn Gittler, Kietz.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen Wagner über: „Der Posadowsky'sche Erlaß." 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Pflicht eines jeden Mitgliedes ist es, in dieser Versammlung pünktlich zu erscheinen. — Neue Mitglieder werden aufgenommen.

8/2 **Der Vorstand.**

Schöneberg.

Am Montag, 21. Februar, abends 8 Uhr, in der Schloßbrauerei, Hauptstr. 112–114:

Oeffentl. Gewerkschafts-Versammlung

für Männer und Frauen.

Tages-Ordnung:

1. Der geheime Erlaß des Ministers des Innern Grafen v. Posadowsky. Referent Genosse **Georg Wagner.** 2. Diskussion. 3. Bericht des Wahlkomitees von den Gewerbegerichts-Wahlen. 202/11

Der Vertrauensmann: Hermann Fischer, Gothenstr. 39.

Deutscher

Metallarbeiter-Verband

(Verwaltungsstelle Berlin).

Todes-Anzeige.

Am 17. d. M. starb unser Mitglied, der Schlosser

Albert Handtke.

Ehre seinem Andenken.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., nachm. 3 Uhr, vom Trauerhause, Grüner Weg 64, aus nach dem Markus-Kirchhof in Wilhelmsberg statt.

Um rege Betheiligung bittet

110/17 **Die Ortsverwaltung.**

Todes-Anzeige.

Am Donnerstag verstarb der Kollege

Albert Kestin

aus Wilmersdorf in der Charitee.

Die Beerdigung findet am Sonntag nachmittags 3 Uhr von dort aus statt.

Um zahlreiche Betheiligung ersucht

Albert Kleinert,
Vertrauensmann der Steinarbeiter Berlins und Umgegend. 172/3

Orts-Krankenkasse der Sattler.

Am 17. d. M. starb das Mitglied

Wilhelm Schwarz

(in Arbeit bei Wunderlich).

Die Beerdigung findet am Sonntag den 20. d. M., nachmittags 3½ Uhr, von der Leichenhalle des Zwölf-Apostel-Kirchhofes in Schöneberg (Eberstraße) aus statt.

9439 **J. A.: R. Dittberner.**

Todes-Anzeige.

Zentr.-Kranken- u. Begräbniß-kasse d. Sattler u. Berufsgen. Deutschlands „Hoffnung" E. H. 64.

Am Dienstag, den 15. d. M. starb nach langer, schwerer Krankheit unser Mitglied, der Sattler 9035

Robert Philippi.

Die Beerdigung findet am Sonntag, den 20. d. M., nachmittags 3½ Uhr, vom Trauerhause, Scharnweberstr. 111 aus, auf dem Dankeskirchhof statt.

Die Ortsverwaltung.

Sozialdemokratischer Wahlverein für den 2. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Mittwoch, den 23. Februar, abends 8½ Uhr, im Lokale des Herrn Zühlke, Dennewitzstrasse 13:

Versammlung.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag über „Weltpolitik". Referent: Reichstags-Abgeordneter Genosse **Ewald Vogtherr.** 2. Diskussion.

Gäste haben Zutritt.

238/5 **Der Vorstand.**

Achtung! 2. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, 20. Februar, abends 6½ Uhr, bei Zubell, Lindenstr. 106:

Versammlung.

Tages-Ordnung:

Vortrag des Genossen **Grempe** über: Das Schlachtfeld der Arbeit und die Wichtigkeit der Unfallverhütung. (Mit Demonstration an Sicherheitsvorrichtungen.)

Nach dem Vortrage: **Gemüthliches Beisammensein und Tanz.**

210/8 **Die Vertrauensperson.**

Sozialdemokratischer Verein für den 5. Berliner Reichstags-Wahlkreis.

Donnerstag, den 24. Februar, abends 8½ Uhr:

Versammlung

im „Alten Schützenhause", Linienstrasse No. 5.

Tages-Ordnung: 245/2

1. Vortrag. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten u. Verschiedenes.

Um zahlreichen Besuch bittet **Der Vorstand.**

Achtung! VI. Wahlkreis. Achtung!

Genossinnen und Genossen!

Sonntag, den 20. Februar 1898, abends 6 Uhr,

im Lokale des Genossen Wernau, Schwedterstr. 23/24:

Oeffentliche Versammlung

für Frauen und Männer.

Tages-Ordnung: 1. Vortrag des **Dr. A. Bernstein** über: Was verstehen wir unter Sozialismus? 2. Diskussion. 1/7

Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein u. Tanz.**

Um zahlreiches Erscheinen ersucht **Die Vertrauensperson.**

Achtung! 6. Wahlkreis. Achtung!

Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 6 Uhr, im „Kösliner Hof", Köslinerstraße Nr. 8:

Große öffentliche Versammlung

für Männer und Frauen.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Genossen **Dr. Weyl:** „Der Hypnotismus und seine Bedeutung für den politischen Kampf". 2. Diskussion. — Zu recht zahlreichem Besuch ladet ein

9/6 **Der Vertrauensmann.**

Nach der Versammlung: **Gemüthliches Beisammensein.**

Achtung! IV. Wahlkreis! Achtung!

Dienstag, den 22. Februar, abends 8½ Uhr:

Große Volks-Versammlung

in der Urania, Wrangelstr. 10.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag. Referent: Reichstags-Abgeordneter **Dr. Lütgenau.**
2. Diskussion,
3. Bericht über die Angelegenheit des Schriftsetzers Franz Schulze. 215/2

Die Vertrauensperson.

Achtung! Putzer. Achtung!

Mittwoch, 23. Februar, abends 8½ Uhr, in den Arminhallen, Kommandantenstr. 20:

Ausserordentl. Mitglieder-Versammlung

des

Verbandes der Maurer Deutschlands

Zahlstelle Berlin I.

Tagesordnung: 1. Jahresbericht und Abrechnung der Unterstützungskommission und Neuwahl derselben, sowie Neuwahl der Hilfskassirer. 2. Vereinsangelegenheiten. 134/7

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Die örtliche Verwaltung.**

Achtung, Rabitzputzer!

Die Differenzen bei der Firma **Zöllner u. Co.** sind zur Zufriedenheit der Kollegen **beigelegt.** 202/5 **Der Vertrauensmann.**

Achtung! Sonntag, den 20. Februar, Achtung!

abends 6 Uhr:

Oeffentliche Versammlung

für Frauen und Männer

in Wilke's Restaurant, Andreasstrasse No. 26.

Tages-Ordnung:

1. Vortrag des Stadtverordneten **Fritz Wilke.** 2. Diskussion.

Um zahlreiches Erscheinen, besonders der Frauen, ersucht

Die Einberuferin.

1/8

NB. Nach der Versammlung findet ein **gemüthliches Beisammensein** statt.

Achtung! **Achtung!**

Verband der in Holzbearbeitungs-Fabriken u. auf Holzplätzen besch. Arbeiter Deutschlands

(Filiale II. Berlin).

Dienstag, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, Bergstraße 12:

Verbands-Versammlung.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Dr. Joël über das Thema: Aus der Steinzeit. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches und Verschiedenes.

Zu dieser Versammlung sind die Werkstellen Reichelt, Swinemünderstraße, und Simon, Halbestraße, eingeladen. 83/2

Des Vortrags halber werden die Kollegen ersucht, die Frauen mitzubringen. **Der Vorstand.**

Achtung, Rabitzputzer!

Dienstag, den 22. Febr., abends 8 Uhr, bei Stabernack, Inselstr. 10:

Mitglieder-Versammlung

der Zahlst. Berlin III des Zentralverb. der deutschen Maurer.

Tages-Ordnung:

1. Rechenschaftsbericht des Vorstandes und Neuwahl desselben.
2. Verschiedenes.

NB. Mitgliedsbuch legitimirt. **Die örtliche Verwaltung.**

Unterstützungsverein aller in der Hut- u. Filzwaaren-Industrie beschäft. Arbeiter u. Arbeiterinnen.

Montag, den 21. Februar 1898, abends 8 Uhr,

bei Bötzow, Prenzlauer Thor: [919b

Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung: Fortsetzung der Versammlung vom 7. Februar. Der wichtigen Tagesordnung wegen ist das Erscheinen jedes einzelnen Mitgliedes nothwendig.

Der Vorstand.

Achtung! **Zinkgießer u. Stürzer!** Achtung!

Ordentliche Generalversammlung

des

8745

Vereins z. Wahrung d. Interessen d. Zinkgießer u. Stürzer Berlins und Umgegend

am **Dienstag**, den 22. Februar, abends 8½ Uhr, bei **Schumacher**, Pücklerstr. 49.

Tages-Ordnung:

1. Kassenbericht. 2. Gewerkschaftliches. 3. Verschiedenes.

Um zahlreiches und pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Freie Vereinigung der Zivil-Berufsmusiker

Berlins und Umgegend.

Dienstag, den 22. Februar, vorm. 11 Uhr, bei Stabernack, Inselstr. 10:

Ordentliche Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:

1. Aufnahme neuer Mitglieder. 2. Vereinsangelegenheiten. 3. Verschiedenes. — Mitgliedsbuch und Karte legitimirt. 50/2

Um pünktliches Erscheinen ersucht **Der Vorstand.**

Weißensee.

Montag, den 21. Februar 1898, abends präzise 8 Uhr, in Dewein's Lokal, Königs-Chaussee 94:

Oeffentliche Kommunalwähler-Versammlung.

Tages-Ordnung: 878b

1. Die bevorstehenden Kommunalwahlen (Referent wird in der Versammlung bekannt gegeben). 2. Nominirung der Kandidaten und Ansprachen derselben. 3. Diskussion. 4. Verschiedenes.

Zahlreiches Erscheinen erforderlich. **Das Wahlkomitee.**

Achtung! Britz. Achtung!

Sonntag, den 20. Februar, nachmittags 2 Uhr:

Große öffentliche Gemeinde-Wähler-Versammlung

bei Rudolf, Chausseestraße 97.

Tagesordnung: 1. Besprechung über die Gemeindewahlen. 2. Aufstellung eines Kandidaten. 3. Verschiedenes. 222/6

Hierzu sind sämmtliche bisherigen Gemeindevertreter eingeladen. Es ist Pflicht jedes Gemeindewählers der dritten Klasse, in dieser Versammlung zu erscheinen. **Der Einberufer.**

Tapezirer-

Verband. Filiale Nord.

Montag, 21. Febr., abends präz. 9 Uhr, bei Röllig, Rosenthalerstr. 13.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Hrn. Mandbacher. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Filiale Süd. 177,5

Mittwoch, 23. Februar, abends 9 Uhr, bei Zubell, Lindenstr. 106.

Tagesordnung: 1. Vortrag des Herrn Waldek Manasse. 2. Diskussion. 3. Vereinsangelegenheiten.

Arbeiter

in groß. Betrieben erhalten f. Empfehlung meiner Firma gut. Mitverdienst. Adr. unter **G. 2** a. d. Exped. d. Bl.

Zwecklos

umherliegende alte Gold- u. Silbersachen sowie Brillanten kauft zu höchsten Preisen **Robert Schneider,** Juwelier, Perlebergerstr. 26d, nahe d. Lübeckerstr.

Empfehle allen Freunden und Genossen mein 4382

Weiss- u. Bayr.-Bier-Lokal.

Vereinszimmer ist zu vergeben.

Louis Schappach, Marienburgerstr. 9.

Bettfedern, dreif. gereinigte neue, vorzügl. füllend, Pfund 50, 70, 90 Pf. **Halbdaunen** Pfd. 1,10. **Halbdaunen,** silberhell, Pfd. 1,60. **Daunen** von vorzügl. Füllkraft (3 Pfd. genügen z. größten Oberbett) Pfd. 2,75, empf. das als streng reell bekannte, 1870 gegr. Spezial-Geschäft von **S. Pollack, Oranienstr. 61,** am Moritzplatz.

Trauringe reelle Dukaten, gestemp. 986. 2 Dukat. 22,50 M. 1½ Dukat. 17,50 M. Kronen-gold gestemp. 900. 7 Gramm 20,50 M. 5¼ Gramm 15,50 M. Alle anderen Goldsachen ebenso reell. [336b **Hugo Lemcke, Augustst. 91,** an d. Oranienburgerstr. Gegr. 1840.

Bruchbandagen

aller Art, **Leibbinden, Spritzen, Suspensorien** aller Größen, **Unterlagestoffe, Verbandstoffe,** sowie alle **Artikel** zur **Krankenpflege** empfiehlt 4058

J. Ch. Pollmann, Bandagist, Berlin C., 30. Linienstraße 30.

Eigene Werkstatt.

25jähr. prakt. Erfahrungen. Lieferant sämmtl. Orts- u. Hilfs-Krankenkassen.

Betten, Gardin., Bettwäsche, Anzüge, Remont.-Uhren, Regulator, spottbillig **Pfandleihe Neanderstr. 6.**

Kinderwagen-Bazar

Max Brinner,

Jerusalemerstr. 42. Brunnenstraße 6. Dresdenerstr. 16.

Großartige Auswahl von Kinder-, Sport-, und Puppenwagen, breites Fabrikat, billigst. Musterbuch gratis u. franko. Theilzahl. gestattet.

Dr. Lehrich.

Spezialarzt f. Haut- u. Harnkr., Beingeschwüre und Lupus.

An der Stadtbahn 24,

(am Bahnhof Alexanderplatz.)

Sprechst.: 9–12 und 3–6.

Freitags keine. 4081

Poliklinik: Montag, Donnerstag, 9–10½

Dr. Simmel

Moritzplatz. Hands v. Asebinger, 2 Treppen rechts.

Spezialarzt f. Haut- u. Harnleiden.

10–2, 5–7. Sonntags 10–12, 2–4.

Künstl. Zähne gegen bequeme billigste Theilzahlung. Schmerzlose Zahnoperationen. **Elsasserstr. 92** (Rosenth. Td.) Sprechst. Werktags 9–12, 3–5 **Zahnatelier Herod,** ehem. Assistent in Wien, Berlin, Stuttgart rc.

Unfallsachen, Klagen, Eingaben **Patzger, Stegligerstr. 65.**

Rechtsbureau, Grüner Weg 40 (Jurist). Steuerrekl., gerichtl. Vertretung. [290b

---

Zähne v. M. 2 an eventuell Theilzahl. **Frau Olga Jacobson** 61/19 **Invalidenstr. 145.**

Möbel

verliehen gewesene und neue, staunend billig, **Theilzahlung gestattet.** Beamten ohne Anzahlung. 4055

Neue Königstr. 59 u. Gneisenaustr. 15.

Für 17 Mk. fertige Anzug nach Maaß, gute Zuthaten, tadell. Sitz **Wilhelm Schmidt,** Neue Schönhauserstr. 1, 1 Tr., Ecke Weinmeisterstr.

Verein deutscher Schuhmacher.

Versammlungen

am Montag, den 21. Februar, abends 8½ Uhr,

Zahlstelle **I** bei **Feind,** Weinstr. 11.
Zahlstelle **II** bei **Lange,** Dragonerstr. 15.
Zahlstelle **III** bei **Möller,** Johannisstr. 20.
Zahlstelle **IV** bei **Roll,** Kaiserstr. 21. 169/13
Zahlstelle **VI (Friedrichsberg)** bei **Fuchs,** Frankf. Allee 49.

Tagesordnung in sämmtlichen Versammlungen: Statutenberathung und Wahl von Delegirten zur Generalversammlung in Mainz.

Um zahlreiche Betheiligung bittet **Die Bevollmächtigten.**

Achtung! **Kürschner!** Achtung!

Montag, den 21. d. M., abends 8½ Uhr,

in **Cohn's Festsälen, Beuthstr. 20:**

Große öffentliche Versammlung

aller in der

Kürschnerbranche beschäftigt. Arbeiterinnen u. Arbeiter.

Tages-Ordnung:

1. Welchen Zweck hat die eingeführte Stückarbeit bei den Firmen B. Manheimer und D. Lewin. 2. Diskussion. 3. Bericht der Vertrauenspersonen und Neuwahl derselben. 4. Verschiedenes.

Kolleginnen und Kollegen! Der hochwichtigen Tagesordnung halber ist das Erscheinen aller Kolleginnen und Kollegen dringend erforderlich. 93/3

Die Vertrauenspersonen.

Echt chinesische
Mandarinendaunen
das Pfund Mk. 2.85
natürliche Daunen wie alle inländischen, **garantirt neu** und **staubfrei**, in Farbe ähnlich den Eiderdaunen, anerkannt **füllkräftig** und **haltbar; 3 Pfund genügen zum großen Oberbett.** Tausende Anerkennungsschreiben. Verpackung umsonst. Versand gegen Nachn. von der
ersten Bettfedernfabrik
mit electrischem Betriebe
Gustav Lustig,
Berlin S., Prinzenstraße 46.
Man verlange Preisliste.

Deutsch. Porter

Dessert- u. Malzkraftbier I. Rang. Brauerei Burghalter, Potsdam, gegr. 1736, bef. f. Blutarme, Brustkranke, Bleichs., Wöchn., Rekonv. rc. d. leicht bekömml., nahrh. kräftigste Bier. — Ist blutbild., desh. bess. Gesichtsf. u. Gewichtszunahm. überr. 14 Flasch. drei, 50 zehn M. exkl. In Geb. (1/4, 1/8, 1/16) z. Selbstabz. wesentl. bill. Allein. Versandtst f. Berlin u. Prov. Porterkellerei **Ringler, Berlin, Brunnenstraße 152.** Nicht Flaschenzahl — Qual. entscheid.

62/2*

Bettfedern

garantirt neu und doppelt gereinigt, sehr füllkräftig, das Pfund **50** und **85 Pf., Halbdaunen,** das Pfund Mk. **1.25, 1.50** und **1.75, böhm. Rupf,** das Pfund Mk. **2.—, Gänsehalbdaunen** Mk. **2.50, Ia.-Sorte, hellweiß,** Mk. **3.—, echt chines. Mandarinendaunen** das Pfund Mk. **2.85, Gänsedaunen** Mk. **3.50** und **4.50, anerkannt beste Füllung für Oberbetten.** Viele Anerkennungsschreiben. Versandt gegen Nachnahme bei freier Verpackung.
Heinrich Weißenberg,
Böhmisches Bettfedern-Versandthaus
Berlin NO., Landsbergerstr. 39.
Preisliste und Proben gratis

Kinderwagen
mit u. ohne Schutzvorrichtung.
Schutzvorrichtung allein **3,50,** dieselbe verhindert das Herausfallen der Kinder.
Kinder-, Puppen-, Kasten-, Leiter- u. Sportwagen stets 2000 Stück am Lager von 10, 12, 15 M. bis zu den elegantesten. Versandt nach außerhalb ab Fabrik. Musterbuch gratis. **Theilzahlung gestattet.** Woche 1 M.
F. Bergmann, **Andreasstraße 53, part. u. I. Etage, ältestes Geschäft Berlins.**

Möbel-Verkauf.

Oranienstr. 73. Hof I, in meinem vier Etagen hohen Speichergebäude halte ich in überraschend großer Auswahl ganze Wohnungs-Einrichtungen sowie einzelne Stücke in ganz einfacher sowie eleganter Ausführung. Vortheilhafte Einkaufsquelle für Brautleute. Theilzahlung gestattet. Beamten ohne Anzahlung. Täglich Eingang verliehen gewesener und gebrauchter Möbel aller Arten zu billigen Preisen. Transport frei Haus. Verlangen Sie bitte mein Musterbuch mit Abbildungen gratis und franko.

Möbel auf **Theilzahlung**
J. Ostrowski jr.
Große Frankfurterstr. Nr. 1. I.

Vorzügliche
Mandarinen-Daunen
Pfd. **2** Mk. **50** Pf.
von wunderbarer Füllkraft **nur so billig** infolge des großen Umsatzes in meinen vier Geschäften.
Bettfedern, Daunen und fertige Betten
verkauft und versendet ebenfalls am billigsten das **Spezialgeschäft** von
L. Beutler, Berlin,
Hauptgeschäft: **Ackerstr. 28,** Ecke Invalidenstr. 2. Gesch.: **Mariannenstraße 10.** 3. Geschäft: **Kurfürstenstraße 25.** 4. Gesch.: **Reinickendorferstr. 64c.** Tel.: Amt 3 5301.

Fahrräder

Stets großes Lager erstklass. Fabrikate auf
Theilzahlung
ohne Preiserhöhung zu den koulantesten Zahlungsbedingungen.
Reparatur-Anstalt.
Adomeit & Landau,
Lothringerstraße 48 I,
dicht am Rosenthaler Thor.

Baer Sohn

24a Chausseestrasse 24a. 11 Brückenstrasse 11.
16 Gr. Frankfurterstr. 16.

Fabrikation im grossen Maassstabe.

Streng feste, sehr billige, in Zahlen gezeichnete Preise.

Radfahrer-Bekleidung. Radfahrer-Bekleidung.

Einsegnungs-Anzüge!

Jeder Käufer eines Einsegnungs-Anzuges erhält ein elegantes Stammbuch umsonst.

Diagonal und glatt Cheviots.	Satin und Kammgarn-Cheviots.	Kammgarn- und Tuch-Arten.	Elegante Kammgarne in sehr feiner Verarbeitung.
Je nach Grösse und Qualität.	Je nach Grösse und Qualität.	Je nach Grösse und Qualität.	Je nach Grösse und Qualität.
18,— 15,— 12,—	24,— 18,— 15,—	27,— 24,— 21,—	30,— 27,— 24,—
9 Mk. 50	**12 Mk. 50**	**18 Mk.**	**21 Mk.**

Moderne Maass-Anfertigung
bei ausserordentlich reichhaltigem Stofflager, zu sehr mässigen Preisen, unter Leitung eigener erster Meister. — Hochmoderne Façons. — Chiker Schnitt. — Tadelloser Sitz.
Einfacher, mittlerer und sehr vornehmer Geschmack.

HERREN- u. KNABEN-Bekleidung.

Täglich von 7 Uhr morgens bis 6 Uhr abends:
Verkauf frisch gek. schw. perls. und finn. Fleisches.
Rindfleisch . . . . pro Pfd. von 30 Pf an,
Schweinefleisch . . . . 40 Pf. [4041L*
Verwaltung der Kochanstalt Städt. Schlachthof

Confirmations-Stoffe
für **Knaben-** und **Mädchen** in sehr **grosser Auswahl.**
Unsere reichhaltige **Frühjahrs-Kollektion** geschmackvoller und moderner, unverwüstlicher und echtfarbiger **Herren- u. Damenkleiderstoffe** ist jetzt complet.
Zahlreiche Anerkennungsschreiben, welche die Vorzüglichkeit unserer Stoffe beweisen, können **jederzeit** eingesehen werden.
Alle Aufträge von 20 M. an und Muster **stets franco.**
Carl H. Klippstein & Co., Mühlhausen i. Thür. No. 11.
Weberei und Versandgeschäft.

Uhren-, Goldwaaren-Versand.
Baar-Verkauf u. Theilzahlung. Bestellg. briefl. **L. Bogdt.** Auguststr. 92.

Kinderwagen-Haus
August Götze, Berlin N.,
Brunnenstr. 145, Ecke Rheinsbergerstrasse.
Riesen-Auswahl in **Kinder-, Puppen-, Sport-, Kasten- u. Leiterwagen. Kinderholzmöbel und Klappstühle.** 4297L*
Korbwaaren eigener Fabrik.

Eleg. Masken-Anzüge für Damen und Herren
40992*] vermiethet äußerst billig
Carl Hanke (Kulicke), Buchhändler, Oranienstr. 157, II.

Grosser Möbelverkauf. Die Möbel-Fabrik **Neue Schönhauserstr. 2** (früher Rosenthalerstr. 13)
liefert bürgerliche Wohnungs-Einrichtungen schon von 150 M. an. Auch gebe ich Einrichtungen auf Theilzahlung. Lager gebrauchter und verliehen gewesener Möbel. Eigene Tapezier- u. Dekorations-Werkstatt.
* Transport durch eigene Gespanne, auch nach außerhalb.

Metzner's Korbwaaren-Fabrik.

Berlin, **Andreasstr. 23,** vis-à-vis dem Andreasplatz.
II. Geschäft: **Brunnenstr. 95,** vis-à-vis Humboldth.
III. Geschäft: **Beusselstr. 67** (Moabit).
IV. Geschäft: **Leipzigerstraße** (Spittel-Kolonnaden).
Kinderwagen, größtes Lager Berlins. Musterbücher gratis.
1000 Mark zahle ich jedem, der mir in Berlin ein größeres Kinderwagen-Lager als das meinige nachweist.
40342*]

Möbel und Polsterwaaren Franz Tutzauer,
Tischlermeister. **Berlin SW., Blücherstr. 14.**

Werkstatts-Bekleidung für jedes Gewerk.
Monteur-Anzüge, Hosen u. Blusen, Kittel, Arbeitshemden etc. etc. billigst
Adolf Wecker, **Molkenmarkt 3.**
Blusenfabrik für alle Gewerke.

Roh-Tabak.
Größte Auswahl. — Billigste Preise
P. E. Platt & Söhne,
Brunnenstr. 197 (am Rosenthaler Thor). [4029L*
ab 1. April 1898 **Brunnenstr. 16,** Hof pt.

Roh-Tabak
en gros. en détail.
Zeun & Ellrich
Rheinsbergerstr. 67, nahe Brunnenstr.

Rohtabak
Größte Auswahl! Billigste Preise! Guter Brand! Vorzügliche Qualität!
Sämmtliche Fabrikations-Utensilien.
(**Neue Formen, sehr gr. Ausw. à 1.10 M.**) Man verlange Preis-Verzeichniß. 4031L*
Heinrich Franck,
Nr. 185. Brunnenstr. Nr. 185

Roh-Tabak
billigste Preise 4030L*
Max Jacoby
Strelitzerstrasse Nr. 52.

PROMPT DURCH ERICH PETERS CIV.-INGENIEUR BERLIN SW.23. MITTENWALDERSTR.54
Patente

Wo?
kauft man am besten und billigsten
Steppdecken.
Nur direkt in der Fabrik
B. Strohmandel, Berlin C.,
72, Wall-Strasse 72,
wo auch alte Decken aufgearbeitet werden. 4278L*

Für Tischlermeister!
Nußbaum-Fourniere, Dicken, Shorts (Holzabfälle), eichene Fourniere empfiehlt zu billigsten Preisen 4276L*
J. David's Möbel-Magazin,
Scharrenstr. 10, an der Petrikirche.
Möbel werden in Zahlung genommen.

Achtung! Kein Laden.
Nur eigene Fabrikation, 25 Cigarren 1 Mark. Garantie rein amerikanische Tabake. Rippentabak 2 Pfd. 60 Pf.
H. F. Dinslage, [4015L*
Kottbuserstraße 4, Hof parterre.

S. Heine, Inh. H. Stege

14. Chausseestrasse 14.
Lieferant des Berliner Lehrer-Vereins.
Lieferant des Rabatt-Spar-Vereins „Norden".
Special-Fabrik
für Morgenröcke und Matinées.
Aeusserst exacte Arbeit, jeder Rock richtig weit.
Barchend, Stück 3 M., 3,90 M., 5 M., 7,50 M., 9 M., 13,50 M. etc.
Reinwollene Tuchröcke, warm gefüttert, Stück 17,50 M., 20 M., 24 M., 28 M.
Hocheleganter Plüschrock, aus feinem engl. Silkplüsch, in kupfer, mousse, bordeaux u. bleu, reich mit Spitze u. Band garnirt, ganz gefüttert, eminent billig, nur 50 M.
Matinées, Stück 3 M., 4,50 M., 6 M. 9 M., 10,50 M.
Anfertigung nach Maass.

Arkonabad Lohtannin-Bäder
34, Anklamerstr. 34 (schrägüber der Zionskirchstraße).
Wannen- u. medizinische Bäder sowie **russisch-römisch** und **vorzügliche Kastendampfbäder** mit **Einpackung, Massage u. s. w.** Annahme ärztlicher Verordnungen für Bäder der Orts-, Innungs-, Fabrik- und freien Hilfs-Krankenkassen Berlins und Umgegend. [4022L*

Kur-Bade-Anstalt und Massage
für Rheuma-, Gicht- und Nervenkranke veraltete Leiden
von **H. Mania,** Brunnenstrasse No. 16. [4027L*
Loh-, Dampf- und Heissluft-Kasten-Bäder,
Kohlensaure und andere medizinische, sowie Wannenbäder.
Lieferant u. Masseur sämmtlicher Ortskranken- u. Freier Hilfskassen
Die Filiale **nur** für Massage ist Thurmstr. 46 (4—5½ Uhr.)
Langjähriger, nicht in einigen Tagen ausgebildeter Anstalts-Masseur.
NB. Bitte meine Anstalt nicht mit der **Brunnenstr. 2** zu verwechseln.

Bade-Anstalt Dunckerstr. 14
Lohtannin- und **Dampfkasten-Bäder.**
(Damentage: Dienstag und Freitag.) [*
Wannen-, sowie sämmtliche medicinischen Bäder.
Lieferant sämmtlicher Krankenkassen Berlins u. Umgeg., vom Wirthschafts-Verband des Berliner Lehrer-Vereins und Post-Spar- und Vorschuss-Vereins.

Böhm'sche Malzbier-Brauerei
Julius Kaul
Berlin N. 39. **Colbergerstrasse 19. Teleph. Amt II. 2369.**
Zum **Selbstabfüllen** empfehle mein aus **allerfeinstem Malz** und **Prima Hopfen** hergestelltes
ff. Malzbier à Liter 10 Pf.
in Gebinden von 5 und 10 Liter an frei Haus.
Mein Malzbier ist ärztlich als sehr nahrhaft begutachtet u. empfohlen.
Mehrere Tausend feste Kunden.

„Märkischer Hof", **Admiralstr. 18c. Heute Sonntag, 20. Februar: Grosser öffentlicher Wiener Masken-Ball.** Anf. 4 Uhr. Gr. Orchester-Musik. Um 8 Uhr: Demaskirung. Die beiden Säle sowie mehrere Vereinszimmer, sind zu allen vorkommenden Festlichkeiten, Sommernachts-Bällen und Versammlungen zu vergeben. Die Restaurationsräume stehen Sonntags den geehrten Familien zur Verfügung. Jeden Sonntag: **Grosser Fest-Ball.**

Renz' Ball-Salon, Naunynstr. 27.
Empfehle meine Säle, 900 Personen fassend, zu allen Festlichkeiten und Versammlungen. Einige Sonnabende sind noch unter koulantesten Bedingungen an Vereine zu vergeben. 4029L*
Jeden Sonntag, Montag und Donnerstag: **Grosser Ball.**
Gustav Graumann.

Robert Scheere, Restaurant „Sängerheim", **O. Blumen-Straße 38. Telephon: Amt VII Nr. 3760.**
Arbeitsnachweis der Möbelpolirer, Brauer, Brauerei-Hilfsarbeiter.
Zahlstelle des Verbandes der Holzarbeiter, Metallarbeiter, Buchbinder, Maler, der Orts-Krankenkasse der Möbelpolirer, der Zentral-Krankenkassen der Schuhmacher, Maler, Gold- und Silberarbeiter, Buchbinder und des Wahlvereins des 4. Berliner Reichstags-Wahlkreises (Osten). [4018L*

Etablissement Süd-Ost, Waldemarstr. 75.
Jeden Sonntag: **Grosser Ball.** — Anfang 5 Uhr. — Ende 2 Uhr.
Einige Sonnabende sind noch zu vergeben.
4019L* **Hermann Brüder.**

Restaurant „Müggelgarten",
Villen-Kolonie Rahnsdorf, Dampferstation,
in herrlichem Wald, nahe am Müggelsee belegen, 10 Minuten Waldweg vom Bahnhof Rahnsdorf, ¾ Stunden Fußweg von Friedrichshagen am Strand des Müggelsees und der Haide entlang. **Grosser Garten mit 3 Hallen, Tanzsaal, Kaffeeküche, Ausspannung, Bade-Anstalt, 2 Kegelbahnen.** Gute Speisen, gut gepflegtes Weißbier rc. zu soliden Preisen. Den geehrten Vereinen und Gesellschaften zu Ausflügen empfohlen. Bestellungen für Sommervergnügen nehme schon jetzt entgegen. 4332L*
Achtungsvoll: **Gustav Goldgräbe,** Tel.: Amt Friedrichshagen Nr. 30.

Vereinsbrauerei-Ausschank Rixdorf
Grosse Säle.
Mittwochs und Sonntags:
Gr. Frei-Konzert.
Oeconomie: Martin Berndt
Vorzügliche Küche, Wurstpavillon, Schießstand, Kegelbahnen u. sonstige diverse Belustigungen.
Eisbahn.
4016L*) Pferdebahn vom Moritzplatz für 10 Pf. bis zur Brauerei.

W. Noack's Festsäle, Brunnenstr. 16,
sind Sonnabend, den 26. März, frei geworden.
Außerdem empfehle **Sonnabende** im Monat **April** und **Mai.**
Schöne große Theater-Bühne. Coulante Bedingungen. [858b

Homöopath. Arzt **Dr. Hoesch,** Linienstr. 149, 8—1, 5—7, Sonntags 8—10, f. Brust-, Unterleibs-, Frauen-, Kinder-, Haut-, Nervenkrankheiten
Poliklinik Liesenstr. 17, 2—3 Uhr. 4037L*

Künstl. Zähne, vorzüglich, unter Garantie, setzt schmerzlos ein; schmerzloses Zahnziehen, Zahnschmerz beseitigt unfehlbar sofort. Reparaturen. Theilzahlung. **Goldstein,** Oranienstr. 123.

Theilzahlung monatl. 10 M. und gegen baar liefert saubere **Herren-Garderobe Tomporowski,** Jüdenstr. 37, I. *

Fracks u. Gesellschafts-Anzüge, für jede Figur passend, werden verlieh. **Baruch,** Kommandantenstr. 72, I. Et., Ecke Beuthstraße. 2315

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.

Abgeordnetenhaus.

26. Sitzung vom 19. Februar 1898, 2 Uhr.

Auf der Tagesordnung steht der Bericht der Wahlprüfungs-Kommission über die Wahl des Abgeordneten Wolszlegier (Pole).

Unter Ablehnung aller anderweiten Anträge werden die Anträge der Kommission angenommen: 1. die Wahl des Abg. Dr. Wolszlegier für ungiltig zu erklären, 2. die Wahlen von 7 Wahlmännern für ungiltig zu erklären.

Sodann wird die Berathung des Etats des Ministeriums des Innern fortgesetzt.

Bei dem Titel: „Unterstaatssekretär" regte

Abg. **Rickert** (frs. Vg.) die Frage an, ob der Unterstaatssekretär nicht ein Informationsbuch für Landräthe über die ihnen zustehenden Rechte und obliegenden Pflichten schreiben möchte, oder ob der Minister vielleicht einen Unterrichtskursus für Landräthe eröffnen lassen will. Er schilderte sodann das Verfahren des Amtsvorstehers in Blumenau bei Preußisch Holland gegen zwei reisende Bauernguisbesitzer, die er wegen Verbreitung des Reichsblattes sistiren ließ, er wurde zwar später rektifizirt, aber keine Entschuldigung erfolgte. In einem andern Fall lehnte ein Amtsvorsteher die Annahme eines Briefes ab, welcher den Ausdruck des Vereins „Nordost" trug und welcher die Mittheilung von einer abzuhaltenden Versammlung enthielt. In einem weiteren Falle rieth der Amtsvorsteher dem Wirth, bei dem die Versammlung stattfinden sollte, sein Lokal nicht herzugeben und verlangte die Aufstellung von Wasser, um einen etwa ausbrechenden Brand zu löschen. (Große Heiterkeit.) Wie stehe es mit dem Vereinsgesetz? Will der Minister vielleicht mit Hilfe des künftigen Abgeordnetenhauses ein reaktionäres Gesetz, wie wir es abgelehnt haben, hier durchbringen? Moralische Eroberungen wird er damit nicht machen.

Minister **v. d. Recke**: Der Vorredner hat mich in einem ganz falschen Verdacht, wenn er glaubt, daß ich gesetzwidriges Verhalten der Beamten billige. Ich muß sagen, daß ich über die Handhabung des Versammlungsrechtes in Pommern förmlich erschrocken bin und Anordnungen zur Abhilfe getroffen habe. Daß die Form der Rektifikation eines Beamten dem Beschwerdeführer mitgetheilt wird, halte ich nicht für zulässig; es ist das Internum der Verwaltung. Die Haltung der Regierung in der Frage des Koalitionsrechts ist von dem Reichskanzler dargelegt und wenn auf Sachsen und Bayern hingewiesen wird, so verschweigt Herr Rickert, daß dort die Einrichtungen bereits bestehen, die wir vergeblich verlangt haben. Bei meiner neulichen Rede habe ich meine Vorwürfe nicht allgemein gegen die Presse, sondern nur die übelwollende Presse gerichtet und ausdrücklich erklärt, daß ich Ausschreitungen der Beamten mißbillige; auch Entschuldigungen gegen diejenigen Personen, welche durch behördliche Mißgriffe verletzt sind, finden, wo es angezeigt ist, statt.

Abg. **Dr. Hahn** (wildkons.) kritisirt die Thätigkeit des „Nordost"-Vereins, der lediglich ein Werkzeug von Juden und Juden-Genossen sei, für den das Geld an der Berliner Börse gesammelt werde. Der Bund der Landwirthe sei früher heftig genug von den Landräthen bekämpft worden, namentlich von den hannoverschen, die, so lange v. Bennigsen Oberpräsident war, nationalliberal waren, jetzt sind sie es weniger. (Große Heiterkeit.) Die Nordost-Vereinler werden die Bauern nie an sich fesseln, denn sie verstehen ihre Bedürfnisse nicht. Redner erörtert dann die günstigen Wahlaussichten für die Kandidaten des Bundes der Landwirthe in bisher nationalliberalen Wahlkreisen. Die Bevölkerung habe dort die Abstimmung der nationalliberalen Abgeordneten nicht vergessen und werde jetzt jedenfalls für Kandidaten stimmen, die nicht mit solcher politischen Vergangenheit behaftet sind. In Hannover sind die Bauern konservativ bis auf die Knochen; mit den Nationalliberalen sind sie nur gegangen, weil bei ihnen der nationale Gedanke stark hervortritt.

Montag 11 Uhr: Fortsetzung der Berathung.

Schluß 5¼ Uhr.

Versammlungen.

Die Berliner Gewerkschaftskommission hielt am Freitag eine Delegirtenversammlung ab. Millarg gab eine kurze Uebersicht über den Geschäfts- und Kassenbericht (das wesentlichste aus dem Jahresbericht haben wir bereits in der letzten Sonntagnummer veröffentlicht), woran sich eine lange Debatte knüpfte. Näther erklärte sich von dem gedruckten Jahresbericht durchaus nicht befriedigt, er rügt, daß derselbe namentlich in der Berichterstattung über die Delegirtenversammlungen sowie über die Maifeier viel zu weitschweifig gehalten sei, während sich in anderer Hinsicht manche Mängel bemerkbar machen. Was die im Bericht gegebene Statistik betreffe, so genüge sie selbst den bescheidensten Anforderungen nicht. Die statistischen Angaben über die Verhältnisse in der Metallindustrie erklärt der Redner in den meisten Punkten für unzutreffend. Er rügt ferner, daß Geldsendungen an die englischen Maschinenbauer als Einnahmen und Ausgaben der Gewerkschaftskommission aufgeführt seien, die lediglich auf Konto einzelner Gewerkschaften zu setzen seien. Timm bemerkt auf eine entsprechende Aeußerung des Vorredners, der Ausschuß habe keine Schuld an den Mängeln des Berichts, denn er habe denselben erst zur selben Zeit fertig in die Hände bekommen, wie die übrigen Delegirten, und konnte daher keinen Einfluß auf die Gestaltung desselben ausüben. Der Ausschuß müßte unbedingt das Recht haben, den Bericht vor der Drucklegung durchzusehen und eventuell zu ändern. Bisher hätten aber fortgesetzt Meinungsdifferenzen zwischen dem Ausschuß und dem Gewerkschafts-Bureau gewaltet betreffs der Rechte des ersteren dem letzteren gegenüber. Die Ausschußmitglieder seien zu der Einsicht gekommen, daß es in der bisherigen Weise nicht weitergehen könne, sondern eine Festlegung der Kompetenzen des Ausschusses erforderlich sei. Redner bezeichnet die Statistik gleichfalls als äußerst mangelhaft. Dieselbe beruhe zum theil auf den bei der Gewerbedeputation des Magistrats eingegangenen Fragebogen, die behufs Ermittelung des Durchschnittslohnes für Versicherungszwecke ausgegeben worden sind. Ein solches Material sei aber für die Statistik der Gewerkschaftskommission werthlos, und die Statistik sei infolge dessen mangelhaft ausgefallen. Nur die Angaben über das Maurergewerbe seien verhältnißmäßig gut. Weiter bemängelt der Redner die Aufstellungen über die Bekleidungsindustrie und kritisirt einige in der Statistik enthaltene Sätze als theils widerspruchsvoll, theils unverständlich. Die Mangelhaftigkeit des Geschäftsberichts sei wohl darauf zurückzuführen, daß Millarg zu sehr mit Arbeiten überhäuft sei, man könne demnach eine bessere Leistung nur erwarten, wenn für das Gewerkschaftsbureau ein zweiter ständiger Beamter angestellt werde. Dafür spreche auch der Umstand, daß im vergangenen Jahre viele wichtige Arbeiten unerledigt geblieben sind, unter anderem die geplante Fabrikaufsicht durch die Gewerkschaften. Je mehr die Gewerkschaftsbewegung an Bedeutung gewinnt, desto nothwendiger wird die angeregte Aenderung im Bureau. Außer den vorgenannten Rednern weisen noch Fritz (Kupferschmied), Tschernig (Kistenmacher), Kamp, Schumann (Hausdiener), Fischer (Stellmacher), Bitomski (Buchbinder), Kohl (Putzer) auf unrichtige Angaben hin, welche die Statistik bezüglich der von ihnen vertretenen Berufe macht, namentlich wurden die Löhne als zu hoch angegeben bezeichnet. Brandes (Bilderrahmenmacher) konstatirt dagegen, daß die Löhne seines Berufes richtig angegeben seien; dasselbe bemerkt Schumann hinsichtlich einzelner Kategorien der Handels-, Transport- rc. Arbeiter. Hinze als Revisor hält die an dem Bericht geübte Kritik in mancher Hinsicht für zu weitgehend und meint, der Ausschuß hätte eine Durchsicht des Berichts vor der Veröffentlichung verlangen sollen. Frl. Bien bemerkte, die Gewerkschaften seien zum theil selber schuld an der Mangelhaftigkeit des Berichts, weil sie dem Sekretär keine Angaben über die Lage in ihrem Gewerbe machen. Winkler führt aus, der Ausschuß und einzelne Mitglieder desselben hätten ausdrücklich verlangt, daß ihnen der Bericht vor der Veröffentlichung zur Durchsicht vorgelegt werden solle, das sei aber nicht geschehen und Millarg habe diese Unterlassung mit Mangel an Zeit entschuldigt. Wenn Millarg seine Statistik keinem Fachmann zur Begutachtung vorgelegt habe, so liege das daran, daß Millarg seine Kraft überschätze. Millarg sucht sich gegenüber den von den Rednern gemachten Ausstellungen zu rechtfertigen, er führt aus, von den Metallarbeitern habe er lückenhafte statistische Angaben erhalten, weil zwischen den betreffenden Personen kein harmonisches Verhältniß herrsche. Die aus den Listen des Magistrats entnommenen Angaben über die Löhne seien auch von Gewerkschaften gemacht, nur wären die Arbeiter bestrebt, wenn es sich um Aufstellung der Löhne behufs Festsetzung von Rentenansprüchen handelt, dieselben möglichst hoch, in anderen Fällen dagegen möglichst niedrig anzugeben. Die gleichfalls bemängelte Zahl der Lehrlinge sei deshalb schwer festzustellen, weil in den großindustriellen Betrieben die Lehrlinge meist als Arbeitsburschen angegeben werden. Fischer (Zimmerer) nimmt Millarg gegen die kritischen Angriffe in Schutz und mißt dem Ausschuß die Schuld für die Mängel des Berichts bei, da derselbe die Befugniß habe, die Thätigkeit des Gewerkschaftsbureaus und also auch den Bericht zu kontrolliren. Der Ausschuß hätte unbedingt von diesem Recht Gebrauch machen sollen. Auf Antrag des Revisoren wird dem Sekretär Millarg für die Kassenführung einstimmig Decharge ertheilt. Hierauf kommt um 12 Uhr die Streikbewegung der Schuhmacher zur Verhandlung. Ueber diesen Punkt berichtet Nowak. Er kommt auf den bekannten Verlauf der Bewegung gegen die Fabrikordnung zurück und betont, daß sich — wie gleichfalls bekannt — die Fabrikanten vor dem Einigungsamt verpflichtet haben, wegen der streitigen Punkte des Arbeitsnachweises mit den Arbeitern in Verhandlung zu treten. Jetzt hätten dagegen die Fabrikanten jede Verhandlung über diese Angelegenheit abgelehnt. Da aber der Arbeitsnachweis fortgesetzt als Mittel zur Maßregelung der gewerkschaftlich thätigen Arbeiter benutzt werde, so könnten die Arbeiter nicht ablassen von dem Verlangen, Garantien für eine gerechte und unparteiische Arbeitsvermittelung zu bekommen. Sie würden in dieser Angelegenheit wieder das Einigungsamt anrufen, wahrscheinlich würden aber die Fabrikanten die Verhandlungen ablehnen und eine Vereinbarung unmöglich machen. In diesem Falle seien die Fabrikschuhmacher — es kommen etwa 700 in Frage — die in den Verbandsfabriken arbeiten, fest entschlossen, den Kampf aufzunehmen, wobei sie allerdings auf die Unterstützung der übrigen Gewerkschaften angewiesen seien. Winkler erklärt namens des Ausschusses, derselbe habe sich eingehend mit der Angelegenheit der Schuhmacher beschäftigt, er halte deren bisheriges Vorgehen für taktisch klug und sei der Meinung, daß die Schuhmacher durch das Verhalten der Fabrikanten gezwungen sind, jetzt zum Streik zu greifen. Der Ausschuß ist damit einverstanden und empfiehlt den Gewerkschaften die weitgehendste moralische und materielle Unterstützung der Schuhmacher. Näther weist darauf hin, daß die Einrichtung, gegen welche die Schuhmacher jetzt den Kampf aufnehmen, in der Metallindustrie schon seit 1890 bestehe und daß es den Metallarbeitern nicht gelungen sei, die Maßregelungen durch den Arbeitsnachweis mit Erfolg zu bekämpfen. Es sei begreiflich, daß die Schuhmacher gegen eine Einrichtung Front machen, welche dazu bestimmt ist, ihre Organisation lahm zu legen. Eine Frage sei es jedoch, ob die Schuhmacher für einen solchen Kampf stark genug wären, bei dem es sich nicht um materielle, sondern um ideelle Güter handelt, für welche die meisten leider wenig Verständniß haben. Er wolle den Schuhmachern nicht abrathen. Sie mögen es versuchen. An der Unterstützung der Metallarbeiter soll es nicht fehlen. Timm empfiehlt die Unterstützung des Streiks, der Ausschuß schlage dieselbe deshalb vor, weil die Forderungen der Schuhmacher durchaus mäßige und berechtigte seien und die Fabrikanten, indem sie Verhandlungen mit den Arbeitern wegen des Arbeitsnachweises ablehnen, die von beiden Theilen angenommenen Vergleichsbedingungen des Einigungsamtes brechen. Frl. Bien wünscht eine Prüfung der Frage, ob die Geschäftskonjunktur für die Schuhmacher günstig sei und ob sie vor Streikbrechern hinreichend sicher wären. Darauf antwortet Herrmann, die in Frage kommenden Fabrik-Schuhmacher seien zu 95 pCt. organisirt, der Geist unter ihnen ein guter, und die geschäftliche Konjunktur gleichfalls günstig. Wenn man jetzt nicht gegen den Arbeitsnachweis einschreite, dann werde die Organisation zu grunde gerichtet. Jede Verzögerung sei von Nachtheil. Näther weist nochmals auf die Schwierigkeiten dieses Kampfes hin und räth den Betheiligten, erst alles zu versuchen, um denselben womöglich zu vermeiden. In namentlicher Abstimmung erklärten sich sämmtliche anwesende Vertreter von 60 Gewerkschaften für Unterstützung des Streiks der Schuhmacher mit der Maßgabe, daß der Ausschuß alle von den Streikenden zu unternehmenden Schritte zu kontrolliren hat. Die übrigen Punkte der Tagesordnung wurden bis nächsten Freitag vertagt.

„Selbstbefreiung aus der sozialen Noth." Dieses vielverheißende Thema sollte von einem Herrn Paul Schirrmeister am Freitag in einer öffentlichen Versammlung der Redeschule Zukunft behandelt werden. Der Einberufer hatte es an Ankündigungen pompöser Art, die den eigentlichen Zweck der Versammlung völlig unklar ließen, nicht fehlen lassen. Es hatte sich deshalb ein sehr zahlreiches Publikum im Louisenstädtischen Konzerthaus eingefunden, das begierig war, die neue Heilsbotschaft zu hören. Leider war die vorschriftsmäßige Anmeldung bei der Polizei unterlassen worden. Und so mußten die Erschienenen wieder fortgehen, ohne gehört zu haben, daß die alleinseligmachende Art, aus der sozialen Noth herauszukommen, eine — naturgemäße Lebensweise und insbesondere die fleischlose Kost sei. Denn darauf wäre wohl die Sache hinausgekommen, ist doch, wie man aus vegatarischen Flugschriften ersehen kann, die am Eingange des Saales vertheilt wurden, die so mystisch auftretende Redeschule Zukunft nichts anderes als eine Unterabtheilung der „Vegetarier-Vereinigung Zentrale Berlin". — Die Versammlung soll nun am nächsten Donnerstag im „Luisenstädtischen Konzerthaus" stattfinden.

Ueber Kiautschau, Flottenvermehrung und Entrechtung der Arbeiter sprach am Montag, den 14. d. M., in einer gut besuchten Versammlung für Steglitz und Umgebung der Reichstags-Abgeordnete Zubeil. Redner geißelte in energischer Weise das Vorgehen der Regierung bezüglich Kiautschaus, kam hierauf auf die Flottenvermehrung zu sprechen und zeigte, wie groß die Mehrbelastung für die Arbeiter ist. Der letzte Theil seines Vortrages mußte der vorgerückten Zeit wegen weggelassen werden, jedoch wird in den nächsten Tagen die Fortsetzung erfolgen. In der darauf folgenden Diskussion versuchte der Antisemit Hauptmann a. D. Herr Hertel die Ausführungen Zubeils zu widerlegen. Als Kandidaten zu den Gemeinderathswahlen in Steglitz wurden die Genossen Fritzsche und Schellhase gewählt.

Die Graveure und Ziseleure hatten am Dienstag, den 15. d., Vereinsversammlung. Nach einigen geschäftlichen Mittheilungen des Vorsitzenden hörte die Versammlung einen interessanten Vortrag von Herrn Zahntechniker Gedicke über: „Die Zähne, ihre Krankheiten und ihre Pflege", an. In der darauf folgenden regen Diskussion wurde besonders das Krankenkassenwesen gestreift. Unter Verschiedenem wurde auf einen eventuell ausbrechenden Streik wegen Lohnreduktion bei der Firma A. S. Levi, Gartenstraße, aufmerksam gemacht.

Im Rixdorfer sozialdemokratischen Verein „Vorwärts" sprach am 15. d. M. der Genosse Retzerau über: Bildung macht frei. An der sich anschließenden Diskussion betheiligten sich Kochan, Thomas und Volkmann. — Hierauf machte der Vorsitzende bekannt, daß am 18. März eine Illumination von 8—10 Uhr abends und am 20. März die 1848er Gedenkfeier seitens des Vereins bei Gröpler stattfinde. Der Verein hat zum 2. Osterfeiertage die Urania-Vorstellung festgemacht und sind Billets in sämmtlichen Zahlstellen des Vereins, bei den Vorstandsmitgliedern sowie bei Weißroth, Jägerstr. 11 3 Tr., zu haben. Zum Schluß wurde der Antrag Jentsch, Rixdorf in Bezirke einzutheilen, um für den Verein besser agitiren zu können, dem Vorstand zur Berathung überwiesen.

Charlottenburg. Am 14. Februar fand im Lokal Bismarckstraße 74 eine sehr gut besuchte Versammlung der Mitglieder des Deutschen Holzarbeiter-Verbandes statt, in welcher Millarg einen Vortrag über den Arbeitsvertrag hielt. Zum diesjährigen Verbandstag in Göttingen wurde Linde einstimmig als Delegirter gewählt. Ein Antrag, zum 18. März einen Kranz auf den Friedhof der Märzgefallenen seitens der Zahlstelle niederzulegen, fand einstimmige Annahme.

Grünau. Am Sonntag, den 13. d. M., nachmittags, fand hier im Saale von Lindenhayn eine auch von Gegnern besuchte öffentliche Versammlung für die Wähler der III. Abtheilung zum Zwecke der Stellungnahme zu den künftigen Gemeindevertreter-Wahlen statt. Nach einem Vortrage des Genossen Faber entwickelte sich eine rege Diskussion, in welcher besonders gerügt wurde, daß zirka 150 bisherige Wähler der III. Abtheilung dadurch um ihr Wahlrecht gekommen sind, daß sie ohne ihr Zuthun in der Steuerleistung herabgesetzt wurden. Auch die Wahlpraktiken der vorigen Wahl fanden ihre rechte Beleuchtung durch die Mittheilung der Thatsache, daß das Wahlbureau aus Unternehmern und Fabrikbesitzern für die Wahl in der dritten Abtheilung bestand, weswegen viele Arbeiter aus Furcht vor Maßregelung überhaupt nicht wählten. Ein Herr Reinhardt, Gemeindevertreter, betheiligte sich ebenfalls eifrig an der Diskussion und bedauerte, daß die Mehrheit der Wähler der dritten Abtheilung ihm nicht ihre Beschwerden vorbringen. Als Kandidat der Wähler der dritten Abtheilung wurde dann einstimmig der Genosse Lindenhayn aufgestellt und ein Wahlkomitee, bestehend aus den Genossen Brandt, Fröhlich und Bädelt, gewählt. Zum Schluß wird eine Resolution angenommen, in welcher der Gemeindevorsteher ersucht wird, die Wahl der Gemeindevertreter der dritten Abtheilung in der Zeit von nachmittags 4 Uhr bis abends 8½ Uhr anzusetzen. Zu bemerken ist noch, daß vor Eröffnung der Versammlung vom überwachenden Beamten die Entfernung der anwesenden Frauen verlangt wurde und diesem Verlangen, um eine Verhinderung der Versammlung zu verhüten, auch stattgegeben werden mußte.

Im Arbeiter-Bildungsverein für Mariendorf und Umgegend sprach am 8. Februar cr. der Genosse Köster aus Schöneberg über „Die Ideen der Sozialdemokratie". Die nächste Versammlung findet am Sonntag, den 20. Februar, in Marienfelde statt. Genosse Lammé wird über „Kapitalismus und Sozialismus" sprechen.

Neu-Hohenschönhausen. Am Montag, den 14. Februar, tagte hier im Paradiesgarten eine öffentliche Volksversammlung für Männer und Frauen, welche sehr gut besucht war. Genosse Wagner hielt einen Vortrag über Flottenvorlage und Kolonialpolitik. Anschließend an die mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen forderte Genosse Gambiers die Anwesenden auf, thatkräftig bei den kommenden Wahlen einzugreifen. Mit einem Hoch auf die Sozialdemokratie schloß der Vorsitzende die wieder unter dem Schein von Talglichtern tagende Versammlung.

An die Frauen und Mädchen Berlins!

Große Volks-Versammlungen finden statt: am Montag, den 28. Februar, in Ahrens' Brauerei, Moabit; Dienstag, den 1. März, bei Bikels, Hasenhaide 52 und Mittwoch, den 2. März, bei Julius Wernau, Schwedterstr. 23—24. In sämmtlichen Versammlungen referirt Genossin Louise Zietz, Hamburg. Näheres im Inseratentheil. Die Vertrauensperson.

Arbeiter-Bildungsschule. Inselstr. 10, v. 2 Tr. Unterrichtskurse in Rede-Uebung (Ueber den Aufbau der Rede, Besprechung volkswirthschaftlicher und anderer Grundfragen) Montags, Dr. Conrad Schmidt; in Nationalökonomie (Die wirthschaftliche Entwickelung; Großbetrieb und Handwerk; Kartellwesen, Arbeitsmarkt und Arbeitsnachweis; die Aufgaben der Gewerkschaften) Mittwochs, Schriftsteller Richard Calwer; in Geschichte (Hellas und Rom) Freitags, Dr. A. Bertholb. — Die Bibliothek ist an diesen Abenden von 8—9 Uhr geöffnet. — Mitgliedsbeitrag monatlich 25 Pf., Kursus (10 Abende) 1 M. pro Fach. Theilnehmer werden aufgenommen in der Schule und in folgenden Stellen: Gottfr. Schulz, Admiralstraße 40a; Menk, Baruthstr. 18; Schiller, Rosenthalerstr. 57; Glebuck, Müllerstraße 7a, u. in den Sonntags-Versammlungen. Vorsitzender: Paul Mücke jr., SO. Manteuffelstr. 128; Kassirer: H. Königs, S. Dieffenbachstr. 30.

Lese- und Diskutirklubs. Polnischer Diskutirklub Jaroslaw Dombrowsky in Rixdorf tagt jeden Sonntag nach dem 15. des Monats nachmittags 5 Uhr bei Preßler, Ziethenstraße 65. **Montag:** Sozialdemokratischer Lese- und Diskutirklub für den Stadtbezirk 175: Versammlung jeden 2. und 4. Montag im Monat, abends 9 Uhr, bei Buchmann, Gubenerstraße 12a. Leopold Jakoby, Markusstr. 14 bei Zippke (Eingang Grüner Weg) jeden Montag nach dem 1. und 15. im Monat. — Nordkante, Wiesenstr. 27 bei Volz. — Reimer, Gerichtstraße 19 bei Seidel.

Arbeiter-Sängerbund Berlins und der Umgegend. 1. Vorsitzender: Ad. Neumann, Brunnenstraße 150. Alle Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Manteuffelstr. 56, v. 2 Tr. **Montag,** abends 9—11 Uhr, Uebungsstunde und Aufnahme neuer Mitglieder. — Zukunft I, Steglitz, Ahornstr. 10. — Vorwärts IX, Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 39, „Bismarckhöhe". — Harmonie 2, Weinstr. 11, Restaurant Feind. — Tonblüthe, Oppelnerstr. 19 bei Häusler. — Liedesfreiheit II, Straußberg, Wilhelmstraße bei Magnus. — Freya II (gem. Chor), Urbanstr. 61 bei Wulle. — Apollo, Charlottenburg, Krummestraße 33 bei Müller. — Solidarität, Schützenstr. 29, Mielsch's Restaurant. — Felsenburg, Blumenstraße 38 bei Scheerbe. — Rixdorfer Liederkranz, Rixdorf, Ziethenstr. 77 im Restaurant bei Maresch. — Einigkeit III, Reinickendorf, Berlinerstr. 17 bei Balzer. — Süd-West, Simeonstr. 23 bei Flick. — Berliner Damenchor Harmonie, Rosenthalerstr. 57 bei Schiller. — Rütli, Friedenau, Handjerystraße 64 im Hohenzollern. — Treptow in Treptow, Baumschulenweg 32 bei Lange. — Eichenkranz II, Soldinerstr. 38 bei Knoblich. — Septime, Skalitzerstr. 142, Restaurant.

Arbeiter-Rauchbund Berlins und der Umgegend. Aenderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braunschweig, Dresdenerstr. 80, 2 Hof. — **Montag,** abends von 9—11 Uhr: Klub-Abend und Aufnahme neuer Mitglieder. — Mexikaner, Elbingerstr. 15 bei G. Seifert. — Abgunst II, Weberstr. 16 bei Schulz. — Freundschaft-Vorwärts, Weißenburgerstr. 47 bei Subow. — Carmen, Oberbergstr. 64 bei Lehmann. — Blaue Schleife, Oppelnerstraße 12 bei Boden. — Berolina, Buttmannstr. 2 bei Klaum. — Fidele Kolonisten, Kolonieftr. 137 bei Klinge. — Eintracht, Weddingweg 48 bei Przongla.

Gesang-, Turn- und gesellige Vereine. Sonntag: Privat-Theaterverein Crescendo, nachmittags 4 Uhr, Linienstr. 72. Gesellige Zusammenkunft. — Dramatischer Klub Liebesglück, nachm. 5 Uhr, Cremmenerstr. 1. — Vergnügungsverein Ingweilde, nachmittags 4 Uhr, Dunckerstr. 90 bei Schulz. — Theaterverein Vorwärts, nachm. 4 Uhr, Gr. Frankfurterstr. 42 bei Jonas. — Privattheaterverein Schiller, nachmittags 5 Uhr, Wildenowstr. 5 bei Gabriel. — Theater- und Vergnügungsverein Alpenrose, nachm. 4 Uhr, Eisenbahnstr. 44, Sitzung. — Geselliger Klub Neptun, nachm. 6 Uhr, Rochstr. 3, Gesellschafts-Abend. — Theaterverein Amorella, nachm. 4 Uhr, Brigerstr. 19, Sitzung. — **Montag:** Theater- und Vergnügungsverein Weiße Rose, nachmittags 5 Uhr, Reichenbergerstr. 19, Sitzung. — Vergnügungsverein Bavaria, Dunckerstraße 90 bei Schulz. — Rauchklub Porforito, Bülowstr. 46. — Zitherverein Tyrol, Waldemarstr. 12.

Arbeiter-Turnerbund. Sonntag: Turnverein Fichte, Lichtenberg. Jeden Sonntag von 3 Uhr an volksthümliches Turnen, Weißenseeer Weg bei Kliche. **Montag:** Turnverein Fichte, Berlin. Abends von 8—10 Uhr: 7. Männerabtheilung, Reichenbergerstraße 131. 2. Damenabtheilung, Ackerstr. 67.

Sozialdemokratischer Agitationsverein für den Wahlkreis Stralsund-Franzburg-Rügen. Sonntag, den 20. Februar, vorm. 10 Uhr, bei Mörschel, Jüdenstraße 36: Sitzung. Gäste willkommen.

Samariter-Kursus für Arbeiter und Arbeiterinnen. Montag, den 21. Februar, abends 8½ Uhr, in Neumann's Lokal, Brunnenstr. 150: Vortrag des Herrn Dr. Weyl über: „Transport verunglückter und erkrankter Personen." Nachdem praktische Uebungen.

Lese- und Diskutirklub Freie Jugend. Dienstag, den 22. Februar abends 8½ Uhr bei Seidler, Markusstr. 16. Vortrag über: „Die Proletarierjugend und das politische Leben."

Berliner Arbeiterverein. Oeffentliche Versammlung am Montag, den 21. Februar, Kommandantenstr. 20 (Arminhallen). Vortrag über: „Die Demokratie und die nächsten Wahlen." Referent: Rechtsanwalt Melos aus Leipzig.

Arbeiterverein für Pankow und der Umgegend. Dienstag, den 22. Februar: Lese-Abend. Außerdem Besprechung über die am 3. März stattfindenden Gemeinderathswahlen.

Aussergewöhnliches Angebot

nur für morgen Montag den 21. Februar.

Schwarze Kleiderstoffe

Reinwoll. Cheviot, ca. 115 cm breit, Meter **1,30** mk. | **Gemusterter Alpacca** Meter **1,15** mk.

Reinwoll. Krepp ca. 115 cm breit, Meter **1,40** mk. | **Reinseid. Damast** Meter **1,35** mk.

Warenhaus A. Wertheim

Ungarwein
medizinischen, beste Qualität, à Literflasche Mk. 2.10, 5 Literflasche Mk. 9.25,

Fruchtweine
Johannisbeer-Wein, weiß und rot, Heidelbeer- u. Stachelbeer-Wein, à Flasche (¾ Liter) 75 Pf.

Cognac
— deutscher —
à Literflasche Mk. 2.10, 2.50, 3.—.
Cognac fine Champagne, ¾ Literfl. à Mk. 3,50, 4,50, 5,50,

Rum
anerkannt gut
à Literflasche Mk. 1.10, 1.60, 2.10
bei Entnahme von 5 Flaschen à Flasche 10 Pf. billiger.

Stonsdorfer
Likör, à Ltr. 1,20, 5 Ltr. 5.50.
Echt. alt. Nordhäuf. à L. 1.—, 5 L. 4.50
Pomeranzen, Ingber, Wachholder, Getreide-Kümmel, à Liter Mk. 1.—

Einzelne Flaschen senden durch unsere Gespanne frei Haus.

Eugen Neumann & Co., Berlin SW. 68.

Fernsprecher: Amt IV. 9676.

Detail-Verkaufsläden: Belle-Alliance-Platz 6a. Amt IV, 3679. — Neue Friedrichstr. 81. — Oranienstr. 190. — Genthinerstr. 29. — Grüner Weg 56. — Kommandantenstr. 67. — Wilsnackerstr. 25. Charlottenburg: Kaiser-Friedrichstr. 48. — Potsdam: Bäckerstraße 7. — Schöneberg: Hauptstr. 129. 4068L*

Enorme Vorräthe zurückgesetzter
Teppiche!!
Portièren!!
Gardinen!!
Steppdecken!!
erstaunlich billig.
Teppich-Haus
Emil Lefèvre, Berlin S
Oranienstr. 158.
Prachtkatalog
mit buntfarbigen Teppich-Illustrationen, sowie zirka 200 Gardinen- und Portièren-Abbildungen in künstlerischer Ausführung auf Wunsch gratis und franko! 4024L*
Grösstes Teppichhaus Berlins.

Guckel's Zahnateliers

Lausitzer Platz 2, [4275L*
Elsasserstr. 12, Steglitzerstr. 71.
Bestrenommirt und wohlbekannt.
Zähne v. 3 M., Plomben v. 2 M. an.
Ratenzahlung gestattet (Woche 1 M.).
!Ausschneiden!
Dieser Koupon wird mit 1 M. angerechnet.

Dr. Thompson's Seifenpulver
ist das beste 7/1*
und im Gebrauch billigste und bequemste
Waschmittel der Welt.

Elegante Anzüge und Paletots.

J. Baer,

Berlin N., [4033L*
nur Gesundbrunnen
26, Badstraße **26,**
Ecke Prinzen-Allee,
empfiehlt, wie bekannt, in reellster Ausführung und allerbilligsten Preisen
Herren- u. Knaben-Garderobe,
— Arbeitssachen. —
Anfertigung nach Maass.

Elegante Einsegnungs-Anzüge.

Echtes AUER-Licht

Deutsche Reichspatente No. 39 162, 41 945, 44 016, 74 745, 43 199. [4188L*

Der Preis der Glühkörper beträgt jetzt

1 Mark

Brenner mit Glühkörper und Cylinder **5** Mark.

Juwel-Brenner,

ein **kleinerer** Apparat, besonders geeignet für **kleinere Räume, Treppen, Corridore, Küchen, Kronleuchter;**

die billigste Beleuchtung, die existirt.

Preis des Brenners mit Glühkörper und Cylinder

3 Mark 50 Pf.

Einzelne Juwel-Glühkörper **75** Pfennig.

Deutsche Gasglühlicht Aktiengesellschaft

BERLIN C. Molkenmarkt 5.

Verkaufsstellen in allen Stadttheilen.

A. Schulz,

Möbel- und Polsterwaaren-Fabrik
gegründet 1878
Reichenberger Strasse 5,
zwischen Kottbuser Thor und Ritterstrasse.
Sehr grosses Lager 4193Q*
Bürgerlicher Wohnungs-Einrichtungen
in Nussbaum u. Mahagoni v. 240, 300, 400, 500, 600, 800—10 000 M, in nur anerkannt gediegener Ausführung. T. A. IV. No. 2395.

Cognac selber zu machen.

Man nehme 1 Originalflasche
Reichel's Cognac-Essenz
für 75 Pfg., 1 Liter feinsten Weingeist (Spiritus vini) für Mk. 1,40 und 3¼ Liter Wasser. **Die Mischung ergiebt ein reines, gesundes, wohlbekömmliches Getränk von vollem, herrlichem Bouquet und hochfeinem Geschmack, welches durch Lager echtem Cognac vollständig gleicht.**

Es giebt Nachahmungen, welche Cognac in nichts gleichen als in der Farbe und nur Mißfallen erregen. **Tausendfach erprobt und anerkannt** ist nur die unübertreffbare, unvergleichliche
Reichel's Cognac-Essenz,
welche echt einzig und allein nur direkt erhältlich ist bei **Otto Reichel, Eisenbahnstr. 4.** Fernspr.-A. 4, 3190. **Verkaufsstellen nirgends. Jede Bestellung frei Haus.** Die **Selbstbereitung** von **Rum, Arac, Nordhäuser** und **sämmtlichen Liqueuren** mit den **gesetzlich geschützten Combinirten Original-Reichel-Essenzen.** Prospekte mit Rezepten gratis und franko.

Kinderwagen, Puppenwagen,

Sport-, Kasten u. Leiterwagen.
Verstellbare Kinderstühle.
Kindermöbel u. Puppenmöbel.
Allergrößtes Lager Deutschlands in Reise-Kinderwagen. Für Wiederverkäufer beste und billigste Bezugsquelle.
B. Teschke (4 eigene Geschäfte)
Hauptgeschäft: **Rosenthalerstrasse 40, I.**
(am Hackeschen Markt, nahe Bahnhof Börse).

4 199Q*

Möbel vollständige Wohnungs-Einrichtungen von 250 M. an, sowie Einzelstücke zu den billigsten Preisen. 4285Q* **Wilhelm Lambrecht, Simeonstr. 19.**

Nordhäuser
echten, pro Lit. v. 50 Pf. bis 2 M.
Rum 10/15*
1—4 Mark pro Liter.
Georg Borstorffs Nachflg.,
Prinzenstr. 53, Ecke Dresdenerstr.
früher Michaelkirchstraße.

Gegen Erkältung, Gicht und Rheumatismus.
Loh-Tannin-, Heisstrockenluft- und Dampfkastenbäder mit Verpackung, Massage. [4004Q*
Ritter-Bad, Bad Frankfurt,
18 Ritterstr. 18 (Ecke Prinzenstr.) **136 Gr. Frankfurterstr. 136.**
Bäderlieferung für sämmtliche Krankenkassen Berlins und Umgegend.

Holzbettstell. mit Federbod. v. 24 Mk. an. **Betten,** Stand v. 10 an. **Kinderwagen** v. M. 10 an. Riesenauswahl! Kinderwagen und **Schlafmöbel-Bazar „Baby,** Invalidenstr. 160, a. d. Brunnenstr. Filialen: Alexanderstr. 44. Oranienstraße 70. Reinickendorferstraße 20E. Charlottenburg, Wilmersdorferstr. 22.

Auf Wunsch Theilzahlung.

Verantwortlicher Redakteur: August Jacobey in Berlin. Für den Inseratentheil verantwortlich: Th. Glocke in Berlin. Druck und Verlag von Max Bading in Berlin.